

RheinlandPfalz



Statistische Monatshefte

2003

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

August

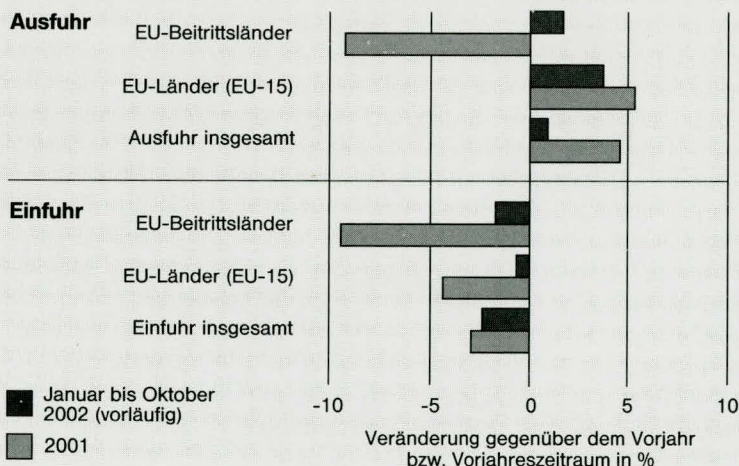
September

Oktober

November

Dezember

Entwicklung des rheinland-pfälzischen Außenhandels
insgesamt sowie mit den EU-Ländern und den
EU-Beitrittsländern 2000, 2001 und von Januar bis Oktober



Inhalt

Urheberrechte an Veröffentlichungen der amtlichen Statistik?

- 25 Der Aufgabenbereich der amtlichen Statistik bedarf grundsätzlich der rechtlichen Legitimation. Dies beschränkt sich nicht nur auf die Datenerhebung. Auch die Frage der Zugänglichkeit von Veröffentlichungen der amtlichen Statistik berührt rechtliche Grundsätze.
-

Außenhandel mit den zehn EU-Beitrittsländern

- 31 Der rheinland-pfälzische Außenhandel mit den zehn EU-Beitrittsländern Zypern, Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Slowakische Republik und Slowenien ist von 1995 bis 2001 überdurchschnittlich gewachsen. Die wichtigsten Handelspartner aus diesen künftigen EU-Mitgliedstaaten sind die Tschechische Republik, Polen und Ungarn, die in den ersten zehn Monaten des Jahres 2002 unter den 17 bzw. 13 bedeutendsten Export- und Importmärkten von Rheinland-Pfalz waren.
-

Struktur des Obstanbaus in Rheinland-Pfalz

- 37 Wie in der gesamten Landwirtschaft vollzog sich auch im Obstbau ein deutlicher Wandel in der Betriebsstruktur. Für den Anbau von Baumobst liefert die in fünfjährigem Rhythmus stattfindende Obstanbauerhebung Informationen über die Betriebe und ihre Baumobstbestände.
-

Anhang

- 13* Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz
22* Daten zur Konjunktur Deutschland/Rheinland-Pfalz
24* Neuerscheinungen im Januar

Außenhandel mit den zehn EU-Beitrittsländern seit 1995 verdoppelt

Der rheinland-pfälzische Außenhandel mit den zehn EU-Beitrittsländern, die nach umfassender Bewertung des Europäischen Rates die politischen und ökonomischen Kriterien zum Beitritt in die Europäische Union erfüllen, hat sich seit 1995 mehr als verdoppelt. Zwar ist der Anteil dieser Länder am gesamten Außenhandel von Rheinland-Pfalz noch vergleichsweise gering, doch das Handelspotenzial dürfte bei weitem noch nicht ausgeschöpft sein. So wickelte Rheinland-Pfalz im Jahr 2001 erst rund 1,7 Mrd. Euro bzw. 6,5% seiner Exporte und 1,4 Mrd. Euro bzw. 7,7% seiner Importe mit diesen Ländern ab, wohingegen der Außenhandel mit den EU-Ländern (EU-15) im gleichen Zeitraum ein Ausfuhrvolumen von 14,9 Mrd. Euro und ein Einfuhrvolumen von 11,1 Mrd. Euro umfasste. 2001 kündigte sich allerdings gegenüber 2000 sowohl bei den Exporten (-9,3%) als auch den Importen (-9,5%) ein Rückgang des rheinland-pfälzischen Warenaustausches mit den EU-Beitrittsländern an. In den ersten zehn Monaten des Jahres 2002 legten die Warenlieferungen in die zehn Beitrittsländer jedoch wieder zu (+1,7%), während die Importe aus diesen Ländern – wenn auch nicht mehr so kräftig – weiter schrumpften (-1,7%).

Wichtigste Handelspartner unter den zehn Beitrittsländern sind die Tschechische Republik, Polen und Ungarn. In diese Länder wurden 2001 Waren im Wert von mehr als 1,3 Mrd. Euro ausgeführt. Die Einfuhr aus den genannten Ländern belief sich auf gut 1,2 Mrd. Euro. Dies entspricht einem Anteil von mehr als 80% (Ausfuhr) bzw. 90% (Einfuhr) des Außenhandels mit den EU-Beitrittsländern. Im Warenverkehr mit den einzelnen Ländern dieser Gruppe zeigte sich 2001 gegenüber dem Vorjahr jedoch ein sehr uneinheitliches Bild mit zum Teil spektakulären Zuwächsen (Slowakei, Tschechische Republik) einerseits und empfindlichen Einbußen (Ungarn) andererseits.

Mehr über dieses Thema auf Seite 25.

Ein Zehntel der deutschen Baumobstfläche wird von rheinland-pfälzischen Betrieben bewirtschaftet

Rund ein Zehntel der deutschen Baumobstfläche von etwa 48 100 ha entfiel im Jahr 2002 auf Rheinland-Pfalz (4 900 ha). Nur in Baden-Württemberg (15 300 ha) und Niedersachsen (7 600 ha) wird mehr Obst angebaut. Der Marktoftbau stellt hohe Anforderungen an die klimatischen Verhältnisse. Er konzentriert sich daher auch auf wenige Standorte im Land. Fast die Hälfte der

Baumobstfläche befindet sich im Landkreis Mainz-Bingen und in der Gemarkung der Stadt Mainz. Weitere Standorte sind noch die Landkreise Bad Dürkheim und Mayen-Koblenz einschließlich der Stadt Koblenz.

Im Obstbau hat sich innerhalb der letzten 30 Jahre die Zahl der erfassten Betriebe auf nur noch gut 1 700 reduziert. Die Baumobstfläche verringerte sich allerdings nur um rund ein Fünftel auf knapp 4 900 ha, so dass heute ein Betrieb durchschnittlich 2,8 ha Baumobstfläche bewirtschaftet. Im Gegensatz dazu nahm die Baumzahl deutlich zu. Diese Entwicklung ist vor allem auf neuere Anbaumethoden zurückzuführen, die sich durch eine wesentlich dichtere Pflanzung der Bäume auszeichnen. Die höchsten Pflanzdichten weisen Äpfel (1 700 Bäume je Hektar) und Birnen (1 200 Bäume) auf. Dann folgen Pfirsiche und Aprikosen (580 Bäume) vor Pflaumen und Zwetschen (480 Bäume) und den Sauerkirschen (470 Bäume). Infolge des Strukturwandels hat sich die Flächenverteilung zugunsten der größeren Betriebe verschoben. Die 240 Betriebe mit 5 ha und mehr Anbaufläche bewirtschaften heute 63% der gesamten Anbaufläche. Vor dreißig Jahren waren es nur 22%.

Lange Zeit waren in Rheinland-Pfalz Sauerkirschen die führende Obstart. Sie wurden jedoch 1992 von den Äpfeln abgelöst. Aktuell werden nur noch auf gut 1 100 ha Sauerkirschen angebaut. Äpfel wachsen dagegen auf über 1 800 ha. Die dritte wichtige Obstart sind Pflaumen und Zwetschen, die mittlerweile auf rund 980 ha erzeugt werden. Dem Verbraucher steht heute eine Vielzahl an verschiedenen Apfelsorten und Reifegruppen zur Verfügung. Das Sortenspektrum bei Äpfeln wird derzeit von Jonagold mit knapp 16% vor Elstar (15%) Braeburn (9,1%) und Gala (6,9%) angeführt.

Mehr über dieses Thema auf Seite 30.

Bruttoinlandsprodukt in Rheinland-Pfalz 2002 überdurchschnittlich gestiegen

Das Bruttoinlandsprodukt, die Summe der im Land produzierten Waren und Dienstleistungen, ist im Jahr 2002 gegenüber dem Vorjahr real, das heißt von Preiseinflüssen bereinigt, um 1% gestiegen. Den vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“ zufolge verlief die Entwicklung in Rheinland-Pfalz damit günstiger als im Bundesdurchschnitt (+0,2%). In jeweiligen Preisen lag die Zuwachsrate in Rheinland-Pfalz mit +2,7% ebenfalls höher als in Deutschland (+2%). Der Wert der im ver-

gangenen Jahr in Rheinland-Pfalz erstellten wirtschaftlichen Leistung betrug somit knapp 94 Mrd. Euro.

Nachdem im ersten Halbjahr die Wachstumsrate in Rheinland-Pfalz preisbereinigt nur 0,3% betragen hatte, war demnach im Jahresverlauf eine leichte konjunkturelle Belebung zu verzeichnen. Dazu hat vor allem eine Erholung im verarbeitenden Gewerbe in Verbindung mit der regen Exportkonjunktur beigetragen. Während die reale Bruttowertschöpfung im verarbeitenden Gewerbe hierzulande um 1,3% stieg, war für die alten Bundesländer im Schnitt ein Rückgang um 0,8% festzustellen. Das Baugewerbe entwickelte sich zwar weiterhin rückläufig, dies war in Rheinland-Pfalz jedoch deutlich weniger ausgeprägt als im übrigen Bundesgebiet. Mit Ausnahme des Handels war in den Dienstleistungssektoren wiederum ein wirtschaftliches Wachstum zu vermerken.

63 Seiteneinsteiger lernen fürs Lehramt Größter Bedarf in den Fächern Musik und Mathematik

An den rheinland-pfälzischen Studienseminaren bereiteten sich zum Stichtag Anfang Oktober vergangenen Jahres insgesamt 63 so genannte Seiteneinsteiger mit einer pädagogischen Zusatzausbildung auf den Lehrerberuf vor – 42 Männer und 21 Frauen.

27 von ihnen waren an einem Studienseminar für das Lehramt an Realschulen und 14 an einem Seminar für das Lehramt an berufsbildenden Schulen. Jeweils elf bereiteten sich auf das Lehramt an Grund- und Hauptschulen bzw. Gymnasien vor. Die meisten Seiteneinsteiger (21) werden für den Musikunterricht ausgebildet, 14 für Mathematik und jeweils elf für Deutsch und Englisch.

An Realschulen ist der Bedarf an Musiklehrern offensichtlich besonders groß. 17 Kandidaten belegten hier das Unterrichtsfach Musik. An den Studienseminaren für das Lehramt an Grund- und Hauptschulen bereiteten sich mehr als die Hälfte der Seiteneinsteiger (jeweils sechs) auf einen „regulären“ Einsatz in den Fächern Deutsch bzw. Englisch vor. Mit jeweils vier Belegungen standen die Fächer Bildende Kunst und Musik beim Lehramt an Gymnasien an der Spitze. An berufsbildenden Schulen mangelte es offenbar besonders an Lehrkräften in Informatik und Metalltechnik. Diese Fächer wurden von jeweils sieben Personen belegt.

Der Bedarf an Lehrkräften kann seit geraumer Zeit in bestimmten Fächern bzw. Fächerkombinationen nicht mit voll ausgebildeten Lehrerinnen und Lehrern abgedeckt werden. Daher werden seit dem Schuljahr 2001/02 in Rheinland-Pfalz Akademiker, die keine bzw.

eine bislang nicht abgeschlossene Lehrerausbildung haben, für bestimmte Bedarfsfächer im Schuldienst weiterqualifiziert. Diese so genannten Seiteneinsteiger werden auf Grundlage bestimmter Schlüsselqualifikationen ausgewählt und erteilen als Angestellte sofort aktiv Unterricht. Ein Viertel ihrer Arbeitszeit verwenden sie für die berufsbegleitende Ausbildung an einem der 23 Studienseminare. Diese Zusatzausbildung ermöglicht ihnen nach erfolgreich abgelegter Prüfung die Anerkennung als reguläre Lehrkraft und die Übernahme in ein unbefristetes Beamtenverhältnis. Im Rahmen der Ausbildung werden sie mit Theorie und Praxis der Erziehung und des Unterrichts allgemein sowie für ihre jeweiligen Unterrichtsfächer vertraut gemacht.

Wie geht's weiter nach der vierten Klasse? Neue Schulformen gewinnen an Bedeutung – Gymnasialanteile unverändert

Im Jahr 2002 wechselten von den rund 45 000 Absolventen der Grundschulen gut 31% auf die Orientierungsstufe eines Gymnasiums. Damit hat sich im Zehnjahresvergleich der Anteil derjenigen, die eine Gymnasialaufbahn beginnen, kaum verändert. Knapp 22% gingen auf die Orientierungsstufe einer Realschule über. Auch hier hat es in den vergangenen zehn Jahren nahezu keine Veränderung gegeben.

Mehr als 16% der Viertklässler wählten im Jahr 2002 eine Hauptschule. Dieser Anteil hat sich damit im Betrachtungszeitraum halbiert. Die Tendenz relativiert sich allerdings, wenn man berücksichtigt, dass in den vergangenen Jahren etliche Hauptschulen in regionale Schulen und duale Oberschulen umgewandelt wurden. Diese neuen Schulformen, die neben dem Hauptschulabschluss auch einen qualifizierten Sekundarabschluss (Mittlere Reife) ermöglichen, nahmen in den vergangenen Jahren zunehmend mehr Fünftklässler auf. Im Jahr 2002 wechselten 14% nach der Grundschule in eine der 83 regionalen Schulen sowie fast 3% in die Eingangsklasse einer der 13 dualen Oberschulen.

Knapp 9% der Grundschulabsolventen und damit ein etwas geringerer Anteil als 1992 setzten ihre Schullaufbahn an einer der 23 schulartübergreifend geführten Orientierungsstufen fort, an denen die Bildungsgänge von zwei oder drei Schularten (Hauptschule und/oder Realschule und/oder Gymnasium) zusammengefasst sind. Rund 5% der Viertklässler wechselten auf eine ebenfalls bildungsgangübergreifend eingerichtete Orientierungsstufe der 18 integrierten Gesamtschulen im Land. Zehn Jahre zuvor hatten sich knapp 3% für diese Schulform entschieden.

Urheberrechte an Veröffentlichungen der amtlichen Statistik?

Die statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben ein gemeinsames Marketingkonzept entwickelt. Ziel ist die zeitgemäße und kundenorientierte Vermarktung statistischer Produkte und Dienstleistungen. Die erarbeitete Marketing-Strategie soll sowohl den gesetzlichen Auftrag der Veröffentlichung von Bundes- und Landesstatistiken erfüllen als auch die statistischen Informationen optimal an die verschiedenen Nutzer- und Kundengruppen vermitteln. Zu diesem Zweck sind die inhaltlichen Angebote der amtlichen Statistik in drei Segmente untergliedert. Sie beinhalten die „informationelle Grundversorgung“ als kostenloses Grundangebot für alle interessierten Personen, die „nachfrage- und zielgruppenorientierten Standardangebote“, für die Marktpreise verlangt werden, und die „kundenspezifische Aufbereitung nach individuellen Bedürfnissen“, die entsprechend dem erforderlichen Aufwand vergütet werden muss.¹⁾

Die Unterscheidung von kostenloser Weitergabe von statistischen Informationen bis zur Forderung der amtlichen Statistik“ bei der Inanspruchnahme bestimmter Leistungen aufgrund eines eigenen Verwertungsrechts adäquate Ansprüche geltend machen zu können, bedarf der rechtlichen Legitimation. Der Ansatzpunkt für die Prüfung ist das von der Verfassung geschützte und im Urhebergesetz (UrhG) näher geregelte Urheberpersönlichkeitsrecht an geistigen Werken sowie das daraus abzuleitende Verwertungsrecht. Dieses Grundrecht gilt jedoch nicht ausnahmslos. So versagt § 5 UrhG bei bestimmten amtlichen Werken den urheberrechtlichen Schutz. Die Auffassungen, inwieweit hiervon die amtliche Statistik betroffen ist, wurden bereits im Vorfeld der Erstellung des Marketingkonzeptes intern erörtert. Gerade aber vor dem Hintergrund anhaltender Diskussionen über die Anforderungen an die amtliche Statistik und der sich daraus ergebenden Folgen ist ihr Auftrag in einem demokratischen Staat, der sich auch im Marketingkonzept widerspiegeln sollte, zu bedenken und herauszustellen. Es wird untersucht, ob und in welchem Umfang Veröffentlichungen der amtlichen Statistik von dem Urheberrechtsausschluss betroffen sind.

Verfassungsrechtliche Grundlagen des Urheberrechts

Das Urheberrecht steht hinsichtlich seines vermögenswerten Teils unter dem Eigentumsschutz des Artikels 14 Absatz 1 Satz 1 des Grundgesetzes (GG). Die Eigentumsgarantie zeichnet sich durch ihre Privatsphäre und die grundsätzliche Verfügungsbefugnis über den Eigentumsgegenstand aus. Diese verfassungsrechtliche Vorgabe hat der Gesetzgeber bei der Ausgestaltung von Inhalt und Grenzen des Urheberrechts (Artikel 14 Absatz 1 Satz 2 GG) zu beachten. Folglich ist grundsätzlich das vermögenswerte Ergebnis der schöpferischen Leistung dem Urheber zuzuordnen. Der Urheber soll über sein Werk im Rahmen seiner Lebensgestaltung eigenverantwortlich verfügen können. Allerdings muss dem Urheber nicht jede Verwertungsmöglichkeit eingeräumt werden. Es reicht angesichts der Natur der Sache und der sozialen Bedeutung des Urheberrechts aus, wenn der Urheber sein Werk in angemessenem Umfang verwerten kann. Die durch Artikel 14 Absatz 2 GG bestehende Allgemeinwohlbindung lässt zudem keinen unbedingten Vorrang des Individualinteresses zu. Beide Aspekte sind unter Beachtung des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes und des Gleichheitsgebots in ein ausgewogenes Verhältnis zu bringen, wobei das Allgemeinwohlinteresse nicht nur der Grund für einen Eingriff in das Urheberrecht ist, sondern auch seine Grenze darstellt. Dementsprechend darf das Verwertungsrecht des Urhebers nicht durch jede Gemeinwohlerwägung eingeschränkt werden. Auch erhöhen sich die Anforderungen an das Allgemeinwohl, je umfassender in das Urheberrecht eingegriffen wird. Bei einem Entzug der Verwertungsmöglichkeit ist deshalb ein gesteigertes öffentliches Interesse zu fordern.²⁾

Ausschluss des Urheberrechtsschutzes nach § 5 des Urhebergesetzes (UrhG)

Einen solchen Ausschluss des Urheberrechtes bestimmt § 5 UrhG. In seinem Absatz 1 wird festgelegt, dass Gesetze, Verordnungen, amtliche Erlasse und Bekanntmachungen sowie Entscheidungen und amtlich verfasste Leitsätze zu Entscheidungen keinen urheberrechtlichen Schutz genießen. Nach § 5 Absatz 2 UrhG gilt das Gleiche auch für amtliche Werke, die im amtlichen Interesse zur allgemeinen Kenntnisnahme veröffentlicht werden. Bei der Erfüllung der vorgenannten

1) Marketingkonzept der statistischen Ämter des Bundes und der Länder, Vereinbarungen und Leitlinien, Stand August 2002, S. 3 ff.

2) BVerfG, NJW 1979, S. 2029 ff. und 1999, S. 414 ff. (414); BVerfGE 31, 229 ff. (240 f.) und 79, 29 ff. (40f.); Papier, Hans-Jürgen, in: Maunz, Theodor, Dürig, Günter (Hrsg.), Grundgesetz, Kommentar, Bd. 2, 39. Lieferung, Art. 14, Rn. 195.

Bedingungen entsteht an amtlichen Werken kein Urheberpersönlichkeitsrecht. Es fehlt an der schutzwürdigen persönlichen Beziehung zwischen dem Werk und seinem Schöpfer. Das nach § 2 UrhG an sich schutzfähige amtliche Werk darf deshalb von jedermann – bis auf die in § 5 Absatz 2 UrhG genannten Einschränkungen des Verbots, Änderungen vorzunehmen, bzw. der Forderung, die Quelle anzugeben – frei genutzt werden.³⁾

Der vollständige Ausschluss des Urheberrechtsschutzes rechtfertigt sich zum einen aufgrund des fehlenden oder nachrangigen Verwertungsinteresses der Schöpfer amtlicher Werke. Da dieser Personenkreis in der Regel dem öffentlichen Dienstrecht untersteht, hat er die Ergebnisse der Arbeit dem Dienstherrn zur Verfügung zu stellen. Zum anderen besteht ein hohes öffentliches Interesse an einer möglichst breiten Verwertung amtlicher Werke. Diese Zielsetzung soll durch bestehende Urheberrechte nicht eingeschränkt werden.⁴⁾ Im Einzelnen: Die freie Verfügbarkeit und Verwertbarkeit von Normtexten leiten sich aus dem Rechtsstaatsprinzip ab. Die in Artikel 84 Absatz 1 GG angeordnete Verkündung von Rechtsnormen sichert ihre einfache und ungehinderte Möglichkeit der Kenntnisnahme und gewährleistet die Verbindlichkeit des Normtextes. Die Bevölkerung kann sich durch die Publizierung über ihre Rechte und Pflichten umfassend informieren. Damit ist die Gefahr staatlicher Willkür aufgrund der Unkenntnis der Bürgerinnen und Bürger über die Rechtslage abgewendet.

Im Rahmen der generalklauselartigen Bestimmung des § 5 Absatz 2 UrhG ist in jedem Einzelfall eingehend darzulegen, ob die intendierte weite Verbreitung im gesteigerten öffentlichen Interesse liegt.⁵⁾

Urheberrechtliche Einordnung von Veröffentlichungen der amtlichen Statistik

1. Fallen Veröffentlichungen der amtlichen Statistik in den Schutzbereich des Urheberrechtes?

Der Schutzbereich des Urheberrechtes umfasst alle Sprachwerke oder Darstellungen wissenschaftlicher oder technischer Art (Zeichnungen, Pläne, Karten, Skizzen, Tabellen oder plastische Darstellungen), die aufgrund einer persönlichen, geistigen Schöpfung her-

vorgebracht werden (§ 2 Absatz 2 i. V. m. Absatz 1 Nr. 1 und 7 UrhG). Dem Werk muss folglich eine bestimmte Gedankenführung und -formung zugrunde liegen. Dies kann für die von der amtlichen Statistik herausgegebenen Tabellen, Auswertungen und Analysen zweifelsfrei bejaht werden. Die erhobenen Daten werden in den Tabellen nach bestimmten Kategorien eingeteilt und angeordnet. Den Auswertungen und Analysen liegt eine eigenständige sprachliche und inhaltliche Konzeption zugrunde.⁶⁾

2. Sind Veröffentlichungen der amtlichen Statistik Bekanntmachungen? (Ausschluss des Urheberrechtes nach § 5 Absatz 1 UrhG)

Die vom Urheberrecht schutzfähigen amtlichen Statistiken sind dann für jedermann frei verfügbar, wenn die in § 2 Absatz 2 Nr. 1 c sowie 3 des Landesstatistikgesetzes vorgesehenen Veröffentlichungen von Bundes- und Landesstatistiken bzw. der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen Bekanntmachungen i. S. v. § 5 Absatz 1 UrhG darstellen. Das wird von der herrschenden Meinung mit unterschiedlichen Begründungen abgelehnt.

Katzenberger stützt sich bei seiner Ablehnung formal auf den Begriff der „Bekanntmachung“. Die amtliche Statistik gebe ihre Ergebnisse „nur“ bekannt, habe aber von Gesetzes wegen nicht den Auftrag, sie in Form einer „Bekanntmachung“ herauszugeben.⁷⁾ Von Ungern-Sternberg sieht es als erforderlich an, dass die Behörde mit einer Bekanntmachung eine administrative Zweckbestimmung, also eine allgemeine Regulationsanordnung für Einzelfälle, verfolgt.⁸⁾ Dies treffe bei Veröffentlichungen der amtlichen Statistiken nicht zu. In die gleiche Richtung zielt von Gamm, wenn er die Bekanntmachungen als verbindliche Regelungen, Gestaltungen oder Feststellungen für einen Einzelfall ansieht.⁹⁾

Hiervon überzeugt insbesondere letztere Begründung. Nach der Intention des Gesetzes sollen alle veröffentlichten Äußerungen der Rechtsprechung und Verwaltung vom Urheberrecht ausgeschlossen sein, die verbindlich regeln, was rechtens ist. Dies trifft bei den Ergebnissen der amtlichen Statistik nicht zu. Ihre Feststellungen zeigen möglicherweise Steuerungsbedarfe bei der Gesetzgebung oder der Verwaltung auf, begründen aber weder unmittelbar noch mittelbar individuelle Rechtspositionen oder treffen rechtliche Feststellungen.¹⁰⁾

Demnach ist aufgrund § 5 Absatz 1 UrhG ein Urheberrechtsschluss nicht zu rechtfertigen.

3. Besteht ein gesteigertes öffentliches Interesse an der Verbreitung amtlicher Statistiken? (Ausschluss des Urheberrechtes nach § 5 Absatz 2 UrhG)

An den Veröffentlichungen der amtlichen Statistik würde dann kein Urheberrecht bestehen, wenn sie aufgrund eines gesteigerten öffentlichen Interesses im Sinne des § 5 Absatz 2 UrhG eine weite Verbreitung erfahren sollen.

Dazu müssen die Publikationen der amtlichen Statistik als „amtliche Werke“ anzusehen sein. Bei „amtlichen Werken“ trägt eine Behörde mit Verwaltungskompetenz

3) Fromm, Friedrich, Nordemann, Karl, Urheberrecht, Kommentar, 9. Aufl., Stuttgart, Berlin, Köln 1998, § 5, Rn. 2.8; Katzenberger, Paul, in: Stricker, Gerhard (Hrsg.), Urheberrecht, Kommentar, München 1987, § 5, Rn. 2; von Gamm, Otto F., Urheberrechtsgesetz, Kommentar, München 1968, § 5, Rn. 1; BGH, NJW 1999, S. 2898 ff. (2900).

4) BVerfG, NJW 1999, S. 414 ff. (414); Bundestags-Drucksache IV/270, S. 39.

5) BVerfG, NJW 1999, S. 414 ff. (414 f.); BVerfGE 65, S. 288 ff. (291); Lücke, Jörg, in: Sachs, Michael (Hrsg.), Grundgesetz, Kommentar, 2. Aufl., München 1999, Art. 82, Rn. 1.

6) BGH, GRUR 1982, S. 37 ff. (39) und 1987, S. 166 f. (166).

7) Katzenberger, in: Stricker, a. a. O., § 5, Rn. 31; ders., Die Frage des urheberrechtlichen Schutzes amtlicher Werke, GRUR 1972, S. 686 ff. (688).

8) Von Ungern-Sternberg, Joachim, Werke privater Urheber als amtliche Werke, GRUR 1977, S. 766 ff. (770, Anm. 32).

9) Von Gamm, Urheberrechtsgesetz, Kommentar, München 1968, § 5, Rn. 5.

10) Eine Analogie von § 5 Abs. 1 UrhG ist aufgrund des Ausnahmecharakters der Vorschrift ausgeschlossen, so: BGH, GRUR 1984, S. 117 ff. (119); Katzenberger, in: Stricker, a. a. O., § 5, Rn. 18, BGHZ 116, 136 ff. (145, 147); BGH, GRUR 1982, S. 37 ff. (40); BGH, LM § 5 UrhG Nr. 6.

und Hoheitsbefugnissen die Verantwortung für den Inhalt der Veröffentlichung. Dies äußert sich in einer eigenen Willenserklärung des Amtes und verleiht dadurch der Veröffentlichung den Charakter einer hoheitlichen Erklärung. Für diese Feststellung werden unterschiedliche Indizien, etwa die Art und Weise des Zustandekommens, das äußere Erscheinungsbild oder die inhaltliche Bedeutung des Werks, herangezogen.¹¹⁾

Bereits der Begriff der „amtlichen Statistik“ zeigt deutlich, dass die von ihr herausgegebenen Tabellen, Auswertungen und Analysen hoheitlichen Charakter haben. So gehört es zu den Aufgaben des Statistischen Landesamtes, Bundes- und Landesstatistiken auszuwerten und zu allgemeinen Zwecken zu veröffentlichen (§ 2 Absatz 2 Nr. 1c LStatG). Die dazu erforderlichen Einzeldaten werden zumeist aufgrund einer gesetzlich verankerten Auskunftspflicht (§ 15 Absatz 1 BStatG) erhoben. Befugt, die Auskünfte einzuholen, sind lediglich Bedienstete des öffentlichen Dienstes oder von der Behörde besonders verpflichtete Personen. Auch wenn die Veröffentlichungen der amtlichen Statistik keine Verwaltungsaktqualität besitzen, so weisen die aufgeführten Anhaltspunkte eindeutig auf die Verantwortlichkeit des Amtes für die seinerseits herausgegebenen Publikationen hin.

Im Rahmen der Prüfung des § 5 Abs. 2 UrhG kommt es nun entscheidend darauf an, ob das amtliche Werk „im amtlichen Interesse zur allgemeinen Kenntnisnahme“ veröffentlicht wird.

Hinsichtlich der Auslegung dieses in der Norm verwendeten unbestimmten Rechtsbegriffs besteht Uneinigkeit. Die Auslegungen reichen von einer engen Begrenzung des Anwendungsbereichs und damit einem kleinen Kreis von urheberrechtsfreien Werken (Bundesgerichtshof, Katzenberger) bis hin zu einer großzügigeren Freigabe der Verwertung durch amtliche Stellen (Nordemann, von Ungern-Sternberg).

Der Bundesgerichtshof¹²⁾ bejaht das „amtliche Interesse“ in seiner Entscheidung „Im Rhythmus der Jahrhunderte“, wenn dieses sich unmittelbar auf die Veröffentlichung des Werkes selbst erstreckt und durch diese die Aufgaben und Obliegenheiten des Amtes unmittelbar gefördert werden. Erhält das „amtliche Inte-

resse“ erst in weiteren erhofften Wirkungen der Veröffentlichung seine Bestimmung, wird das Urheberrecht nicht ausgeschlossen. Demzufolge ist grundsätzlich nur eine Publikation vom Urheberrecht ausgeschlossen, deren Veröffentlichung zum unmittelbaren, amtlichen Aufgabenbereich gehört.¹³⁾ Der Bundesgerichtshof erfährt aus nachstehenden Gründen Widerspruch:

Publikationen dienen keinem Selbstzweck, sondern sollen zur Kenntnis genommen werden. Damit erhalten sie eine zusätzliche Zwecksetzung.

Im Übrigen werden die Aufgaben und Obliegenheiten einer Behörde nur dann durch eine Veröffentlichung unmittelbar unterstützt, wenn das Publizieren von Rechts wegen vorgeschrieben wird. Dies führt angesichts der Aufzählung des § 5 Absatz 1 UrhG aber nur zu einem sehr begrenzten Anwendungsbereich von § 5 Absatz 2 UrhG.¹⁴⁾

Katzenberger¹⁵⁾ sieht einen Urheberrechtsausschluss allein aufgrund eines dringenden, unabweisbaren amtlichen Interesses an der Veröffentlichung als gerechtfertigt an. Dies treffe zu, wenn die Veröffentlichungen zumindest rechtserhebliche Informationen beinhalten. Dies zeigt sich beispielsweise an einer Karte, die vor Gefährdungen an Leib und Leben warnt. Werden bloße Informationen mitgeteilt, könne die Behörde auch angesichts möglicher normativer Veränderungen und Anpassungen nicht an einer unbegrenzten Weiterverbreitung ihrer Schriften interessiert sein. Vielmehr müsse sie in diesen Fällen ihr Urheberrecht geltend machen können. Dies wäre der Fall, wenn eine Karte nur zur bloßen Orientierung dient. Der Auslegung Katzenbergers wird unter dem Hinweis auf eine fehlende Stütze im Wortlaut der Vorschrift nicht gefolgt.¹⁶⁾

Nach Nordemann sollen auch Veröffentlichungen mit informellem Charakter aufgrund des Sozialstaatsgebots eine möglichst weite Verbreitung finden.¹⁷⁾

Von Ungern-Sternberg¹⁸⁾ will die Abgrenzung am Begriff der „allgemeinen Kenntnisnahme“ vornehmen. Nach seiner Auffassung sind die Veröffentlichungen für jedermann frei zugänglich, wenn aus amtlicher Sicht ein großes Interesse an der ungehinderten Weitergabe der Werksveröffentlichung besteht. Anderenfalls werde der Zweck der Publikation beeinträchtigt.

Verfassungsrechtliche Einordnung des § 5 UrhG von entscheidender Bedeutung

Entscheidend für die Auslegung von § 5 Absatz 2 UrhG ist die verfassungsrechtliche Einordnung der Vorschrift. Eingangs ist darauf hingewiesen worden, dass das in Artikel 14 GG verbürgte Verwertungsrecht geistiger Schöpfungen angesichts des massiven Eingriffs eines Urheberrechtsausschlusses nur aufgrund besonderer Gemeinwohlgründe ausgeschlossen werden darf. Die Sicherstellung einer möglichst weiten Verbreitung amtlicher Veröffentlichungen rechtfertigt den in § 5 Absatz 2 UrhG bestimmten Urheberrechtsausschluss. Die Erfüllung dieses Tatbestandsmerkmals ist für jeden Einzelfall zu prüfen. Die Art und Bedeutung der Veröffentlichung bieten für diese Prüfung eine wichtige Entscheidungshilfe.¹⁹⁾ Führen insbesondere diese beiden Kriterien zu der Erkenntnis, dass die Veröffentlichung

11) BGHZ 116, 136 ff. (145, 147); BGH, GRUR 1982, S. 37. ff. (40); BGH LM § 5 UrhG Nr. 6.

12) BGH, GRUR 1972, S. 713 ff. (714).

13) Von Gamm, a. a. O., § 5, Rn. 8.

14) Katzenberger, GRUR 1972, S. 686 ff. (690); von Ungern-Sternberg, GRUR 1977, S. 766 ff. (771).

15) Er beruft sich dabei insbesondere auf die Entstehungsgeschichte von § 5 Absatz 2 UrhG. In der Stadtplan-Entscheidung (GRUR 1965, S. 45 ff. (46)) forderte der Bundesgerichtshof für den Urheberrechtsausschluss der Vorgängerregelung ein unmittelbares und dringendes öffentliches Interesse. Da nach der Gesetzesbegründung für § 5 Absatz 2 UrhG an dem Zweck der abzulösenden Vorschrift nichts geändert werden sollte, hält Katzenberger die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs weiter für anwendbar (Katzenberger, GRUR 1972, S. 686 ff. (691 f.); ders., in: Stricker, a. a. O., § 5, Rn. 40 ff. Der Argumentation wird insoweit nicht gefolgt, als zur damaligen Rechtslage innerdienstliche Schriftstücke im Gegensatz zu § 5 Absatz 2 UrhG nicht dem Urheberrechtsschutz unterlagen und deshalb eine davon abweichende Rechtslage eingetreten ist (von Ungern-Sternberg, GRUR 1977, S. 766 ff. (771)).

16) Von Ungern-Sternberg, GRUR 1977, S. 766 ff. (771).

17) Nordemann, in: Fromm/Nordemann, a. a. O., § 5 Rn. 4.

18) Von Ungern-Sternberg, GRUR 1977, S. 766 ff. (772).

19) BGH, GRUR 1984, S. 117 ff. (119); Katzenberger, in: Stricker, a. a. O., § 5, Rn. 42.

für die Verwirklichung verfassungsrechtlicher Positionen der Bürgerinnen und Bürger unabdingbar ist, liegt ein Urheberrechtsausschluss nahe. Auch die von Hoheitsträgern herausgegebenen „bloßen Informationen“ können unabdingbare Voraussetzung für die Umsetzung verfassungsrechtlicher Positionen der Staatsbürger sein. Die Auslegung lässt sich auch auf § 5 Absatz 1 UrhG stützen. Die dort enumerativ aufgeführten Veröffentlichungsgegenstände genießen keinen Urheberrechtsschutz, da ihr Inhalt aufgrund des Rechtsstaatsgebots uneingeschränkt von der Bevölkerung zur Kenntnis genommen werden soll.

Wesentlicher Aspekt: amtliche Statistik als Teil des Demokratieprinzips

1. Bedeutung des Demokratieprinzips

Die Demokratie ist eine wesentliche Grundentscheidung sowohl der Bundesrepublik Deutschland (Artikel 20 Absatz 1 GG) als auch von Rheinland-Pfalz (Artikel 74 Absatz 1 LV²⁰⁾). Mit diesem Verfassungsgebot werden die Grundlage und die Grundstrukturen für die Begründung, die Rechtfertigung und die unmittelbare Ausübung staatlicher Herrschaft gelegt. Artikel 20 Absatz 2 Satz 1 GG und Artikel 74 Absatz 2 LV konkretisieren das Demokratieprinzip. So ist allein das Volk Träger der Staatsgewalt. Alle staatlichen Entscheidungen und die diese begründenden und umsetzenden Organe müssen auf den Souverän, das Volk, zurückzuführen sein. Im Bundesgebiet und in Rheinland-Pfalz erfolgt die Ausübung staatlicher Gewalt durch das Volk in allgemeinen, unmittelbaren, freien, geheimen und gleichen Wahlen. Ergänzend zur Herrschaftsausübung des Parlaments steht den rheinland-pfälzischen Staatsbürgern (Art. 75 Abs. 1 LV) darüber hinaus das Recht zu, im Wege eines Volksentscheids Gesetzgebung (Artikel 107 Nr. 1 LV) und damit unmittelbare Staatsgewalt selbst auszuüben.

Mit dem soeben beschriebenen Demokratieprinzip als Richtschnur für die Ordnung des politischen Prozesses, in dem staatliche Gewalt begründet und verwirklicht wird, entscheiden sich die Verfassungen gegen eine Identität von Regierenden und Regierten; denn die Staatsbürger können nicht alle Entscheidungen des Staatswesens selbst treffen. Die fehlende Identität gilt auch im Rahmen der unmittelbaren Gesetzgebungstätigkeit des Volkes, da sich beim Volksentscheid die Mehrheit der Abstimmenden letztendlich gegenüber der Minderheit durchsetzt. Dies beruht auf dem Fehlen absoluter Wahrheit in einer säkularisierten Welt, das die Bildung eines einheitlichen Volkswillens als Voraussetzung für die Selbstregierung des Volkes ausschließt. Die Demokratie lebt vielmehr von unterschiedlichen Meinungen, Interessen und Wertvorstellungen. Diese Pluralität muss zu gesellschaftlichen Konflikten führen, die aber unter gleichberechtigten Partnern in einem freien und offenen, also in einem demokratischen Prozess auszutragen sind.

Das gilt insbesondere für die Entstehung und Ausübung staatlicher Gewalt. Staatliche Gewalt kann nur sinnvoll durchgeführt werden, wenn sie auf einen einheitlichen politischen Willen zurückzuführen ist. Angesichts des Bekenntnisses zu der freiheitlich demokratischen Grundordnung ist die Herstellung einer politischen Einheit – wie bereits festgestellt wurde – nur durch einen freien und offenen Willensbildungsprozess, an dem das gesamte Volk gleichberechtigt beteiligt ist, möglich. Jedermann wirkt ungeachtet seiner persönlichen Bedingungen an der politischen Willensbildung mit und besitzt die Chance, durch die gewählten Organe oder im Rahmen der Volksgesetzgebung seine Vorstellungen und Ziele für die Ausübung staatlicher Herrschaft umzusetzen.

Zu diesem Zweck wählt das Volk entsprechend den demokratischen Erfordernissen das Parlament. Da die Willensbildung von unten nach oben erfolgt, also sich vom Volk zum Staat entwickelt, haben der Wahlakt und die Überlegungen der Bürgerinnen und Bürger dazu in einem freien und offenen Prozess, ohne staatliche Einflussnahme, stattzufinden. Die demokratische Ordnung sichert dadurch angesichts der Pluralität der Auffassungen und Interessen auch den Minderheiten die Chance, ihre Vorstellungen mehrheitsfähig werden zu lassen. Das demokratische Verfahren mit seinen festen Regeln schafft die Grundlage für die Formung der politischen Willensbildung und führt zur Transparenz der Entscheidungen, Verantwortlichkeiten und ihrer Realisierung. Schließlich begrenzt die zeitlich und an die Verfassung gebundene Übertragung von Verantwortung die Ausübung von Macht und balanciert die staatlichen Gewalten aus.

Die Staatswillensbildung und damit die Einflussnahme auf die Ausübung von Staatsgewalt erschöpft sich nicht in dem Wahlvorgang und der unmittelbaren Gesetzgebungstätigkeit des Volkes durch einen Volksentscheid. Daneben ist jederzeit die von der Staatswillensbildung zu trennende politische Willensbildung und Einflussnahme auf die staatliche Herrschaftsausübung möglich und notwendig. Die Willensbildung zwischen der Bevölkerung und den Staatsorganen vollzieht sich dabei in ständiger Wechselwirkung. So werden während der Wahlperiode die Entscheidungen der gewählten Organe kontrolliert und kritisiert. Die öffentliche Meinung fließt in die staatliche Willensbildung ein. Konstituierend dafür ist die in Artikel 5 GG geschützte Meinungsfreiheit. Sie bewirkt, dass die Bürgerinnen und Bürger ihre Auffassungen frei von staatlichen Sanktionen äußern können. Mit der Koalitions- und Versammlungsfreiheit ist zudem die Vorformung der öffentlichen Meinung durch Parteien, Verbände und andere Interessengruppen gewährleistet, um mit ausreichender Resonanz auf die Entscheidungen des Staates Einfluss nehmen zu können. Dies ist auch im Rahmen moderner Gesellschaften möglich. Gesehen werden muss sicherlich, dass aufgrund der Daseinsvorsorge viele staatliche Aufgaben vorprogrammiert sind. Zudem sind in heutiger Zeit einmal getroffene Planungen unumkehrbar; zumal supranationale Entscheidungen in zunehmendem Maße nationalstaatliches Handeln ablösen. Weiterhin führen technische Entwicklungen für den Einzelnen zu kaum überschaubaren Zusammenhängen. Dem ist entgegenzuhalten, dass auch ein rechtsstaatlich handeln-

20) LV steht für Landesverfassung Rheinland-Pfalz.

der Staat nur mit der Unterstützung des Volkes existieren kann und somit der demokratischen Legitimierung bedarf. Des Weiteren gibt es noch eine Vielzahl von Problemen, deren Lösung der Mitwirkung aller zugänglich ist und damit Bestand hat. Letztendlich verhindert Demokratie die Monopolisierung durch moderne Technik und entzieht damit ihrer freiheitseinschränkenden Wirkung den Grund. Auf die Meinungsbildung des Volkes wirken auch die von den staatlichen Organen veranlassten politischen Entscheidungen und Maßnahmen sowie die zugrunde liegenden Begründungen, ergänzt durch die politischen Absichtserklärungen und Informationen, ein. Diese staatlichen Aussagen werden vom Volk aufgenommen und bei der Meinungsbildung berücksichtigt.²¹⁾

2. Informationsfreiheit als Bestandteil der demokratischen Willensbildung

Voraussetzung für die Bildung der öffentlichen Meinung ist der mündige und informierte Staatsbürger. Die Beteiligung an der Wahl und der politischen Willensbildung ist nur möglich, wenn die Bevölkerung über die zu entscheidenden Fragen ein sachgerechtes Urteil fällen kann, die Amtsführung transparent ist, die Einsicht in öffentliche Zustände gegeben ist und die Auseinandersetzung der Meinungen öffentlich stattfindet. Dadurch werden die Wechselwirkungen in der Politik und ihre Bedeutung für die individuelle Existenz erkennbar, durch die Wahrnehmung anderer Meinungen werden Vorurteile abgebaut und damit eine freiheitliche Gesellschaft ermöglicht.

Für die Existenz sowie das Funktionieren der freiheitlich demokratischen Grundordnung ist deshalb das Recht des Einzelnen, aus allgemein zugänglichen Informationsquellen umfassende und objektive Erkenntnisse für ein verantwortliches Handeln zu erhalten, schlechthin konstituierend. Die Informationsfreiheit als wesentlicher Bestandteil des Grundrechts auf freie Meinungsäußerung und -verbreitung (Artikel 5 Absatz 1 GG) sichert den Anspruch der Bürgerinnen und Bürger, von staatlichen Eingriffen ungehindert auf alle Informationsquellen zuzugreifen, die zur Veröffentlichung an einen unbestimmten Personenkreis ausgerichtet sind. Der Staat hat sich folglich sowohl jeder Einflussnahme auf die freien Kommunikationsprozesse zu enthalten als auch sie sicherzustellen. Damit ist für jeden Bürger die Grundlage geschaffen, sich seine Meinung zu bilden und als gleichberechtigter Partner bei der Willensbildung zu politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entscheidungen teilzunehmen.²²⁾

3. Amtliche Statistik als Bestandteil der Informationsfreiheit

Die amtliche Statistik – auf die neben dem Parlament und der Regierung alle Bürgerinnen und Bürger, Gewerkschaften, Arbeitgeber, Verbände, Parteien und die Wissenschaft zugreifen – hält die notwendigen Informationen bereit, um den freien und offenen Willensbildungsprozess und die Durchsetzung der beschriebenen demokratischen Rechte zu ermöglichen. Dieser Anspruch ergibt sich aus der Aufgabe und dem Inhalt der amtlichen Statistik. Das statistische Programm spiegelt mit dem Ineinandergreifen der Einzelstatistiken die wirtschaftliche und soziale Lebenswirklichkeit des Landes und der Regionen wider und stellt damit die erforderlichen Informationen für politisches Handeln zur Verfügung. Sie bietet daher eine wesentliche Informationsgrundlage für politische Entscheidungen. Wie bereits das Bundesverfassungsgericht²³⁾ in seinem Volkszählungsurteil ausführte, kann an dem Sozialstaatsprinzip orientierte staatliche Politik vor dem Hintergrund einer Ausdehnung staatlicher Regelungen auf vielen Gebieten des sozialen und wirtschaftlichen Lebens nur erfolgen, wenn die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Zusammenhänge erfasst werden. Um den Auftrag des sozialen Rechtsstaats in einer komplexen Industriegesellschaft mit einem rasanten Strukturwandel zu erfüllen, bedarf es umfassender, kontinuierlicher sowie laufend aktualisierter Informationen. Erst dann können die notwendigen Maßnahmen der Daseinsvorsorge verantwortungsvoll getroffen werden. Weiterhin weist die amtliche Statistik als Instrument der Problemerkennung auf soziale und ökonomische Defizite hin. Diese auszugleichen und für eine gerechte Sozialordnung zu sorgen, ergibt sich aus dem verfassungsrechtlichen Auftrag des Sozialstaatsprinzips. Zudem lässt sich mit dem Datenmaterial die Wirksamkeit politischer Maßnahmen überprüfen. Die Ergebnisse der amtlichen Statistik bieten damit eine Kontrollmöglichkeit der Regierungspolitik. Alle am Willensbildungsprozess Beteiligten, seien es die Regierung oder das Parlament, seien es die Bevölkerung, die unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessenvertretungen oder andere Organisationen, sind für die Planung und Gestaltung des Landes, für die Meinungsbildung anlässlich von Wahlen, für die Kontrolle der gesetzgeberischen Maßnahmen sowie für die Vorbereitung unmittelbarer Gesetzgebungstätigkeit durch das Volk auf diese Daten angewiesen. Die amtliche Statistik ist damit als wichtiger Bestandteil der Informationsfreiheit ein unabdingbares Instrument für die Ausübung demokratischer Rechte. Konsequenterweise hat der Gesetzgeber durch die Veröffentlichungsverpflichtung die Informationen für jedermann zugänglich gemacht.²⁴⁾

Die amtliche Statistik kann ihre Aufgabe in einem demokratischen Staat nur dann erfüllen, wenn ihre Informationen der Sachgerechtigkeit entsprechen.²⁵⁾ Diese zentrale Forderung jedes staatlichen Handelns wird bei der amtlichen Statistik vom Gesetz verpflichtend vorgeschrieben. So sind die Statistiken nach den Grundsätzen der Neutralität, der Objektivität und der wissenschaftlichen Unabhängigkeit (§ 1 Satz 2 BStatG) zu erheben, zu sammeln, aufzubereiten, darzustellen und zu analysieren. Die daraus gewonnenen Auskünfte gewährleisten die erforderliche Basis für die Teilnahme an der Willensbildung in Staat und Gesellschaft.

21) Hesse, Konrad, Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 20. Aufl., Heidelberg 1999, Rn. 127–165; Kloepfer, Michael, Öffentliche Meinung und Willensbildung des Volkes, in: Isensee, Josef, Kirchhof, Paul, (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Bd. 2, Heidelberg 1987, § 35; Badura, Peter, Volkssouveränität, in: Isensee/Kirchhof, a. a. O., Bd. 1, § 23; Herzog, in: Maunz/Dürig, a. a. O., § 20, Rn. 1–53.

22) Bethge, Herbert, in: Sachs, a. a. O., Art. 5, Rn. 51–57; Herzog, in: Maunz/Dürig, a. a. O., Art. 5, Rn. 82–89, BVerfGE 27, 71 ff. (79 ff.), E 90, 27 ff. (31 f.).

23) BVerfGE 65, 1 ff. (47).

24) Zum Ganzen: Zypries, Brigitte, Politik und Statistik, Allgemeines Statistisches Archiv 85, S. 141–150; Wingen, Max, Herausforderungen der amtlichen Statistik durch den gesellschaftlichen Wandel, Allgemeines Statistisches Archiv 73, S. 16–41; ders., Amtliche Statistik auf dem Prüfstand, Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik 1987, S. 650–655; Fürst, Gerhard, 100 Jahre Reichs- und Bundesstatistik.

25) BVerfGE 57, 1 ff. (8); BVerfG, NJW 2002, S. 2621 ff. (2624).

Urheberrechtsausschluss bei Veröffentlichungen der amtlichen Statistik gerechtfertigt

Der beschriebene Inhalt und die Bedeutung der amtlichen Statistik für die demokratische Meinungsbildung führen bei den daraus entstehenden Veröffentlichungen grundsätzlich zu einem Ausschluss des Urheberpersönlichkeitsrechts.

Entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag beinhalten die Veröffentlichungen Informationen als Grundlage für politische Entscheidungen, als Instrument für die Erkenntnis wirtschaftlicher oder gesellschaftlicher Defizite oder als Quelle für die Überprüfung politischer Handlungen. Die Auskünfte sollen jedermann zugänglich sein, damit die demokratisch verfassten Rechte ungehindert geltend gemacht werden können. Ein die freie Verwertbarkeit der statistischen Informationen hindern- des Urheberrecht würde die Teilhabe an der Meinungs- und Willensbildung erheblich beeinträchtigen und demnach dem Auftrag der amtlichen Statistik widersprechen, welche die Daten nicht zum Selbstzweck, sondern für zukünftige Entscheidungen, die für den demokratischen Willensbildungsprozess erforderlich sind, erhebt und bekannt gibt. Zu dem Informationsangebot gehören nicht nur die in Tabellen gefassten Daten. Inbegriffen sind auch die dazu ergehenden erläuternden und analysierenden Darstellungen. Die Zahlen müssen von der amtlichen Statistik in eine systematische und die Zusammenhänge erklärende Darstellung gebracht werden. Dies hat sowohl neutral und objektiv als auch

– soweit die Sachgerechtigkeit darunter nicht leidet – allgemein verständlich zu erfolgen. Bestehen mehrere Auslegungsmöglichkeiten, obliegt es der amtlichen Statistik, diese auch darzulegen. Das Gleiche gilt bei der Analyse des statistischen Materials.

Das von den statistischen Ämtern konzipierte Marketingkonzept berücksichtigt im Rahmen der „informati- onellen Grundversorgung“ den ungehinderten und damit kostenlosen Zugriff auf Informationen der amtlichen Statistik, die für die demokratische Willensbildung be- nötigt werden. Erstellt bzw. erteilt hingegen die amtliche Statistik über die von ihr zu veröffentlichenden Informa- tionen hinaus „kundenspezifische Aufbereitungen oder Beratungen“, dienen sie allein privaten Interessen. Die amtliche Statistik mag diese Aufträge erfüllen, sie liegen aber außerhalb der die politische Willensbildung be- treffenden Informationsverpflichtung der statistischen Ämter. Deshalb können sich die statistischen Ämter auf das Urheberpersönlichkeitsrecht an den erstellten Er- gebnissen berufen und dürfen eine entsprechende Vergütung für die erbrachten Leistungen fordern. Pro- blematisch erscheint, ob für die nachfrage- und ziel- gruppenorientierten Standardangebote Marktpreise verlangt werden können. Ist das Angebot statistischer Informationen oder die Nachfrage nach den Ergebnis- sen der amtlichen Statistik wesentlicher Bestandteil der Informationsfreiheit und damit für die politische Willens- bildung notwendig, entsteht für die Erhebung von Marktpreisen kein Raum.

Dr. Stephan Danzer

Außenhandel mit den zehn EU-Beitrittsländern

Die bisher größte geplante Erweiterung der Europäischen Union (EU), die insgesamt dreizehn Bewerberstaaten¹⁾ eine Beitrittsperspektive eröffnet hat, ist nunmehr für zehn Kandidaten in greifbare Nähe gerückt: Im Oktober 2002 stellte der Europäische Rat in seiner umfassenden Bewertung fest, dass „die Union den Ergebnissen und Empfehlungen der Kommission zustimmt, die besagen, dass Zypern, die Tschechische Republik, Estland, Ungarn, Lettland, Litauen, Malta, Polen, die Slowakische Republik und Slowenien die politischen Kriterien erfüllen und in der Lage sein werden, ab dem Beginn des Jahres 2004 die wirtschaftlichen Kriterien zu erfüllen und die mit der Mitgliedschaft in der Europäischen Union verbundenen Pflichten wahrzunehmen.“²⁾ Damit können diese zehn Länder – so auch die Erwägung des Europäischen Parlaments – das Ziel eines

EU-Beitritts im Jahr 2004 erreichen, sofern die Verhandlungen erfolgreich abgeschlossen werden und sie ihren Reformkurs beibehalten.³⁾

Mit der anstehenden Erweiterung um Polen, die Tschechische Republik, Ungarn, die drei baltischen Länder Estland, Lettland und Litauen, Slowenien, die Slowakische Republik sowie die Mittelmeerinseln Malta und Zypern wird die Bevölkerung der EU um rund 75 Mill. auf mehr als 450 Mill. Einwohner steigen.⁴⁾ Damit wird die EU zum größten einheitlichen Markt der Welt mit – so hofft man – positiven Effekten für Wachstum und Beschäftigung.

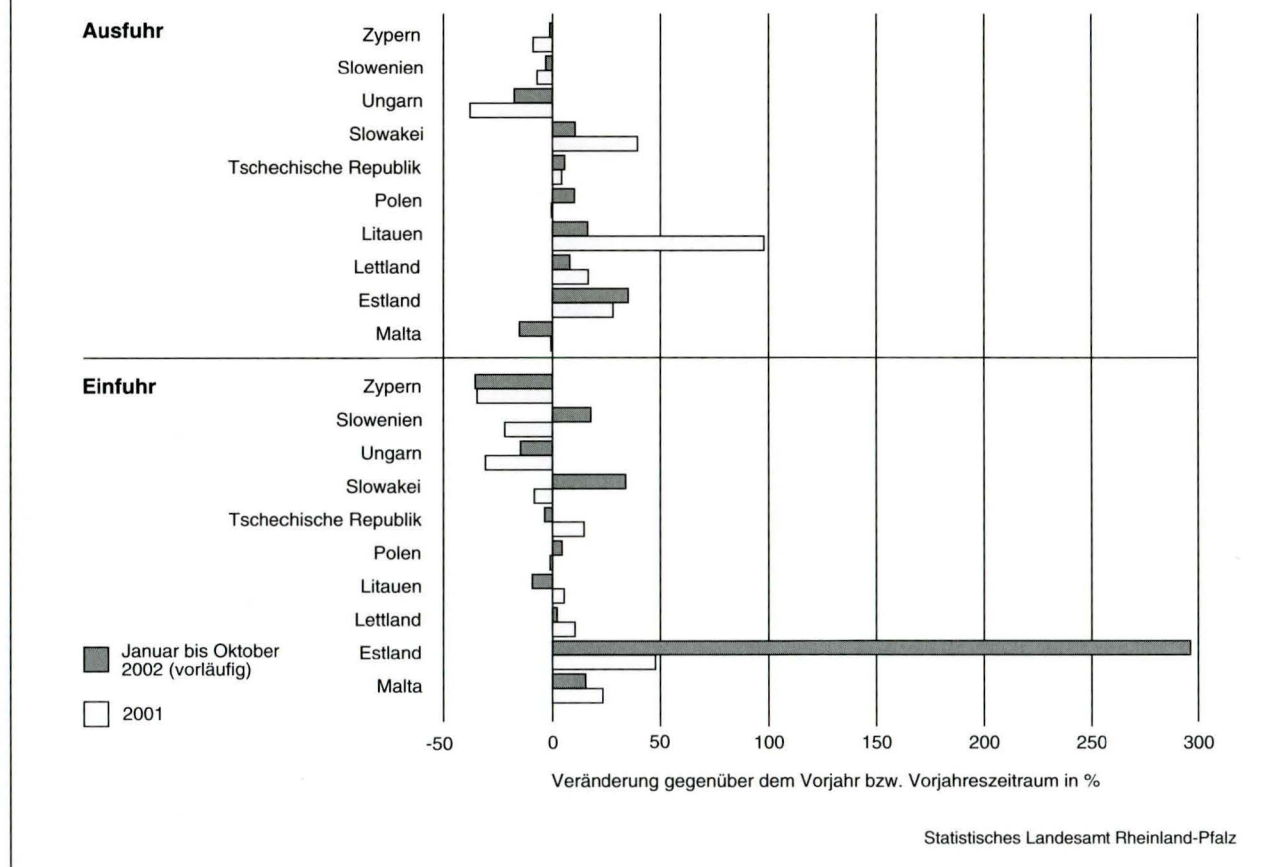
Der Außenhandel Deutschlands mit den zehn EU-Beitrittskandidaten, für die in der folgenden Darstellung durchgängig der Begriff „Beitrittsländer“ verwendet wird, hat sich – zu lesen in einer Pressemitteilung des Statistischen Bundesamtes vom 14. Oktober 2002 – im ersten Halbjahr 2002 dynamischer entwickelt als der deutsche Außenhandel insgesamt. Auch Rheinland-Pfalz profitiert schon heute vom erheblich gestiegenen Handel mit den Beitrittsländern. So haben sich sowohl die Einfuhren aus diesen Ländern als auch die Ausfuhren dorthin seit 1995 mehr als verdoppelt. Dagegen ist der Außenhandel mit den EU-Ländern (EU-15) in dieser Zeit nur um rund ein Sechstel gewachsen. Zwar ist der Anteil der zehn Beitrittsländer am gesamten Außenhan-

1) Die Bewerberliste umfasst neben den in dem Beitrag genannten zehn Beitrittskandidaten noch Bulgarien, Rumänien und die Türkei.
2) Europäischer Rat: Schlussfolgerungen des Vorsitzes, Brüssel, 24. und 25. Oktober 2002, S. 1; zu den Ergebnissen und Empfehlungen siehe im Einzelnen: Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Auf dem Weg zur erweiterten Union – Strategiepapier und Bericht der Europäischen Kommission über die Fortschritte jedes Bewerberlandes auf dem Weg zum Beitritt, Brüssel, 9.10.2002.
3) Vgl. Europäisches Parlament: Fortschritte der Bewerberländer auf dem Weg zum Beitritt – Entschließung zu den Fortschritten jedes Bewerberlandes auf dem Weg zum Beitritt, in: Angenommene Texte – Sitzung vom 20.11.2002 (vorläufige Ausgabe), S. 1.
4) Quelle: Eurostat (Stand: 1.1.2001).

Rheinland-pfälzischer Außenhandel insgesamt sowie mit den EU-Ländern (EU-15) und den EU-Beitrittsländern 1995-2001

Ländergruppe Bestimmungs- bzw. Herkunftsland	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
1 000 EUR							
Ausfuhr							
Insgesamt	20 225 876	19 619 808	21 412 941	21 908 870	22 467 901	24 526 061	25 646 475
darunter							
EU-Länder (EU-15)	12 638 079	11 672 457	11 988 158	12 389 523	13 213 575	14 108 830	14 858 263
EU-Beitrittsländer	824 303	975 459	1 388 940	1 784 805	1 857 092	1 830 265	1 659 863
Malta	8 733	9 073	10 022	11 265	10 022	13 654	13 574
Estland	6 104	8 111	13 003	19 054	8 312	15 425	19 774
Lettland	12 069	8 721	13 774	22 713	18 089	25 119	29 269
Litauen	14 815	20 448	42 628	39 180	26 715	26 092	51 623
Polen	283 809	299 693	396 491	487 078	484 366	518 176	515 737
Tschechische Republik	178 321	222 621	288 462	358 049	364 087	412 517	430 044
Slowakei	41 205	46 747	58 120	74 865	59 508	75 161	104 876
Ungarn	206 994	291 640	479 517	659 533	771 625	639 626	398 008
Slowenien	64 363	60 173	79 479	102 935	105 828	94 159	87 541
Zypern	7 890	8 232	7 444	10 133	8 540	10 336	9 417
Einfuhr							
Insgesamt	14 701 213	14 203 061	14 578 503	16 256 205	15 616 658	18 303 300	17 762 972
darunter							
EU-Länder (EU-15)	9 493 557	9 409 855	9 299 892	10 342 780	9 701 021	11 580 065	11 071 461
EU-Beitrittsländer	646 575	658 040	893 216	1 122 297	1 338 204	1 510 024	1 366 636
Malta	590	1 257	1 167	1 798	2 135	2 606	3 217
Estland	1 843	5 089	2 819	2 526	3 764	3 929	5 803
Lettland	2 588	2 189	4 934	5 468	5 310	8 125	8 967
Litauen	6 534	8 287	12 729	16 459	12 624	7 914	8 335
Polen	165 705	164 978	196 458	224 639	259 096	360 087	356 394
Tschechische Republik	155 513	156 891	220 662	275 164	295 609	409 862	469 622
Slowakei	44 860	35 763	40 732	54 226	58 319	59 698	54 721
Ungarn	217 964	243 985	372 251	496 077	651 340	608 590	421 457
Slowenien	46 558	37 962	38 891	42 338	47 428	46 565	36 387
Zypern	4 420	1 640	2 571	3 604	2 580	2 648	1 733

Entwicklung des rheinland-pfälzischen Außenhandels mit den EU-Beitrittsländern 2001 und von Januar bis Oktober 2002



del noch relativ gering – im Jahr 2001 wickelte Rheinland-Pfalz mit diesen Ländern 6,5% seiner Exporte bzw. 7,7% seiner Importe ab –, doch das Handelspotenzial dürfte bei weitem noch nicht ausgeschöpft sein.

Außenhandel mit den Beitrittsländern seit 1995 mehr als verdoppelt

Der Höhepunkt bei der Ausfuhr in die EU-Beitrittsländer wurde 1999 mit rund 1,9 Mrd. Euro erreicht, wozu im Wesentlichen die Ausfuhren nach Ungarn, Polen, in die Tschechische Republik und nach Slowenien beigetragen haben. Bezogen auf den Zeitraum von 1995 bis 2001 konnten die Ausfuhren in die einzelnen Beitrittsländer Steigerungsraten zwischen 19% (Zypern) und 248% (Litauen) vorweisen. Von der absoluten Steigerung her lag die Tschechische Republik mit einem Plus von etwas mehr als 250 Mill. Euro (+141,2%) dabei an erster Stelle.

Auf der Einfuhrseite des rheinland-pfälzischen Außenhandels mit den Beitrittsländern gab es von 1995 bis 2001 ebenfalls kräftige Zuwachsraten zwischen 22% (Slowakei) und 445% (Malta). Demgegenüber gingen die Warenlieferungen aus Zypern und Slowenien um 60,8% bzw. 21,8% zurück. Der Höhepunkt bei den Importen insgesamt aus den EU-Beitrittsländern fiel mit

1,5 Mrd. Euro in das Jahr 2000. Vom Einfuhrvolumen her trat hier wiederum die Tschechische Republik hervor, die ihre Warenlieferungen gegenüber 1995 um 314 Mill. Euro steigern konnte. Danach folgten mit größerem Abstand Ungarn (+203,5 Mill. Euro) und Polen (+190,7 Mill. Euro).

Bemerkenswert sind beim Handel mit Ungarn auffällige Export- und Importspitzen. 1999 verzeichnete dieses Land mit 651,3 Mill. Euro den höchsten, bislang von keinem anderen EU-Beitrittsland erreichten Wert für Warenlieferungen nach Rheinland-Pfalz. Dies gilt im Übrigen auch für die rheinland-pfälzischen Exporte nach Ungarn, die sich 1999 mit 771,6 Mill. Euro ebenfalls auf bislang unerreichtem Niveau befanden. Der in den folgenden Jahren beobachtete starke Rückgang des Warenverkehrs mit Ungarn wurde von verschiedenen Werksschließungen in diesem Land begleitet.

Ab 2000 überdurchschnittlicher Rückgang des Außenhandels mit den EU-Beitrittsländern

2000 und 2001 haben sich, im Gegensatz zu den Jahren davor, die Warenlieferungen in die zehn Beitrittsländer verglichen mit der Entwicklung der Ausfuhr in die EU-Länder (EU-15) nicht gerade als Stütze für den rheinland-pfälzischen Export erwiesen: Bereits im Jahr 2000 kündigten sich gegenüber 1999 bei den Ex-

porten in die Beitrittsländer mit -1,4% erste Zeichen für einen Rückgang an. Demgegenüber wuchsen die rheinland-pfälzischen Warenlieferungen in die EU-Länder (EU-15) mit +6,8% noch kräftig. Im Jahr darauf waren die Geschäfte mit den zehn EU-Beitrittsländern gegenüber 2000 mit -9,3% schon stark rückläufig, während die Exporte in die EU-Länder (EU-15) nochmals spürbar um 5,3% anstiegen.

Die Importe aus den EU-Beitrittsländern vermitteln ebenfalls den Eindruck, dass der Handel mit diesen Ländern derzeit keine Wachstumsimpulse für die rheinland-pfälzische Wirtschaft bringt. Die Einfuhren aus diesen Ländern sind im Jahr 2000 gegenüber 1999 zwar noch um 12,8% gewachsen, nahmen 2001 gegenüber 2000 aber bereits um 9,5% ab. Dies gilt allerdings analog auch für die Einfuhren aus den Ländern der EU-15, die von 1999 bis 2000 mit +19,4% noch eine zweistellige Zuwachsrate aufwiesen, von 2000 bis 2001 aber mit einem Rückgang um 4,4% merklich zurückfielen.

Die für den Zeitraum Januar bis Oktober 2002 vorliegenden Außenhandelszahlen sind noch vorläufig und daher nur mit Vorbehalt zu betrachten. Danach haben sich in den ersten zehn Monaten des Jahres 2002 die rheinland-pfälzischen Ausfuhren in die Beitrittsländer tendenziell gleichlaufend mit den EU-Ländern (EU-15) und durchaus positiv entwickelt. Während die Warenlieferungen an die EU-Länder (EU-15) um 3,7% zulegten, stieg der rheinland-pfälzische Export in die zehn Beitrittsländer im selben Zeitraum leicht um 1,7% auf 1,4 Mrd. Euro.

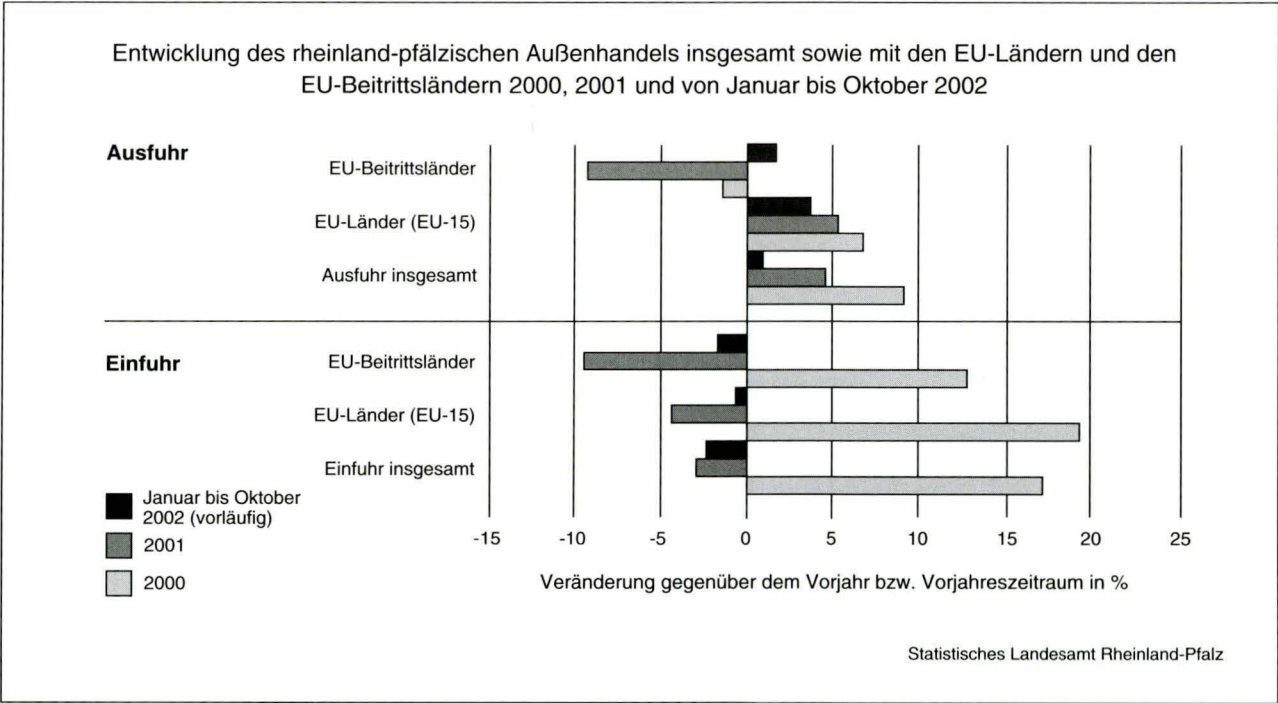
Auch die Einfuhren zeigen für diesen Zeitraum bei beiden Ländergruppen eine gleichgerichtete Entwicklung. Allerdings waren sie im Gegensatz zu den Ausfuhren rückläufig. Die Importe aus den EU-Ländern (EU-15) gingen mit -0,7% nur geringfügig zurück; der Import aus den zehn Beitrittsländern fiel demgegenüber um 1,7% auf nahezu 1,1 Mrd. Euro.

Entwicklung des Außenhandels mit den einzelnen Beitrittsländern uneinheitlich

Die Entwicklung des rheinland-pfälzischen Außenhandels mit den einzelnen Beitrittsländern ist allerdings recht uneinheitlich. Zu den Ländern, für die 2001 gegenüber dem Vorjahr zum Teil kräftige Zuwachsraten bei der Einfuhr von Waren aus Rheinland-Pfalz verzeichnet werden konnten, gehören Litauen (+97,8%), die Slowakei (+39,5%), Estland (+28,2%), Lettland (+16,5%) und die Tschechische Republik (+4,2%). Hierbei konnten die Warenlieferungen in die Slowakei mit einem Plus von 29,7 Mill. Euro außerdem die höchste absolute Zunahme vorweisen, gefolgt von der Tschechischen Republik mit +17,5 Mill. Euro. Für die negative Gesamtentwicklung (-9,3%) gab aber letztlich der Einbruch der Ausfuhren nach Ungarn mit einem absoluten Rückgang um 241,6 Mill. Euro (-37,8%) den Ausschlag.

Betrachtet man den jüngsten Zeitraum (Januar bis Oktober 2002), mit einer positiven Entwicklung der Ausfuhren in die zehn EU-Beitrittsländer, so haben hierzu insbesondere die Exporte nach Polen mit +10,2% (+44,5 Mill. Euro) – die im Vergleichszeitraum 2001/2000 noch von einem Rückgang um 0,5% gekennzeichnet waren – sowie die Exporte in die Tschechische Republik mit +5,6% (+20,1 Mill. Euro) beigetragen. In den Geschäftsbeziehungen mit Ungarn hat sich die Situation jedoch noch nicht zum Besseren gewendet. Hier gingen die Warenlieferungen erneut um 17,5% (-59,6 Mill. Euro) zurück.

Bei ihren Warenlieferungen nach Rheinland-Pfalz traten 2001 vier Länder mit zweistelligen Wachstumsraten gegenüber dem Vorjahr hervor, und zwar Estland (+47,7%), Malta (+23,4%), die Tschechische Republik (+14,6%) und Lettland (+10,4%). Absolut betrachtet konnte von diesen Ländern jedoch nur die Tschechische Republik mit einer wesentlichen Steigerung um 59,8 Mill. Euro aufwarten. Demgegenüber wiesen im Vergleich zu 2000 die Importe aus Zypern (-34,6%), Un-



Rang der EU-Beitrittsländer als Handelspartner von Rheinland-Pfalz im Zeitraum Januar bis Oktober 2002¹⁾

Ausfuhr			Einfuhr		
Bestimmungsland	Ausfuhr (1 000 EUR)	Rangfolge als Handelspartner von Rheinland-Pfalz	Herkunftsland	Einfuhr (1 000 EUR)	Rangfolge als Handelspartner von Rheinland-Pfalz
Polen	482 362	10	Tschechische Republik	376 427	11
Tschechische Republik	375 843	13	Ungarn	310 688	12
Ungarn	280 259	17	Polen	309 804	13
Slowakei	97 967	36	Slowakei	58 077	33
Slowenien	72 236	44	Slowenien	36 866	38
Litauen	40 748	52	Estland	19 535	52
Lettland	27 679	59	Lettland	7 984	62
Estland	21 069	64	Litauen	6 896	64
Malta	9 693	81	Malta	2 827	82
Zypern	8 092	85	Zypern	1 003	97

1) Vorläufiges Ergebnis.

garn (-30,7%) und Slowenien (-21,9%) hohe Abnahmeraten auf, wobei die Einfuhren aus Ungarn von der absoluten Höhe her am stärksten eingebrochen sind, und zwar um 187,1 Mill. Euro gegenüber 2000.

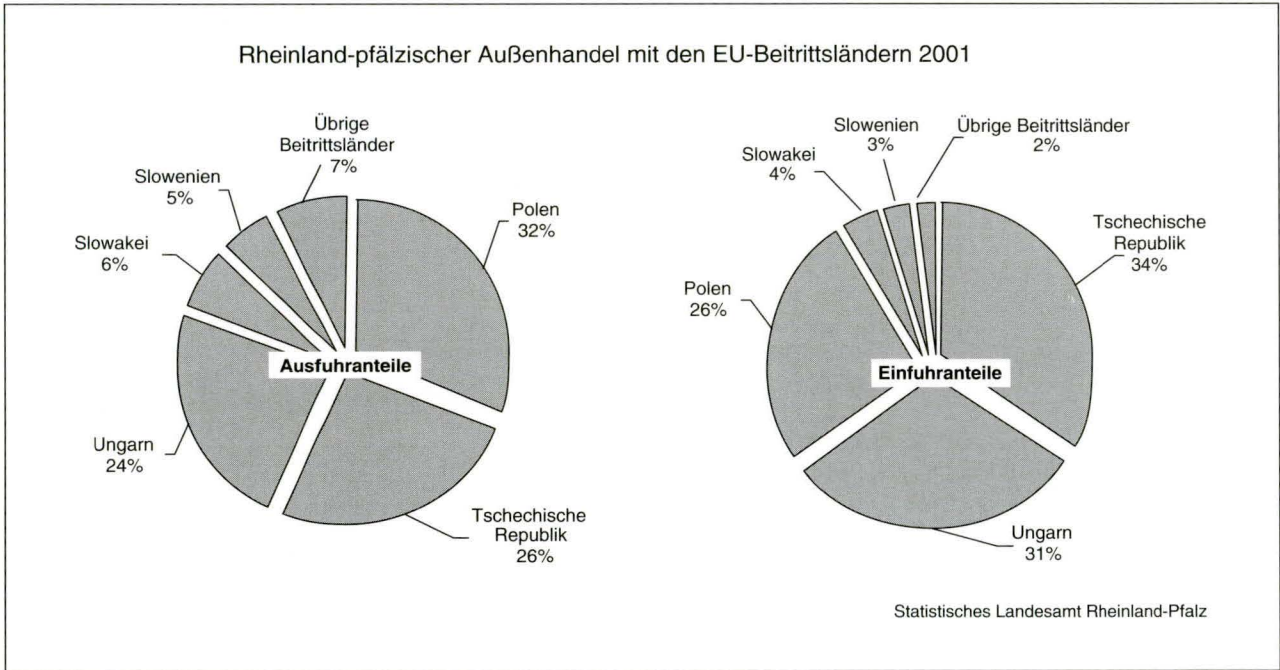
Die aktuelle Entwicklung der Einfuhren nach Rheinland-Pfalz in den ersten zehn Monaten des Jahres 2002 zeigte für Estland eine sehr hohe Steigerungsrate (+296%), bei einer absoluten Zunahme von 14,6 Mill. Euro. Eine geringfügig höhere absolute Ausweitung der Warenlieferungen verzeichnete die Slowakei mit 14,8 Mill. Euro (+34,1%). Die Einfuhren aus den EU-Beitrittsländern insgesamt fielen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum jedoch um 1,7% bzw. 19,7 Mill. Euro zurück. An diesem Rückgang waren erneut vor allem die Einfuhren aus Ungarn mit Abnahmen um 14,6% bzw. 53,2 Mill. Euro am stärksten beteiligt.

Die wichtigsten Handelspartner von Rheinland-Pfalz aus der Riege der Beitrittsländer sind Polen, die Tschechische Republik und Ungarn. Sie befanden sich in den ersten zehn Monaten dieses Jahres unter den zwanzig wichtigsten Exportländern des Landes Rheinland-Pfalz. Auf diese drei Länder entfielen im Jahr 2001 etwas mehr als 80% der gesamten Ausfuhr in die zehn Beitrittslän-

der. In der anderen Handelsrichtung waren im selben Zeitraum ebenfalls die Tschechische Republik, Polen und Ungarn die wichtigsten Handelspartner des Landes Rheinland-Pfalz. Von der Rangfolge her lagen sie hier sogar unter den ersten fünfzehn. Auf sie entfielen im Jahr 2001 zusammengekommen 91,1% der rheinland-pfälzischen Einfuhren aus den zehn Beitrittsländern.

EU-Beitrittskandidaten im Vergleich

Zwischen den einzelnen EU-Beitrittsländern gibt es nicht nur hinsichtlich ihrer wirtschaftlichen Leistungskraft, sondern insbesondere auch in Bezug auf die Intensität ihrer Handelsbeziehungen zu Rheinland-Pfalz und auf die jeweiligen Warenstrukturen erhebliche Unterschiede. Diese sollen im Folgenden kurz geschildert werden, wobei die Daten zu Fläche, Bevölkerung und Bevölkerungsdichte der zehn Beitrittsländer den regelmäßigen Berichten der Kommission der Europäischen Gemeinschaften über die Fortschritte jedes Bewerberlandes auf dem Weg zum Beitritt entnommen wurden. Sie werden vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) auf Basis nationaler Quellen zusammengestellt. Dies gilt auch für die Daten



zum Bruttoinlandsprodukt (BIP), zur Inflationsrate, zu den Erwerbsquoten und zur Arbeitslosigkeit, die der Vollständigkeit halber in der Tabelle aufgeführt sind, ohne dass in diesem Beitrag näher darauf eingegangen werden soll.

Tschechische Republik

Tschechien, das zur Spitzengruppe der Länder gehört, die 2004 in die EU aufgenommen werden sollen, ist ein Land mit einer Fläche von 78 866 km² und 10,2 Mill. Einwohnern. Von den zehn Beitrittsländern ist es – gemessen an der Summe der Aus- und Einfuhren im Jahr 2001 (899,7 Mill. Euro) – der wichtigste Handelspartner von Rheinland-Pfalz.

Beim rheinland-pfälzischen Warenaustausch mit Tschechien wurde 2001 der höchste Wert mit dem Verkauf von Lastkraftwagen und Spezialfahrzeugen (34,5 Mill. Euro) erzielt, gefolgt von Waren aus Kunststoffen (31,7 Mill. Euro), Kunststoffen in Form von Vorerzeugnissen (29,3 Mill. Euro) und Fahrgestellen, Karosserien, Motoren sowie Teilen und Zubehör für Kraftfahrzeuge (28,1 Mill. Euro). Weitere wichtige Warenarten reichen von Geräten zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung (23,4 Mill. Euro) über elektrotechnische Erzeugnisse (20,2 Mill. Euro) bis hin zu pharmazeutischen Erzeugnissen (17,6 Mill. Euro) und Eisen-, Blech- und Metallwaren (15,6 Mill. Euro).

Die Warenbezüge aus der Tschechischen Republik, die 2001 allein mehr als ein Drittel der rheinland-pfälzischen Einfuhren aus den zehn Beitrittsländern ausmachten, sind schwerpunktmäßig auf Enderzeugnisse ausgerichtet. Sie betreffen insbesondere die Warenarten Fahrgestelle, Karosserien, Motoren sowie Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge (72,8 Mill. Euro), Geräte zur Elektrizitätserzeugung und -verteilung (56,8 Mill. Euro), Eisen-, Blech- und Metallwaren (48,7 Mill. Euro), sonstige Maschinen (36,6 Mill. Euro) und Schuhe (25,6 Mill. Euro). An Fahrgestellen, Karosserien, Motoren sowie Teilen und Zubehör für Kraftfahrzeuge verkaufte Tschechien, das auch als das unbestrittene Zentrum der Automobilindustrie in Mittel- und Osteuropa bezeichnet wird, damit mehr als zweieinhalb mal so viel an Rheinland-Pfalz, wie von Rheinland-Pfalz dorthin exportiert wurde.

Polen

Polen ist bei einer Fläche von 312 685 km² mit rund 124 Einwohnern je Quadratkilometer vergleichsweise weniger dicht besiedelt. Insgesamt leben hier 38,6 Mill. Menschen. Auf Polen entfielen 2001 allein 31,1% der Ausfuhren; damit ist dieses Land unter den zehn Beitrittsländern der wichtigste Abnehmer von rheinland-pfälzischen Waren.

Unter den Vorerzeugnissen wies die Ausfuhr von Kunststoffen mit 37,9 Mill. Euro den höchsten Wert auf, gefolgt von Sperrholz, Span- und Faserplatten, Furnierblättern und dergleichen mit 20,6 Mill. Euro. Bei den Enderzeugnissen fiel vor allem die Ausfuhr von Waren aus Kunststoffen (50,6 Mill. Euro), Eisen-, Blech- und Metallwaren (39,9 Mill. Euro), Lastkraftwagen und Spezialfahrzeugen (33,2 Mill. Euro) sowie pharmazeutischen Erzeugnissen (30,3 Mill. Euro) ins Gewicht.

Die Einfuhr von Waren aus Polen konzentrierte sich schwerpunktmäßig auf Fahrgestelle, Karosserien, Motoren sowie Teile und Zubehör für Kraftfahrzeuge (53,1 Mill. Euro). Mit größerem Abstand folgten Eisen-, Blech- und Metallwaren (44,2 Mill. Euro), Möbel (31,4 Mill. Euro), Schuhe (17,8 Mill. Euro) sowie Lastkraftwagen und Spezialfahrzeuge (16,8 Mill. Euro). Die Lieferung von polnischen Waren aus dem Bereich der Ernährungswirtschaft – hierzu gehören lebende Tiere, Nahrungsmittel tierischen und pflanzlichen Ursprungs sowie Genussmittel – spielt dagegen nur eine untergeordnete Rolle, denn der Anteil der Ernährungswirtschaft an den Warenlieferungen insgesamt macht gerade 3,1% aus.

Ungarn

Ungarn umfasst 93 030 km². Die Bevölkerungsdichte in dem Land, mit 10,2 Mill. Menschen lag 2001 bei 110 Einwohnern je Quadratkilometer. Der Außenhandel mit Ungarn, das mit einem Gesamtvolumen von 819,5 Mill. Euro (Ein- und Ausfuhr) an dritter Stelle nach der Tschechischen Republik und Polen rangiert, ist gegenüber 2000 mit Ein- und Ausfuhraustritten von mehr als 30% stark zurückgegangen.

Überdurchschnittliche Bedeutung haben die rheinland-pfälzischen Lieferungen von Büro- und Datenverarbeitungsmaschinen, die allerdings in 2001 mit 144,1 Mill. Euro nur noch weit weniger als die Hälfte des Vorjahreswertes ausmachten. Gut etabliert hat sich auch die Ausfuhr der Warenarten Lastkraftwagen und Spezialfahrzeuge (21,2 Mill. Euro), Waren aus Kunststoffen (16,4 Mill. Euro) und Kunststoffe in Form von Vorerzeugnissen (13,5 Mill. Euro).

In Bezug auf den Import von Waren ist bemerkenswert, dass das Weinland Rheinland-Pfalz im Jahr 2001 ungarischen Wein im Wert von immerhin 13,6 Mill. Euro eingeführt hat. Sehr stark nachgefragt waren auf rheinland-pfälzischer Seite auch Büro- und Datenverarbeitungsmaschinen, deren Einfuhrwert in 2001 bei 151,9 Mill. Euro lag. Allerdings ist auch dieser Wert gegenüber dem Vorjahr um mehr als die Hälfte gefallen. An zweiter und dritter Stelle stand die Einfuhr von Schuhen (61 Mill. Euro) sowie von Eisen-, Blech- und Metallwaren (21,6 Mill. Euro). Die Importstruktur wird darüber hinaus noch von mess-, steuerungs- und regelungstechnischen Erzeugnissen bzw. Fahrgestellen, Karosserien, Motoren sowie Teilen und Zubehör für Kraftfahrzeuge bestimmt, deren Einfuhrwerte bei 21,6 bzw. 19,6 Mill. Euro lagen.

Slowakei

Die Slowakei ist mit einer Fläche von 49 035 km² und 5,4 Mill. Einwohnern nur etwa halb so groß wie Ungarn, weist aber mit 110 Einwohnern je Quadratkilometer dieselbe Bevölkerungsdichte auf. Mit einem Außenhandelsvolumen von 159,6 Mill. Euro (Ein- und Ausfuhr) rangierte die Slowakei 2001 zwar an vierter Stelle unter den zehn Beitrittsländern, ihr Außenhandelsvolumen lag aber um mehr als 650 Mill. Euro unter demjenigen des an dritter Stelle platzierten Ungarn.

Die Ausfuhr in die Slowakei wurde 2001 von drei Warengruppen dominiert, und zwar von Lastkraftwagen und Spezialfahrzeugen (12,6 Mill. Euro), pharmazeuti-

Ausgewählte sozioökonomische Kennziffern der EU-Beitrittsländer 2001

Beitrittsland	Be- völkerung	Fläche	Be- völke- rungs- dichte	Bruttoinlandsprodukt (BIP)			Inflations- rate ³⁾	Erwerbs- quote ⁴⁾	Arbeits- losen- quote ⁴⁾
				in jeweiligen Preisen	je Ein- wohner in jeweiligen Preisen ¹⁾	je Ein- wohner in jeweiligen Preisen in Kaufkraft- standards (KKS) ^{1) 2)}			
	1 000	km ²	Einwohner je km ²	Mrd. EUR	EUR		%		
Malta	395	316	1 250	4,0	10 300	12 600	2,5 ^p	58,0	6,5
Estland	1 364	45 227	30	6,2	4 500	9 800	5,6	69,9	12,4
Lettland	2 355	64 589	36	8,5	3 600	7 700	2,5	68,0	13,1
Litauen	3 481	65 300	53	13,4	3 800	8 700	1,3	70,4	16,5
Polen	38 641	312 685	124	196,7	5 100	9 200	5,3	66,1	18,4
Tschechische Republik	10 224	78 866	130	63,3	6 200	13 300	4,5	70,7	8,0
Slowakei	5 380	49 035	110	22,8	4 200	11 100	12,3 ⁵⁾	70,4	19,4
Ungarn	10 190 ^p	93 030	110	58,0	5 700	11 900	9,1	59,7	5,7
Slowenien	1 992	20 273	98	20,9	10 500	16 000	8,6	67,5	5,7
Zypern	762 ^p	9 251	82	10,2	15 100	18 500	2,0	70,8	4,0

1) Die Zahlen wurden anhand der Bevölkerungsdaten aus den Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen errechnet. Diese können von den Werten abweichen, die in den Bevölkerungsstatistiken verwendet werden. – 2) Kaufkraftparitäten sind solche Umrechnungsfaktoren, die Wirtschaftsindikatoren von nationalen Währungen in eine künstliche gemeinsame Währung konvertieren, Kaufkraftstandards (KKS) genannt, die die Kaufkraft der verschiedenen Landeswährungen vergleichbar macht. – 3) Verbraucherpreisindex. – 4) Arbeitskräfteerhebung. – 5) Angabe für 2000.

Quelle: Kommission der Europäischen Gemeinschaften: Regelmäßige Berichte 2002 über die Fortschritte jedes Bewerberlandes auf dem Weg zum Beitritt, KOM (2002) 700 endgültig, Brüssel, 9.10.2002, (SEK (2002) 1400-1412).

schen Erzeugnissen (10,2 Mill. Euro) und chemischen Enderzeugnissen (9 Mill. Euro). Diese Warenarten zusammen machten bereits nahezu ein Drittel der gesamten Ausfuhr rheinland-pfälzischer Produkte in die Slowakei aus.

Bei den Importen standen Eisen-, Blech- und Metallwaren (5 Mill. Euro), Schuhe (4,8 Mill. Euro), mess-, steuerungs- und regelungstechnische Erzeugnisse (4,3 Mill. Euro) und Möbel (4,3 Mill. Euro) an vorderster Stelle. Diese vier Warenarten stellten etwas mehr als ein Drittel der gesamten Lieferungen von Waren aus der Slowakei an Rheinland-Pfalz.

Slowenien

Slowenien ist mit einer Fläche von 20 273 km² und einer Bevölkerung von 2 Mill. Menschen das kleinste Land unter den mittelosteuropäischen EU-Beitrittsländern. Die Bevölkerungsdichte lag 2001 bei 98 Einwohnern je Quadratkilometer. Die Nachfrage nach ausländischen Waren spielt eine große Rolle für die slowenische Wirtschaft: Allein 87,5 Mill. Euro des rheinland-pfälzischen Außenhandelsvolumens mit Slowenien von insgesamt 123,9 Mill. Euro entfallen auf die Ausfuhr dorthin und nur 36,4 Mill. Euro auf die Einfuhr aus diesem Land.

Die Warenlieferungen von Rheinland-Pfalz nach Slowenien stützen sich vor allem auf Lastkraftwagen und Spezialfahrzeuge (11,2 Mill. Euro), Kunststoffe in Form von Vorerzeugnissen (8,9 Mill. Euro) und elektrotechnische Erzeugnisse (7,4 Mill. Euro). Der Schwerpunkt der Einfuhren lag 2001 bei Schuhen (6 Mill. Euro), Eisen-, Blech- und Metallwaren (3,6 Mill. Euro) sowie Glaswaren (2,6 Mill. Euro), womit bereits gut ein Drittel der Einfuhren von Slowenien nach Rheinland-Pfalz abgedeckt wurde.

Litauen, Lettland und Estland

Litauen – das mit 3,5 Mill. Einwohnern und 65 300 km² größte Land der drei Staaten des Baltikums – bezog 2001 aus Rheinland-Pfalz schwerpunktmäßig Lastkraftwagen und Spezialfahrzeuge im Wert von 19,9 Mill. Euro, aber auch Waren aus Kunststoffen (4,2 Mill. Euro) und Kunststoffe in Form von Vorerzeugnissen (3,7 Mill. Euro). Bei Lettland (Fläche: 64 589 km², Einwohner: 2,4 Mill.) und Estland (Fläche: 45 227 km², Einwohner: 1,4 Mill.) dominierten hingegen Farben, Lacke und Kitte mit 7,2 Mill. Euro gefolgt von Lastkraftwagen und Spezialfahrzeugen (3,3 Mill. Euro). Die Warenbezüge aus diesen drei Ländern wurden bestimmt durch Düngemittel (Litauen), Schuhe (Litauen und Lettland), Holzwaren ohne Möbel (Lettland und Estland) und Luftfahrzeuge (Lettland) im Gesamtwert von 10,1 Mill. Euro.

Malta und Zypern

Die Mittelmeerinseln Zypern – das Europäische Parlament hofft, dass ein wieder vereintes Zypern als einheitlicher souveräner Staat der EU beitreten wird⁵⁾ – und Malta umfassen eine Fläche von 9 251 bzw. 316 km². Auf ihnen leben insgesamt 1,2 Mill. Menschen, davon 800 000 auf Zypern und 400 000 auf Malta. Die rheinland-pfälzischen Ausfuhren in diese Beitrittsländer wurden im Wesentlichen von Papierwaren und pharmazeutischen Erzeugnissen (Zypern) sowie Kunststoffen in Form von Vorerzeugnissen und Blech aus Eisen oder Stahl (Malta) im Gesamtvolumen von 8,9 Mill. Euro dominiert. Die Warenlieferungen aus Zypern und Malta nach Rheinland-Pfalz setzten sich 2001 insbesondere aus Fahrgestellen, Karosserien, Motoren sowie Teilen und Zubehör für Kraftfahrzeuge (Zypern) sowie Kautschukwaren (Malta) zusammen. Der Einfuhrwert für diese Produkte lag bei 2,9 Mill. Euro.

5) Vgl. Europäisches Parlament: Fortschritte der Bewerberländer auf dem Weg zum Beitritt – Entschließung zu den Fortschritten jedes Bewerberlandes auf dem Weg zum Beitritt, in: Angenommene Texte – Sitzung vom 20.11.2002 (vorläufige Ausgabe), S. 8.

Struktur des Obstanbaus in Rheinland-Pfalz

Seit 1972 wird alle fünf Jahre der Anbau von Baumobst in Deutschland statistisch erfasst. Die jüngste Erhebung dieser Art fand im ersten Halbjahr 2002 statt; die Ergebnisse wurden im Herbst 2002 im Statistischen Bericht „Obstanbauerhebung – Flächen der Obstanlagen und Obstbaumbestände“ (Bestellnummer: C 1103) zum Teil bis auf Gemeindeebene veröffentlicht. Die im Gesetz über Agrarstatistiken geregelte Erhebung erfüllt zugleich die Anforderungen der Europäischen Union, die sich aus der Richtlinie 2001/109/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. Dezember 2001 über die von den Mitgliedstaaten durchzuführenden statistischen Erhebungen zur Ermittlung des Produktionspotenzials bestimmter Baumobstanlagen ergeben.

Erhebungseinheiten für die Baumobsterhebung 2002 waren Betriebe, die Baumobst für den Markt auf Flächen von mindestens 30 a angebaut haben. Bei Vergleichen mit früheren Erhebungen ist zu beachten, dass für die Erhebungen von 1977 bis 1997 die untere Erfassungsgrenze bei 15 a lag. 1972 waren Bewirtschafter sogar schon ab 10 a auskunftspflichtig. Durch die Anhebung der unteren Erfassungsgrenzen fiel eine größere Zahl an Einheiten aus der Erhebung. Der hierauf beruhende Rückgang der Flächen war jedoch gering. Einen Anhaltspunkt hierfür bietet die Flächenabnahme von rund 200 ha seit 1997 in der Gruppe der Betriebe mit weniger als 0,5 ha Baumobstfläche.

Erhebungsmerkmale der Baumobsterhebung sind die Obstarten und Sorten, die Anbausysteme, die Pflanz- bzw. Umveredlungszeitpunkte sowie der Verwendungszweck des Obstes jeweils nach der Fläche und der Zahl der Bäume. Aufgrund einer bundesweiten Vereinbarung werden für folgende Obstarten Daten erhoben: Äpfel, Birnen, Sauer- und Süßkirschen, Pflaumen und Zwetschen, Mirabellen und Renekloden, Pfir-

Verkaufsanbau von Baumobst 2002 nach Bundesländern und Obstarten

Land	Insgesamt	Darunter				
		Äpfel	Birnen	Süßkir-schen	Sauerkir-schen	Pflaumen und Zwet-schen
	ha					
Baden-Württemberg	15 335	10 027	786	2 078	284	1 935
Bayern	3 076	1 197	324	701	156	636
Brandenburg	2 806	1 484	42	725	354	181
Hamburg	1 104	997	42	39	11	15
Hessen	546	317	31	103	58	28
Mecklenburg-Vorpommern	1 705	1 365	29	104	130	76
Niedersachsen	7 587	6 612	243	448	69	207
Nordrhein-Westfalen	2 376	1 877	154	25	142	159
Rheinland-Pfalz	4 858	1 823	256	416	1 133	984
Saarland	109	93	7	2	1	3
Sachsen	3 946	2 694	102	178	883	75
Sachsen-Anhalt	1 747	1 087	34	281	233	86
Schleswig-Holstein	651	516	12	34	71	17
Thüringen	2 247	1 130	29	231	671	118
Deutschland ¹⁾	48 093	31 219	2 090	5 366	4 197	4 519

1) Ohne Berlin und Bremen.

siche, Aprikosen und Walnüsse. Strauchbeerenobst oder andere nur vereinzelt in Deutschland angebaute Obstarten wie z. B. Holunder, Kiwis oder Feigen werden nicht einbezogen. Auf der Basis der ermittelten Baumzahlen und Anbauflächen werden in Verbindung mit den Ergebnissen der Ernte- und Betriebsberichterstattung die für den Markt erzeugten Obstmengen geschätzt. Darüber hinaus ermöglichen die Obstanbauerhebungen z. B. die Veränderungen in der Zusammensetzung des Sortenspektrums und der Pflanzdichten im Marktobstbau aufzuzeigen.

Rheinland-Pfalz ein bundesweit bedeutender Obstandort

Neben dem Wein- und Gemüsebau gehört Rheinland-Pfalz auch im Obstbau zu den wichtigeren Erzeugungsstandorten in Deutschland. Immerhin ein Zehntel der deutschen Anbaufläche von knapp 48 100 ha entfällt auf Rheinland-Pfalz. Außer in Baden-Württemberg mit fast einem Drittel der Obstanbauflächen wird nur noch in Niedersachsen mehr Obst als in Rheinland-Pfalz angebaut. Eine gewisse Bedeutung haben noch Sachsen und Bayern.

Betrachtet man die einzelnen Obstarten, so dominierte 2002 Baden-Württemberg hinsichtlich der Fläche bei allen Obstarten außer im Anbau von Sauerkirschen. Bei Sauerkirschen bestimmen dagegen Rheinland-Pfalz (27%) und Sachsen (21%) den deutschen Anbau. Während Rheinland-Pfalz schon immer der wichtigste Standort für Sauerkirschen war, hat sich Sachsen erst in den letzten zehn Jahren zu einem der bedeutenden Erzeugerländer für diese Obstart entwickelt. 1992 verfügte Sachsen-Anhalt mit 980 ha noch über eine deutlich größere Anbaufläche für Sauerkirschen als Sachsen (542 ha). Bei Süßkirschen haben Baden-Württemberg (39%), Brandenburg (14%), Bayern (13%) und Niedersachsen (8%) einen größeren Anteil an der deutschen Anbaufläche als Rheinland-Pfalz. Anbauflächen für Äpfel, auf die in Deutschland fast zwei Drittel der erfassten Baumobstflächen entfallen, liegen dagegen überwiegend in Baden-Württemberg (32%) und Niedersachsen (21%). Birnen sind in Baden-Württemberg (38%) und daneben noch in Bayern (16%) von Bedeutung. Es folgt dann aber schon Rheinland-Pfalz vor Niedersachsen. Rheinland-Pfalz ist im Übrigen ein bedeutender Standort für Pflaumen und Zwetschen (22%). Nur in Baden-Württemberg wird diese Obstart auf einer größeren Fläche angebaut (43%).

Deutlicher Strukturwandel bei den Obstbaubetrieben

Wie in der gesamten Landwirtschaft vollzog sich auch im Obstbau ein deutlicher Wandel in der Betriebsstruktur. Innerhalb der letzten 30 Jahre reduzierte sich die Zahl der erfassten Betriebe um rund 5 000 auf gut 1 700. Das ist nur noch ein Viertel der 1972 befragten Betriebe. Neben der Zahl der Betriebe hat im Betrachtungszeitraum auch die Anbaufläche abgenommen. Sie verringerte sich allerdings nur um rund ein Fünftel auf knapp 4 900 ha, so dass heute ein Betrieb durch-

schnittlich 2,8 ha Baumobstfläche bewirtschaftet. Im Gegensatz zu der Entwicklung bei der Zahl der Betriebe und der Fläche nahm die Baumzahl zu, und zwar von 2,7 Mill. auf 4,7 Mill. Bäume. Diese Entwicklung ist vor allem auf neuere Anbaumethoden zurückzuführen, die sich durch eine wesentlich dichtere Pflanzung der Bäume auszeichnen. Die höheren Pflanzdichten erleichtern die Arbeiten für Erziehung, Schnitt und Ernte von Baumobst. Sie bedeuten aber auch höhere Investitionskosten, die jedoch durch die z. B. bei der Ernte eingesparte Arbeitszeit mehr als ausgeglichen werden. Hinsichtlich der im Gesamtdurchschnitt gestiegenen Baumdicke ist auch von Einfluss, dass sich im Laufe der Zeit die Bedeutung der verschiedenen Obstarten gewandelt hat. So waren 1972 Sauerkirschen die wichtigste Obstart. Sie wurden 1992 von Äpfeln, die üblicherweise dichter gepflanzt werden, abgelöst.

Der Strukturwandel spiegelt sich ebenso in den Größenklassen wider. So nahm im Zeitraum 1972 bis 2002 die Zahl der Betriebe lediglich in der Größenklasse mit 5 ha und mehr Anbaufläche von Jahr zu Jahr zu, und zwar insgesamt um fast ein Drittel auf 240. Während die Zahl der Betriebe mit 3 bis 5 ha Baumobstfläche im Zeitraum 1972 bis 1987 noch nahezu konstant blieb, fiel sie bis 2002 um mehr als die Hälfte auf 121 Betriebe. In allen anderen Größenklassen verringerte sich die Zahl der Betriebe mehr oder weniger deutlich. In der Größenklasse 0,5 bis 1 ha ging sie um mehr als zwei Drittel auf 475 zurück.

Als Folge der Veränderungen bei der Betriebsgrößenstruktur hat sich die Obstanbaufläche im Land zunehmend auf die Gruppe der größeren Betriebe kon-

zentriert. Die 240 Betriebe mit 5 ha und mehr Baumobstfläche bewirtschaften heute 63% der gesamten Anbaufläche. Vor 30 Jahren waren es nur 22%, die auf Betriebe dieser Größenordnung entfielen. Unterscheidet man die Betriebe mit 5 ha und mehr weiter, so bewirtschaftet davon knapp die Hälfte sogar eine Baumobstfläche von mehr als 10 ha. Diese 114 Betriebe verfügen über 45% der landesweiten Baumobstflächen, die für den Verkaufsanbau genutzt werden.

Äpfel lösten Sauerkirschen ab

Lange Zeit galt Rheinland-Pfalz als der Sauerkirschenstandort Deutschlands. 1972 umfasste diese Obstart 36% der Baumobstflächen des Landes. Im Zeitraum von 1972 bis 1982 wurde der Anbau um gut 490 ha ausgeweitet, so dass 1982 sogar 47% der Baumobstfläche für die Erzeugung von Sauerkirschen genutzt wurden. Infolge von Problemen bei der Vermarktung fielen dann in den sich anschließenden fünf Jahren knapp 560 ha brach oder wurden gerodet und mit anderen Obstarten bepflanzt. Damit ging das Produktionspotenzial 1987 mit knapp 2 200 ha wieder auf den Stand von 1972 zurück. Der Abbau der Produktionskapazitäten setzte sich bis 2002 fort. Aktuell werden nur noch auf gut 1 100 ha Sauerkirschen angebaut, die überwiegend als Verwertungsobst genutzt werden. Ein Grund für diese Entwicklung ist in der eingeschränkten wirtschaftlichen Verwertungsmöglichkeit für Sauerkirschen zu sehen; so erwirtschafteten viele Sauerkirschenerzeuger aus dem Anbau keine Gewinne mehr.

Betriebe mit Verkaufsanbau von Baumobst 1972-2002 nach Größenklassen der Baumobstfläche

Jahr	Insgesamt	Davon mit einer Baumobstfläche von ... ha					
		unter 0,5 ¹⁾	0,5-1	1-2	2-3	3-5	5 und mehr
Betriebe (Anzahl)							
1972	6 734	3 646	1 508	844	312	255	169
1977	5 748	2 890	1 356	794	279	247	182
1982	4 543	1 861	1 145	797	277	255	208
1987 ²⁾	4 203	1 803	1 031	676	248	249	196
1992	3 652	1 553	882	563	214	207	233
1997	2 963	1 235	659	486	178	174	231
2002	1 734	414	475	338	146	121	240
Fläche (ha)							
1972	6 084	892	1 022	1 138	747	949	1 336
1977	5 824	757	927	1 080	686	942	1 433
1982	5 788	550	777	1 088	672	942	1 759
1987 ²⁾	5 486	529	701	938	597	949	1 771
1992	5 455	462	615	773	509	791	2 304
1997	5 176	369	452	675	433	668	2 578
2002	4 858	160	339	466	348	472	3 073
Bäume (Anzahl)							
1972	2 686 747	326 016	379 809	469 687	331 793	449 172	730 270
1977	2 739 997	273 822	339 948	483 783	315 762	500 446	826 236
1982	2 997 919	225 733	315 372	494 100	314 311	516 086	1 132 317
1987 ²⁾	3 331 263	238 799	330 503	467 937	329 591	571 720	1 392 713
1992	4 032 884	229 038	303 197	447 192	308 985	559 745	2 184 727
1997	4 516 034	208 334	252 852	428 143	292 650	603 243	2 730 812
2002	4 714 781	99 665	230 156	342 879	260 451	442 367	3 339 263

1) Vergleichbarkeit zwischen den Jahren aufgrund von Änderungen der unteren Erfassungsgrenzen eingeschränkt. – 2) Ohne Walnüsse.

Verkaufsanbau von Baumobst 1972-2002¹⁾ nach Obstarten und -sorten

Obstart Sorte	1972	1977	1982	1987	1992	1997	2002
Fläche (ha)							
Äpfel	1 700	1 645	1 551	1 785	1 971	2 018	1 823
Tafeläpfel	1 601	1 548	1 509	1 688	1 874	1 695	1 529
darunter							
Jonagold	.	.	48	167	238	264	242
Elstar	.	.	.	90	184	221	234
Boskoop	93	134	156	170	176	125	88
Idared	.	.	53	118	127	109	77
Golden Delicious	564	523	412	262	190	105	70
Cox Orange	322	277	188	151	144	94	69
Melrose	.	.	90	122	119	78	36
Gloster	.	.	82	135	127	75	34
Berlepsch	20	.	31	32	39	31	24
Alkmene	.	.	26	47	61	42	22
Jamba	.	.	20	45	46	32	16
James Grieve	133	135	127	92	52	17	7
Wirtschaftsäpfel	99	97	41	96	97	323	294
Birnen	399	359	202	194	230	281	256
Tafelbirnen	383	343	198	183	218	186	181
darunter							
Alexander Lukas	85	86	55	50	62	70	63
Williams Christbirne	93	79	53	56	77	44	44
Wirtschaftsbirnen	15	16	3	11	12	95	75
Süßkirschen	605	537	427	409	387	377	416
Sauerkirschen	2 223	2 217	2 717	2 162	1 815	1 305	1 133
Pflaumen und Zwetschen	674	671	661	746	840	964	984
Mirabellen und Renekloden	141	138	115	120	134	135	159
Aprikosen	153	120	51	25	20	28	29
Pfirsiche	168	128	58	44	46	53	43
Insgesamt	6 084	5 824	5 788	5 486	5 455	5 176	4 858
Bäume (Anzahl)							
Äpfel	1 146 529	1 247 176	1 426 280	1 918 642	2 601 349	3 076 057	3 158 365
Tafeläpfel	1 130 927	1 226 846	1 416 727	1 895 052	2 580 267	2 896 187	2 967 778
darunter							
Jonagold	.	.	61 744	223 972	361 867	435 114	444 982
Elstar	.	.	.	125 248	316 386	405 125	461 842
Boskoop	56 007	113 350	142 098	171 698	194 663	166 330	138 274
Idared	.	.	74 966	161 457	176 939	155 528	115 445
Golden Delicious	428 995	425 801	351 131	245 021	197 538	142 815	111 425
Cox Orange	253 454	228 525	182 338	176 336	209 495	163 530	127 319
Melrose	.	.	104 469	143 901	142 468	97 337	44 256
Gloster	.	.	94 894	161 008	152 929	92 717	45 478
Berlepsch	15 870	.	33 024	39 581	64 801	57 214	47 429
Alkmene	.	.	32 774	65 958	89 849	67 191	35 016
Jamba	.	.	20 040	48 458	53 710	38 359	20 661
James Grieve	86 178	95 508	96 742	79 527	49 374	18 399	8 212
Wirtschaftsäpfel	15 602	20 330	9 553	23 590	21 082	179 870	190 587
Birnen	205 142	186 111	121 361	129 155	206 810	287 005	307 866
Tafelbirnen	200 622	182 458	120 024	126 284	203 456	214 606	236 712
darunter							
Alexander Lukas	50 494	48 508	36 915	37 487	60 588	84 013	83 070
Williams Christbirne	51 884	45 801	36 969	40 499	72 704	45 528	59 581
Wirtschaftsbirnen	4 520	3 653	1 337	2 871	3 354	72 399	71 154
Süßkirschen	119 621	104 061	78 448	74 276	77 013	90 143	144 753
Sauerkirschen	850 762	870 800	1 090 384	900 143	761 521	564 877	533 650
Pflaumen und Zwetschen	207 957	204 439	213 884	250 968	314 886	412 703	468 367
Mirabellen und Renekloden	36 509	35 720	29 375	31 803	39 726	42 200	58 528
Aprikosen	41 706	33 407	12 659	6 730	5 910	12 200	16 726
Pfirsiche	75 860	57 144	24 718	19 546	24 113	29 143	25 001
Insgesamt	2 686 747	2 739 997	2 997 919	3 331 263	4 032 884	4 516 034	4 714 781

1) Vergleichbarkeit zwischen den Jahren aufgrund von Änderungen der unteren Erfassungsgrenzen eingeschränkt.

Völlig anders gestaltete sich dagegen die Situation bei Äpfeln. Ausgehend von 1 700 ha im Jahr 1972 nahm der Anbau zunächst bis 1982 auf weniger als 1 600 ha ab. 1987 lag er dann mit fast 1 800 ha wieder leicht über dem Niveau von 1972. Im Jahr 1992 lösten Äpfel die Sauerkirschen als führende Obstart ab. Die größte Anbaufläche wurde fünf Jahre später mit gut 2 000 ha ermittelt. Aktuell stehen nur noch 1 800 ha für die Marktproduktion zur Verfügung. Kontinuierlich zugenommen hat in den 30 Jahren zwischen 1972 und 2002 dagegen die Zahl der Bäume, und zwar von 1,1 Mill. auf 3,2 Mill.

Die dritte wichtige im Land angebaute Obstart sind Pflaumen und Zwetschen. Ausgehend von gut 670 ha im Jahr 1972 stieg die Anbaufläche auf mittlerweile über 980 ha an. Die Baumzahl hat sich in diesem Zeitraum von gut 207 000 auf 468 000 mehr als verdoppelt. Eine gewisse Bedeutung kommt noch den Süßkirschen zu. Von knapp 610 ha im Jahr 1972 fiel der Anbau sukzessive auf unter 380 ha im Jahr 1997. Seitdem ist wieder eine Zunahme zu beobachten. Aktuell werden auf fast 420 ha Süßkirschen geerntet. Mirabellen und Renekloden gehören ebenfalls zu den Obstarten, die in den letzten Jahren im Anbau zulegen konnten. Ausgehend von etwas mehr als 140 ha im Jahr 1972 ging der Anbau zunächst bis 1982 zurück. Seitdem stieg er wieder auf mittlerweile fast 160 ha an.

Geändertes Sortenspektrum

Bei Äpfeln und Birnen werden auch die angebauten Sorten erfasst, so dass hier Veränderungen im Sortenspektrum aufgezeigt werden können. 1972 wuchs noch auf über einem Drittel der Apfelanbaufläche Golden Delicious. Es folgte auf gut einem Fünftel der Fläche Cox Orange. Beide Sorten stellten 55% der gesamten Fläche an Tafeläpfeln. Gewisse Bedeutung hatten noch die Sorten James Grieve (8,3%) und Boskoop (5,8%). Heute wird das Sortenspektrum von Jonagold mit 16% vor Elstar (15%) angeführt. Braeburn (9,1%) und Gala (6,9%) folgen auf den nächsten Plätzen. Erst dann kommt der Boskoop. Golden Delicious und Cox Orange liegen bei 4,6 bzw. 4,5%.

Kamen 1972 die vier flächenmäßig wichtigsten Tafelapfelsorten zusammen auf einen Anteil von 69% der Anbaufläche, waren es 2002 nur noch 47%. Hierin spiegelt sich das heute breitere Sortenspektrum wider. Dem Konsumenten steht eine Vielzahl an verschiedenen Apfelsorten und Reifegruppen zur Verfügung. Der Verbraucher hat so die Möglichkeit, einen Apfel entsprechend seinem individuellen Geschmack zu wählen. Für die Apfelzeuger bedeutet dies eine stetige Anpassung des Sortiments im Hinblick auf die Verbraucherwünsche, da sie nur so mit dem Apfelanbau wirtschaftlich erfolgreich sein können.

Bei den Birnen ist dagegen eine umgekehrte Entwicklung feststellbar. Hier konzentriert sich das Sortenspektrum auf zwei Sorten. Alexander Lukas (35%) und Williams Christbirne (25%) stellen zusammen rund 60% der Tafelbirnenfläche. 1972 waren es nur 46%. Anpflanzungen von Conference auf 7,5% der Fläche sowie Gute Luise und Gellerts Butterbirne mit jeweils 5,1% hatten 2002 ebenfalls noch eine gewisse Bedeutung.

Immer höhere Pflanzdichten

Insgesamt hat sich in den vergangenen Jahren die Zahl der Bäume je Hektar von etwa 440 auf 970 mehr als verdoppelt, wobei die Pflanzdichten je nach Obstart variieren. Eine höhere Pflanzdichte bedeutet zwar höhere Investitionskosten, die aber durch die Vorteile mehr als wettgemacht werden. Mit Dichtpflanzungen, worunter Anlagen mit mehr als 1 600 Bäumen verstanden werden, lassen sich zum einen quantitativ und qualitativ bessere Erträge erzielen, zum anderen kommen die Anlagen früher in die Ertragsfähigkeit. Daneben bieten sie, wie bereits erwähnt, noch arbeitswirtschaftliche Vorteile.

Die höchsten Pflanzdichten weisen Äpfel mit über 1 700 Bäumen auf einem Hektar aus. Birnen kommen auf etwas mehr als 1 200 Bäume je Hektar. Dann folgen Pfirsiche (577), Aprikosen (581) vor Pflaumen und Zwetschen (476), Sauerkirschen (471), Mirabellen und Renekloden (368) sowie Süßkirschen (347).

Flächen zur Erzeugung von Tafelobst weisen im Schnitt eine höhere Pflanzdichte auf als Flächen, von denen Verwertungsobst gewonnen wird. Tafeläpfel verfügen mit über 1 900 Bäumen je Hektar über die höchste Pflanzdichte. Dies deutet darauf hin, dass Verwertungsobst eher aus extensiv geführten oder älteren Anlagen stammt. Es dürfte sich hierbei teilweise sogar um Streuobstanlagen handeln, eine Form der Obsterzeugung, die seit einigen Jahren verstärkt gefördert wird. Das Obst hieraus wird für die Erzeugung von Säften oder Obstbränden verwendet und unter regionalen Markennamen vermarktet.

Während vor 30 Jahren der Schwerpunkt der Pflanzdichten zwischen 400 und 800 Bäumen je Hektar lag (43% der Baumobstfläche wurden in dieser Intensität genutzt), weist heute fast ein Drittel der Baumobstfläche Pflanzdichten zwischen 1 600 und 2 400 Bäumen je Hektar auf. 28% der Fläche sind mit 2 400 und mehr Bäumen je Hektar noch dichter bepflanzt. Auf weiteren

Verkaufsanbau von Baumobst (Kernobst) 1972-2002 nach Pflanzdichteklassen

Jahr ¹⁾	Ins- gesamt	Davon mit einer Pflanzdichte von ... Bäumen/ha			
		unter 400	400-800	800-1 600	1 600 und mehr
	ha	%			
Äpfel					
1972	1 700	24,2	42,7	29,4	3,8
1977	1 645	31,2	37,1	25,1	6,6
1982	1 551	13,0	34,8	41,1	11,2
1987	1 785	11,6	22,7	46,3	19,4
1992	1 971	11,2	15,1	41,2	32,5
1997	2 018	12,2	10,9	36,1	40,9
2002	1 823	8,4	10,9	28,4	52,3
Birnen					
1972	399	38,6	42,4	18,3	0,8
1977	359	50,1	34,3	15,3	0,3
1982	202	29,7	41,6	27,2	1,0
1987	194	33,0	30,4	33,5	4,1
1992	230	22,2	30,0	36,1	11,7
1997	281	22,4	19,9	37,7	19,9
2002	256	13,3	19,1	41,0	26,4

1) Vergleichbarkeit zwischen den Jahren aufgrund von Änderungen der unteren Erfassungsgrenzen eingeschränkt.

28% der Fläche stehen dagegen nur 800 bis 1 600 Bäume je Hektar. 1987 hatte diese Pflanzdichteklasse mit einem Anteil von 46% die größte Bedeutung.

Wirtschaftsäpfel stehen nach wie vor häufig in Beständen mit bis zu 400 Bäumen je Hektar. Der auf diese Pflanzdichteklasse entfallende Flächenanteil ist jedoch im Zeitraum 1972 bis 2002 von 94 auf 39% gefallen. Fast ein weiteres Drittel der Anbaufläche von Wirtschaftsäpfeln kommt inzwischen auf 400 bis 800 Bäume je Hektar. Es handelt sich bei den Wirtschaftsäpfeln einmal um ältere Anlagen, deren Sorten nicht mehr am Markt gefragt sind, und um speziell für eine wirtschaftliche Verwertung gepflanzte Anlagen. Auf die zunehmende Beliebtheit von Apfelsäften aus heimischer Produktion dürfte die deutliche Zunahme der Wirtschaftsäpfel in den letzten zehn Jahren zurückzuführen sein. Fast von jedem sechsten Hektar wurden 2002 und 1997 die Äpfel als Wirtschaftsobst genutzt. Davor war es nur rund jeder zwanzigste Hektar.

Unterschiede in der Pflanzdichte von Verwertungs- und Tafelobst sind bei Birnen anders als bei Äpfeln weniger ausgeprägt. Die für die Verarbeitung z. B. zu Saft oder Kompott verwendeten Birnenanlagen hatten 2002 ihren Schwerpunkt, wie auch die Tafelbirnen, zwischen 800 und 1 600 Bäumen je Hektar. Aber auch bei Birnen ist insgesamt ein Trend zu höheren Pflanzdichten festzustellen, denn auf über einem Viertel der Fläche stehen inzwischen Anlagen mit über 1 600 Bäumen je Hektar. Entsprechende Flächen gab es vor 30 Jahren so gut wie gar nicht. Seinerzeit konzentrierten sich die Pflanzdichten mit Anteilen an der Anbaufläche von 39 und 42% auf Dichten von weniger als 400 bzw. 400 bis 800 Bäumen. Auf 13% der Fläche stehen heute weniger als 400 und auf 19% zwischen 400 und 800 Bäume je Hektar.

Sauerkirschen haben heute ihren Schwerpunkt im Bereich 400 bis 800 Bäume je Hektar. Auf diese Dichteklasse entfallen rund zwei Drittel der Fläche. Pflanzdichten von 800 und mehr Bäumen haben mit 2,2% bei Sauerkirschen so gut wie keine Bedeutung. In den siebziger Jahren herrschten noch Pflanzdichten von weniger als 400 Bäumen vor. Bei den Süßkirschen, die mit größerem Abstand gepflanzt werden als Sauerkirschen, umfassen die meisten Flächen (68%) bis zu 400 Bäume. Jedoch hat sich innerhalb der letzten fünf Jahre der Anteil der Flächen mit mehr als 800 Bäumen von 2,1 auf 7% mehr als verdreifacht. Ursache hierfür ist die zunehmende wirtschaftliche Bedeutung der Süßkirschen.

Pflaumen und Zwetschen, die wie Süßkirschen eine zunehmende Verbreitung finden, werden vermehrt in Anlagen mit über 800 Bäumen je Hektar gepflanzt. Solche Anlagen beanspruchen mittlerweile 6,4% der Anbaufläche. Den Schwerpunkt bilden aber noch Bestände mit 400 bis 800 Bäumen je Hektar, auf die 59% der Fläche entfallen. Bei Mirabellen und Renekloden nehmen Pflanzdichten mit 400 bis 800 Bäumen zu. Innerhalb der letzten fünf Jahre hat sich der Anteil dieser Flächen von knapp einem Viertel auf über ein Drittel erhöht. Flächen mit höheren Pflanzdichten haben aber noch keine Bedeutung. Aprikosen und Pfirsiche werden auf 59 bzw. 65% der Fläche in Plantagen mit 400 bis 800 Bäumen je Hektar erzeugt. Aber auch noch dichtere Anlagen sind verbreitet. Immerhin 17% der Aprikosen- und 14% der Pfirsichfläche ist mit mehr als 800 Bäumen je Hektar bepflanzt.

Verkaufsanbau von Baumobst (Steinobst) 1972-2002
nach Pflanzdichteklassen

Jahr ¹⁾	Insgesamt	Davon mit einer Pflanzdichte von ... Bäumen/ha		
		unter 400	400-800	800 und mehr
	ha	%		
Süßkirschen				
1972	605	92,9	6,6	0,3
1977	537	94,8	5,0	0,2
1982	427	95,3	4,4	0,2
1987	409	96,3	3,4	0,0
1992	387	94,3	5,2	0,3
1997	377	85,9	12,2	2,1
2002	416	67,8	25,2	7,0
Sauerkirschen				
1972	2 223	54,3	43,5	2,2
1977	2 217	61,3	37,6	1,2
1982	2 717	48,7	49,4	1,9
1987	2 162	44,0	54,0	2,0
1992	1 815	41,3	56,6	2,1
1997	1 305	38,4	58,4	3,4
2002	1 133	29,7	68,1	2,2
Pflaumen und Zwetschen				
1972	674	77,2	22,0	0,0
1977	671	83,2	16,4	0,4
1982	661	74,6	24,7	0,8
1987	746	69,4	29,5	0,9
1992	840	59,4	38,9	1,8
1997	964	46,5	49,3	4,3
2002	984	35,1	58,6	6,4
Mirabellen und Renekloden				
1972	141	86,5	12,8	0,7
1977	138	88,4	11,6	0,0
1982	115	87,8	11,3	0,9
1987	120	87,5	12,5	0,0
1992	134	80,6	17,2	2,2
1997	135	75,6	23,0	0,7
2002	159	64,2	34,6	1,3
Aprikosen				
1972	153	85,6	13,7	0,7
1977	120	87,5	12,5	0,0
1982	51	86,3	13,7	0,0
1987	25	84,0	16,0	0,0
1992	20	75,0	25,0	0,0
1997	28	46,4	50,0	7,1
2002	29	27,6	58,6	17,2
Pfirsiche				
1972	168	36,3	58,9	4,8
1977	128	55,5	41,4	2,3
1982	58	39,7	60,3	1,7
1987	44	36,4	56,8	6,8
1992	46	30,4	58,7	13,0
1997	53	24,5	60,4	15,1
2002	43	20,9	65,1	14,0

1) Vergleichbarkeit zwischen den Jahren aufgrund von Änderungen der unteren Erfassungsgrenzen eingeschränkt.

Obstanlagen teilweise überaltert

Die Altersstruktur der Apfelbaumanlagen zeigt, dass die Erlössituation bei Äpfeln für viele Betriebe durchaus befriedigend ist. Insgesamt wurden 23% der Apfelbaumfläche in den letzten fünf Jahren neu bepflanzt. Weitere 28% der Flächen sind zwischen fünf und neun Jahre alt. Nur 6% weisen ein Alter von 25 Jahren und mehr auf.

Die Ergebnisse zeigen auch, dass Apfelplantagen mit mehr als 3 200 Bäumen je Hektar erst vor etwa 15 Jahren Einzug in die Praxis gehalten haben. Heute umfassen sie eine Fläche von über 150 ha. Demgegenüber ist fast ein Viertel der Apfelbaumfläche mit weniger als 400 Bäumen je Hektar älter als 25 Jahre. Dies lässt sich auch bei den einzelnen Sorten zeigen. Stellvertretend sollen dazu Golden Delicious, der stark an Bedeutung verloren hat, und Braeburn als Newcomer näher betrachtet werden.

42 ha oder 61% der Gesamtfläche der Golden-Delicious-Anlagen haben eine Pflanzdichte zwischen 800 und 2 400 Bäumen. Auf etwa einem Drittel dieser Fläche sind die Bäume 20 Jahre und älter. Im Gegensatz dazu weisen 78 ha oder 56% der mit Braeburn bepflanzten Flächen Pflanzdichten zwischen 1 600 und 3 200 Bäumen auf. Auf weiteren 38 ha stehen 3 200 und mehr Bäume je Hektar. Die Pflanzungen sind dabei in den letzten 15 Jahren vorgenommen worden.

Bei Birnen, Süßkirschen und Sauerkirschen gibt es im Vergleich mit den Äpfeln einen deutlich höheren Anteil an Flächen, die mindestens 25 Jahre alt sind (zwischen 23 und 26%). Der Flächenanteil der Neuanpflanzungen in den letzten fünf Jahren beläuft sich bei Süßkirschen ähnlich wie bei Äpfeln auf 25%. Aber nur

18% sind zwischen fünf und neun Jahre alt. Auch bei Sauerkirschen ist ein Fünftel der Fläche in den letzten fünf Jahren bepflanzt worden.

Bei den zuletzt genannten Obstarten verfügen jüngere Anlagen ebenfalls über eine höhere Pflanzdichte als ältere. Bei den unter fünf Jahre alten Sauerkirschenanlagen wurden 86% der Gesamtfläche aller Anlagen mit Pflanzdichten zwischen 400 bis 800 Bäumen je Hektar angelegt. Von den mindestens 25 Jahre alten Anlagen ist dagegen mehr als die Hälfte der Gesamtfläche mit weniger als 400 Bäumen je Hektar bepflanzt. Bei Süßkirschen stehen in solch alten Beständen sogar auf 95% der Anbaufläche weniger als 400 Bäume je Hektar. Für 45% der Fläche wählten die Obstbauern bei den in den letzten fünf Jahren gepflanzten Süßkirschen eine Dichte von mindestens 400 und höchstens 800 Bäumen je Hektar. 20% des Anbaus erfolgten mit Pflanzdichten von mehr als 800 Bäumen.

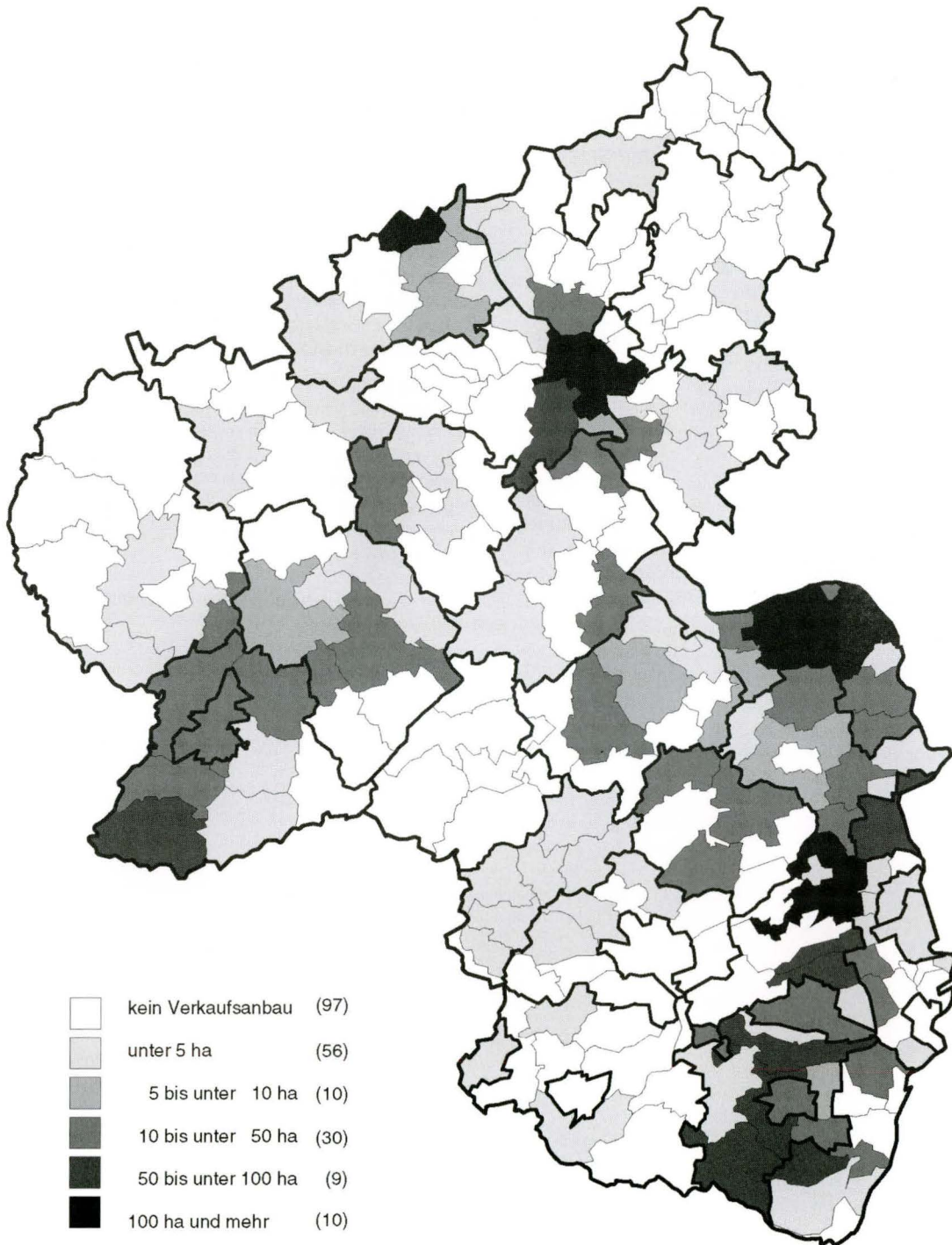
Bei den Birnen setzte vor etwa zehn Jahren der Trend zu höheren Baumzahlen ein. Fast alle Plantagen mit mehr als 2 400 Bäumen je Hektar sind jünger als zehn Jahre.

Auf 24% der mit Pflaumen- und Zwetschenbäumen genutzten Fläche sind die Bestände jünger als fünf Jahre. Bei weiteren 29% sind sie zwischen fünf und neun Jahre alt. Nur auf 10% der Fläche stehen alte Bestände (älter als 25 Jahre). 72% der Fläche der jüngeren Obstplantagen weisen eine Pflanzdichte von 400 bis 800 Bäumen auf. Die älteren Anlagen haben den Schwerpunkt dagegen in der Bestandsdichte von unter 400 Bäumen (72% der Fläche). Mirabellen und Renekloden sowie Aprikosen zeigen mit Flächenanteilen von 32 bzw. 35% für Baumbestände mit einem Alter unter

Verkaufsanbau von Baumobst 2002 nach Altersklassen

Obstart Sorte	Insgesamt	Davon bepflanzt mit Bäumen im Alter von ... Jahren					
		unter 5	5-9	10-14	15-19	20-24	25 und mehr
	ha	%					
Äpfel	1 823	22,9	28,3	24,0	13,0	6,0	5,7
darunter							
Jonagold	242	14,1	26,6	31,6	20,2	6,2	1,3
Elstar	234	22,3	22,9	37,0	13,3	4,2	0,2
Braeburn	139	38,3	46,8	14,3	0,1	0,1	0,4
Gala	106	30,4	44,2	20,9	2,1	0,5	1,9
Boskoop	88	14,8	22,2	26,1	18,1	9,0	9,8
Idared	77	10,3	14,9	26,1	24,9	17,8	6,0
Golden Delicious	70	9,2	25,7	20,3	11,3	8,4	25,1
Cox Orange	69	6,9	19,4	36,7	24,3	5,9	6,8
Rubinette	59	31,3	53,9	12,7	1,8	0,2	0,2
Delbarestivale	56	31,0	46,8	19,0	2,5	0,6	0,0
Birnen	256	14,6	29,3	17,8	6,0	6,1	25,0
darunter							
Alexander Lukas	63	11,3	31,4	16,5	8,0	4,9	27,3
Williams Christbirne	44	14,6	26,9	20,8	4,3	6,7	24,0
Süßkirschen	416	24,8	17,7	14,1	8,7	9,2	25,6
Sauerkirschen	1 133	20,2	11,2	12,3	14,7	18,7	22,8
Pflaumen und Zwetschen	984	23,9	29,5	22,3	8,3	5,7	10,4
Mirabellen und Renekloden	159	32,1	14,1	20,4	6,6	6,5	20,3
Aprikosen	29	34,8	31,7	21,5	4,7	2,9	4,4
Pfirsiche	43	19,9	30,0	26,9	6,2	10,3	6,7

Verkaufsanbau von Baumobst 2002
nach Verwaltungsbezirken



Landessumme: 4 858 ha

() = Anzahl der Verwaltungsbezirke (Verbandsgemeinden,
verbandsfreie Gemeinden, kreisfreie Städte)

Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz

fünf Jahren eine sehr junge Altersstruktur, was mit der Zunahme der Anbauflächen in den letzten Jahren erklärt werden kann.

Mainz-Bingen ist der Obststandort in Rheinland-Pfalz

Ein wirtschaftlich betriebener Marktoobstanbau stellt bestimmte Anforderungen an die natürlichen Standortfaktoren, wobei insbesondere den klimatischen Verhältnissen eine hohe Bedeutung zukommt. Gut geeignet sind daher Regionen mit einer hohen Durchschnittstemperatur in der Hauptvegetationszeit von Mai bis September. Auch sollte die Gefahr von Spätfrösten möglichst gering sein. In niederschlagsarmen Gebieten kann der Faktor Wasser begrenzend wirken. Hier muss es dann Möglichkeiten zur Beregnung geben.

Der Obstbau konzentriert sich daher auch auf einige wenige Standorte im Land. Fast die Hälfte der Fläche der Baumobstanlagen befindet sich im Landkreis Mainz-Bingen und in der Gemarkung der Stadt Mainz. Sie werden von 40% der rheinland-pfälzischen Betriebe mit Anbau von Baumobst bewirtschaftet. Weitere Standorte mit jeweils einem Anteil von 12% an der Baumobstfläche sind die Landkreise Bad Dürkheim und Mayen-Koblenz einschließlich der Stadt Koblenz. Es folgen dann die Kreise Südliche Weinstraße (5,8%) und Ahrweiler (4,7%).

An den einzelnen Standorten sind die Obstarten in unterschiedlichem Maße vertreten. Im Raum um die Stadt Mainz liegen 69% der Sauerkirschenflächen des Landes; dies sind fast 780 ha. Diese Region wurde und

wird deshalb auch als das größte geschlossene Sauerkirschenanbaugebiet Deutschlands bezeichnet. 19% der Sauerkirschen wachsen in der Umgebung der Stadt Koblenz. Hier konzentriert sich der Anbau auf die Stadt Koblenz und das nahe gelegene Mülheim-Kärlich. Neben dem Sauerkirschenanbau findet sich an diesen beiden Standorten auch der Süßkirschenanbau. Gut die Hälfte der Süßkirschenfläche wurde im Landkreis Mainz-Bingen und der Stadt Mainz gepflanzt. Weitere 34% befinden sich im Raum Koblenz.

Im Gegensatz zu den Kirschen ist der Apfelanbau auf mehrere Standorte verteilt. Nur rund ein Drittel der Flächen liegt im Landkreis Mainz-Bingen einschließlich der Stadt Mainz. Die Region um Koblenz hat für die Apfelerzeugung dagegen keine große Bedeutung. Nur 4,3% des Apfelanbaus des Landes befinden sich hier. Neben der Region um Mainz haben noch die Landkreise Bad Dürkheim (15%), Südliche Weinstraße (10%) und Ahrweiler (8,8%) Bedeutung für die Apfelproduktion. Während sich in Ahrweiler der Anbau auf die Gemeinde Grafschaft konzentriert, haben in den anderen Kreisen die Betriebe in mehreren Gemeinden ihren Sitz.

Ähnlich wie bei den Äpfeln hat sich der Birnenanbau an mehreren Standorten entwickelt. Neben dem Mainzer Raum (31%) gibt es noch in den Landkreisen Südliche Weinstraße (18%), Germersheim (12%), Ahrweiler (9,4%) und Bad Dürkheim (6,3%) größere Anbauflächen. Pflaumen und Zwetschen sind außer in der Region Mainz (59%) vor allem in Bad Dürkheim (17%) und Koblenz (13%) beheimatet.

Diplom-Agraringenieur Jörg Breitenfeld

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Der Zahlenspiegel für Rheinland-Pfalz dokumentiert die wichtigsten Ergebnisse überwiegend monatlicher Statistiken. Es werden dabei die letzten aktuell vorliegenden vier Monate sowie drei der vergleichbaren Vorjahresmonate nachgewiesen. Bei vierteljährlich vorliegenden Ergebnissen werden die jeweils aktuellsten sieben Quartale veröffentlicht.

Die mit einem Stern* gekennzeichneten Merkmale weisen alle Bundesländer in ihrem Zahlenspiegel nach. Davon nicht veröffentlicht werden in Rheinland-Pfalz die hier zu Lande unbedeutende Geflügelfleischerzeugung und der Preisindex für Wohngebäude, der für Rheinland-Pfalz nicht gesondert berechnet wird.

BEVÖLKERUNG	Einheit	2000	2001				2002			
		Durchschnitt		Febr.	März	April	Jan.	Febr.	März	April
* Bevölkerung am Monatsende	1 000	4 035 ¹⁾	4 049 ¹⁾	4 034	4 037	4 039	4 049	4 049	4 048	4 048
darunter Ausländer ²⁾	1 000	302 ¹⁾	308 ¹⁾	304	305	307	309	310	311	312
Natürliche Bevölkerungsbewegung ³⁾										
* Eheschließungen ⁴⁾	Anzahl	1 844	1 717	749	1 210	1 322	547	1 306	1 158	1 164
* Lebendgeborene ⁵⁾	Anzahl	3 152	2 982	2 750	2 942	2 872	2 273	2 636	2 741	2 934
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	9,4	8,9	8,9	8,6	8,7	6,6	8,5	8,0	8,8
* Gestorbene (ohne Totgeborene) ⁶⁾	Anzahl	3 507	3 519	3 361	3 728	3 453	3 797	3 418	3 640	3 917
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	10,5	10,5	10,9	10,9	10,4	11,0	11,0	10,6	11,8
* darunter im 1. Lebensjahr										
Gestorbene ⁶⁾	Anzahl	16	13	10	15	8	9	14	8	22
je 1 000 Lebendgeborene ⁷⁾	Anzahl	5,1	4,3	3,6	5,1	2,8	4,0	5,3	2,9	7,5
* Überschuss der Geborenen (+)										
bzw. Gestorbenen (-)	Anzahl	- 355	- 537	- 611	- 786	- 581	-1 524	- 782	- 899	- 983
je 1 000 Einwohner u. 1 Jahr	Anzahl	- 1,1	- 1,6	- 2,0	- 2,3	- 1,8	- 4,4	- 2,5	- 2,6	- 3,0
Wanderungen										
* Zuzüge über die Landesgrenze	Anzahl	9 081	9 375	7 290	8 920	8 980	9 060	7 620	8 017	8 608
* darunter aus dem Ausland	Anzahl	2 717	2 919	2 296	2 984	2 816	2 903	2 383	2 567	2 858
* Fortzüge über die Landesgrenze	Anzahl	8 411	7 629	6 533	4 650	7 119	7 827	6 804	7 447	7 622
* darunter in das Ausland	Anzahl	2 139	1 816	1 568	1 711	1 488	1 707	1 469	1 585	1 432
* Wanderungsgewinn (+)										
bzw. -verlust (-)	Anzahl	671	1 746	757	4 270	1 861	1 233	816	570	986
* Innerhalb des Landes										
Umgezogene ⁸⁾	Anzahl	13 496	13 180	10 714	12 394	12 739	12 037	10 920	11 241	12 096
ERWERBSTÄTIGKEIT										
Beschäftigte		1998	1999	2000			2001			
		30. 6.		31. 3.	30. 6.	30. 9.	31. 12.	31. 3.	30. 6.	30. 9.
* Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte am Arbeitsort ⁹⁾	1 000	1 159	1 175	1 188	1 191	1 215	1 199	1 192	1 194	1 215
* Frauen	1 000	500	507	518	518	530	527	526	525	535
* Ausländer/-innen	1 000	79	75	75	77	80	76	77	78	78
* Teilzeitbeschäftigte	1 000	172	170	180	184	186	188	190	193	194
* darunter Frauen	1 000	156	153	160	162	164	165	167	169	170
davon nach Wirtschaftsgliederung										
* Land- und Forstwirtschaft, Fischerei	1 000	13	14	13	14	14	12	13	13	14
* produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe	1 000	367	360	362	361	366	362	361	358	360
* Baugewerbe	1 000	94	93	91	92	95	90	87	88	91
* Handel, Gastgewerbe und Verkehr	1 000	256	264	265	268	273	268	265	268	275
* Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleistungen	1 000	120	127	132	134	138	136	137	138	142
* öffentl. und private Dienstleister	1 000	309	317	325	322	329	329	329	329	332

1) Statt Monatsdurchschnitt: Bevölkerung am 31. Dezember. - 2) Quelle: Bevölkerungsfortschreibung. Einbürgerungen können erst zum Jahresende berücksichtigt werden. - 3) 2002 vorläufige Ergebnisse. - 4) Nach dem Ereignisort. - 5) Nach der Wohngemeinde der Mutter. - 6) Nach der Wohngemeinde des Verstorbenen. - 7) Unter Berücksichtigung der Geburtenentwicklung in den vorhergehenden 12 Monaten. - 8) Ohne innerhalb der Gemeinde Umgezogene. - 9) Insgesamt einschließlich Personen "ohne Angabe" zur Wirtschaftsgliederung.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Arbeitsmarkt	Einheit	2000	2001				2002			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
* Arbeitslose	Anzahl	138 337	134 801	130 221	134 044	141 710	138 112	138 421	143 136	151 254
* Frauen	Anzahl	63 800	61 894	60 859	61 648	62 989	61 792	61 832	63 145	64 732
Männer	Anzahl	74 537	72 907	69 362	72 396	78 721	76 320	76 589	79 991	86 522
darunter										
Bauberufe	Anzahl	6 745	7 009	5 865	6 456	8 003	6 398	6 516	7 063	8 544
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	38 827	37 562	35 827	37 427	40 491	39 056	38 990	40 657	43 619
* Arbeitslosenquote ¹⁾	%	8,1	7,6	7,3	7,5	7,9	7,6	7,7	7,9	8,4
* Frauen	%	8,3	7,6	7,4	7,5	7,6	7,4	7,4	7,5	7,7
* Männer	%	7,9	7,6	7,2	7,5	8,1	7,9	7,9	8,3	9,0
* Ausländer/-innen	%	16,0	15,7	15,4	16,3	17,3	16,1	16,4	17,3	18,2
* Jüngere unter 25 Jahren	%	7,8	7,3	6,7	6,9	7,4	7,6	7,1	7,3	7,6
* Kurzarbeiter/-innen	Anzahl	2 446	3 296	3 685	5 448	4 871	7 658	8 537	7 894	7 706
* Gemeldete Stellen	Anzahl	31 146	32 008	24 700	23 343	24 556	30 243	23 248	21 885	24 026
darunter										
Bauberufe	Anzahl	898	654	549	473	436	621	531	453	368
industrielle u. handwerk. Berufe	Anzahl	6 741	7 162	6 956	6 538	5 871	6 399	5 680	5 097	4 811
BAUTÄTIGKEIT										
(Baugenehmigungen)										
Baugenehmigungen für Wohngebäude										
		2000	2001				2002			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Wohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	903	757	660	713	679	619	771	743	779
* davon mit ...										
1 oder 2 Wohnungen	Anzahl	844	718	625	669	646	585	737	713	756
3 und mehr Wohnungen ²⁾	Anzahl	59	40	35	44	33	34	34	30	23
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa-	Anzahl	3	3	-	-	2	3	1	1	1
tionen ohne Erwerbszweck										
Unternehmen	Anzahl	164	102	60	107	124	48	133	80	89
private Haushalte	Anzahl	735	653	600	606	553	568	637	662	689
Wohnungen in Wohngebäuden	Anzahl	1 382	1 065	921	1 009	934	825	1 143	932	982
* Umbauter Raum	1 000 m ³	949	768	666	708	668	615	774	671	704
* Wohnfläche	1 000 m ²	170	137	120	130	123	109	142	123	128
Wohnräume	Anzahl	7 387	5 948	5 189	5 620	5 210	4 841	6 182	5 342	5 670
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	214	173	151	160	152	136	171	152	159
Baugenehmigungen für Nichtwohngebäude										
* Nichtwohngebäude (Neubau)										
insgesamt	Anzahl	184	161	151	181	173	122	146	145	122
davon										
öffentl. Bauherren u. Organisa-	Anzahl	20	18	22	13	26	16	16	13	22
tionen ohne Erwerbszweck										
Unternehmen	Anzahl	158	137	121	158	137	103	121	123	92
private Haushalte	Anzahl	6	6	8	10	10	3	9	9	8
Wohnungen in Nichtwohngebäuden	Anzahl	42	31	20	14	16	11	8	11	10
* Umbauter Raum	1 000 m ³	988	1 051	815	1 327	740	485	1 159	1 251	771
* Nutzfläche	1 000 m ²	151	148	118	155	118	73	152	157	110
* Veranschlagte Kosten der Bauwerke	Mill. EUR	101	95	82	69	116	49	125	110	62
Genehmigte Wohnungen (Wohn- u. Nichtwohngebäude)										
* Wohnungen (Neubau u. Baumaß-										
nahmen an bestehenden Gebäuden)	Anzahl	1 576	1 227	1 059	1 144	1 102	956	1 222	1 029	1 115
* Wohnräume (einschließl. Küchen)	Anzahl	8 500	6 929	6 138	6 491	6 111	5 793	7 078	6 102	6 483

1) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. - 2) Einschließlich Wohnheime.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

LANDWIRTSCHAFT	Einheit	2000	2001				2002			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Schlachtmengen (ohne Geflügel) ¹⁾	t	11 571	10 934	10 931	11 806	11 821	9 320	10 154	11 305	11 547
darunter										
* Rinder (ohne Kälber)	t	2 749	2 678	3 044	3 138	3 852	2 592	2 549	3 436	3 547
* Kälber	t	24	25	20	29	37	19	17	25	29
* Schweine	t	8 672	8 099	7 754	8 513	7 777	6 615	7 508	7 744	7 873
* Eiererzeugung ²⁾	1 000	13 631	13 029	13 442	14 447	13 838	10 267	10 165	10 391	9 981
Milcherzeugung (Anlieferung rheinland-pfälzischer Erzeuger an Molkereien)	t	62 033	62 436	60 116	61 430	58 746	63 426	60 005	60 474	58 428
PRODUZIERENDES GEWERBE										
Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden ³⁾										
* Betriebe	Anzahl	2 308	2 390	2 390	2 390	2 384	2 375	2 374	2 373	2 366
* Beschäftigte ⁴⁾	Anzahl	303 460	301 466	302 652	301 562	300 364	297 687	297 327	295 916	294 752
* darunter Arbeiter/-innen ⁵⁾	Anzahl	193 426	192 058	192 411	191 818	190 611	187 579	186 726	185 492	184 732
* Geleistete Arbeiterstunden	1 000 h	25 658	25 172	24 878	26 267	25 771	23 633	24 495	25 374	24 939
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	885	900	835	862	1 183	838	841	855	1 153
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	466	472	441	466	621	441	439	455	597
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	419	429	394	396	562	398	402	400	555
* Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	5 106	5 160	5 053	5 363	5 217	4 960	5 339	5 389	5 475
davon										
Vorleistungsgüterproduzenten	Mill. EUR	2 973	2 893	2 772	2 973	2 889	2 791	3 012	3 013	3 178
Investitionsgüterproduzenten	Mill. EUR	1 149	1 226	1 230	1 283	1 208	1 117	1 288	1 290	1 239
Gebrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	105	111	120	126	131	91	104	108	111
Verbrauchsgüterproduzenten	Mill. EUR	879	930	932	981	988	961	934	979	947
darunter										
* Auslandsumsatz	Mill. EUR	2 072	2 176	2 096	2 233	2 242	2 115	2 292	2 328	2 476
Exportquote ⁶⁾	%	40,6	42,2	41,5	41,6	43,0	42,7	42,9	43,2	45,2
Stromerzeugung (industrielle Eigenerzeugung)	Mill. kWh	137	129	109	122	148	104	120	132	143
		2000	2001				2002			
		Durchschnitt	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	
Energieverbrauch	1 000 GJ	53 842	50 639	55 849	49 852	45 867	50 989	53 609	44 449	46 475
Kohleverbrauch	1 000 GJ	2 007	1 604	1 788	1 675	1 531	1 424	1 076	1 092	1 253
Gasverbrauch ⁷⁾	1 000 GJ	36 253	34 390	38 881	33 822	29 958	34 900	37 458	28 685	30 340
Heizölverbrauch	1 000 GJ	2 569	1 985	2 338	1 750	1 580	2 271	2 290	1 724	1 540
Stromverbrauch	1 000 GJ	13 012	12 660	12 842	12 606	12 798	12 394	12 786	12 949	13 342
		2000	2001				2002			
		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Betriebe ³⁾	Anzahl	86	86	87	87	85	85	85	85	85
* Beschäftigte ^{3) 4)}	Anzahl	12 389	10 855	10 821	10 769	10 744	10 961	11 008	10 975	10 941
* darunter Arbeiter/-innen ⁵⁾	Anzahl	5 945	4 823	4 817	4 792	4 775	4 778	4 798	4 778	4 744
* Geleistete Arbeiterstunden ³⁾	1 000 h	751	607	600	633	630	1 351	1 410	1 457	1 445
Bruttolohn- und -gehaltsumme ³⁾	Mill. EUR	39	33	30	39	41	31	31	40	43
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	16	12	12	15	15	12	12	15	16
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	23	20	19	24	25	19	19	25	27
Stromerzeugung in öffentlichen Energieversorgungsunter- nehmen ⁸⁾										
* Bruttostromerzeugung	Mill. kWh	555	600	513	644	696	266	376	618	662
Nettostromerzeugung	Mill. kWh	537	585	500	632	680	258	361	606	650
Gasaufkommen	Mill. kWh	5 774	5 971	4 545	5 228	7 438	3 465	4 408	5 994	6 619

1) Aus gewerblichen Schlachtungen von Tieren in- und ausländischer Herkunft (Rinder, Schweine, Schafe, Pferde, Ziegen); einschließlich Schlachtfetten, jedoch ohne Innereien. - 2) Erzeugte Eier in Betrieben bzw. Unternehmen mit mindestens 3 000 Haltungsplätzen; einschließlich Junghennen-, Bruch- und Knickiern. - 3) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 4) Einschließlich der tätigen Inhaber. - 5) Einschließlich der gewerblich Auszubildenden. - 6) Anteil des Auslandsumsatzes am Gesamtumsatz. - 7) 1 m³ = 35,169 MJ = 9,769 kWh (Brennwert = oberer Heizwert). - 8) Kraftwerke mit mehr als 1 MW Kraftwerksleistung.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

Baugewerbe	Einheit	2000	2001				2002			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tief- bau) ¹⁾										
* Beschäftigte ²⁾	Anzahl	46 850	44 678	44 984	44 753	44 569	43 150	42 629	42 322	41 753
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 989	4 494	4 877	5 218	4 684	4 502	4 703	4 680	4 212
davon										
* Wohnungsbau	1 000 h	2 192	1 805	1 885	2 028	1 857	1 706	1 727	1 715	1 536
* gewerblicher Bau ³⁾	1 000 h	1 241	1 154	1 252	1 313	1 187	1 098	1 169	1 218	1 117
* öffentlicher und Straßenbau	1 000 h	1 556	1 535	1 740	1 877	1 640	1 698	1 807	1 747	1 559
darunter Straßenbau	1 000 h	723	695	812	894	753	822	861	819	710
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	102	98	96	101	118	100	96	98	110
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	78	74	73	79	88	77	73	75	81
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	24	24	23	22	30	24	23	23	29
* Baugewerblicher Umsatz										
(ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	370	352	372	407	415	369	378	392	409
davon										
* Wohnungsbau	Mill. EUR	124	110	113	120	124	123	114	118	125
* gewerblicher Bau ³⁾	Mill. EUR	112	103	107	118	122	90	117	113	122
* öffentlicher und Straßenbau	Mill. EUR	134	140	151	170	168	155	147	161	161
darunter Straßenbau	Mill. EUR	58	63	71	84	77	76	70	77	69
Ausbaugewerbe (Bauplanung und sonstiges Baugewerbe) ⁴⁾										
		2000	2001				2002			
		Durchschnitt	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	
Betriebe ⁵⁾	Anzahl	402	394	398	394	393	392	388	390	386
* Beschäftigte ^{2) 5)}	Anzahl	14 308	13 850	14 068	13 754	13 869	13 707	13 411	13 228	13 395
* Geleistete Arbeitsstunden	1 000 h	4 398	4 194	4 212	4 126	4 262	4 176	3 866	3 971	4 017
Bruttolohn- und -gehaltsumme	Mill. EUR	91	89	86	88	87	97	83	86	87
* Bruttolohnsumme	Mill. EUR	64	63	61	62	62	69	58	60	62
* Bruttogehaltsumme	Mill. EUR	27	26	26	26	25	28	24	26	25
* Baugewerblicher Umsatz										
(ohne Umsatzsteuer)	Mill. EUR	309	290	230	270	284	377	229	269	289
HANDEL										
		2000	2001				2002			
Großhandel ^P		Durchschnitt	Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.	
* Beschäftigte	2000=100	100,0	97,5	99,5	97,9	96,9	94,7	95,0	94,6	94,3
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	100,0	100,5	106,0	102,1	101,7	101,9	102,8	102,6	101,2
* Umsatz nominal ⁶⁾	2000=100	100,0	99,6	103,8	111,6	102,4	94,7	99,4	104,9	95,5
* Umsatz real ⁶⁾	2000=100	100,0	98,6	101,7	111,0	104,1	93,7	97,6	104,3	95,8
Einzelhandel ^P										
* Beschäftigte	2000=100	100,0	102,1	102,2	103,9	103,0	101,8	101,9	102,1	102,0
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	100,0	101,9	101,5	102,5	103,3	103,9	103,8	104,6	104,8
* Umsatz nominal ⁶⁾	2000=100	100,0	102,3	99,5	102,0	106,8	99,3	97,3	104,3	104,3
* Umsatz real ⁶⁾	2000=100	100,0	100,7	97,2	100,0	105,0	97,7	95,5	102,7	102,9
Kfz-Handel und Tankstellen ^P										
* Beschäftigte	2000=100	100,0	99,0	100,1	100,4	100,0	103,2	104,1	103,9	104,9
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	100,0	100,8	101,5	103,0	102,9	107,2	107,6	108,4	110,3
* Umsatz nominal ⁶⁾	2000=100	100,0	101,0	95,3	101,8	112,1	96,0	102,1	112,2	102,2
* Umsatz real ⁶⁾	2000=100	100,0	99,3	93,2	99,6	109,9	93,2	98,9	108,8	99,3
GASTGEWERBE ^P										
* Beschäftigte	2000=100	100,0	100,6	106,0	105,0	99,2	103,6	104,2	102,5	99,6
darunter Teilzeitbeschäftigte	2000=100	100,0	99,7	105,1	104,1	97,8	105,1	105,9	103,1	102,1
* Umsatz nominal ⁶⁾	2000=100	100,0	102,7	115,8	114,3	107,5	111,3	115,5	108,3	93,6
* Umsatz real ⁶⁾	2000=100	100,0	101,0	113,8	112,0	106,8	102,9	109,6	102,6	89,9

1) Nach der Totalerhebung hochgerechnet. - 2) Einschließlich der tätigen Inhaber. - 3) Einschließlich landwirtschaftlicher Bauten sowie Unternehmen der Bahn und Post. - 4) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten. - 5) Am Ende des Berichtsjahres. - 6) Ohne Umsatzsteuer.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

TOURISMUS ¹⁾	Einheit	2000	2001				2002			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Gästeankünfte	1 000	541	515	744	686	477	634	728	686	440
* darunter von Auslandsgästen	1 000	113	104	125	114	87	149	121	110	82
* Gästeübernachtungen	1 000	1 596	1 535	2 111	2 050	1 186	2 043	2 056	1 991	1 148
* darunter von Auslandsgästen	1 000	324	299	340	322	211	506	336	314	208
VERKEHR										
Straßenverkehrsunfälle										
		2000	2001				2002			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Unfälle mit Personenschaden und Sachschaden ²⁾	Anzahl	10 384	10 535	10 882	10 615	10 850	9 894	10 443	10 647	11 421
* darunter Unfälle mit Personenschaden	Anzahl	1 578	1 558	1 918	1 643	1 679	1 687	1 857	1 877	1 646
* Getötete Personen	Anzahl	30	26	30	35	34	34	27	33	31
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	17	15	16	26	18	26	12	17	17
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	6	5	8	5	5	6	11	9	3
Radfahrer	Anzahl	2	1	2	-	1	-	-	2	-
Fußgänger	Anzahl	3	3	3	3	5	2	2	4	8
* Verletzte Personen	Anzahl	2 095	2 075	2 533	2 186	2 229	2 189	2 489	2 378	2 226
darunter schwer verletzte Personen	Anzahl	458	424	547	456	501	446	550	488	420
darunter										
Pkw-Insassen	Anzahl	253	229	271	262	264	217	248	210	248
Benutzer motorisierter Zweiräder	Anzahl	93	88	146	89	118	116	138	140	65
Radfahrer	Anzahl	44	45	83	45	47	65	99	64	34
Fußgänger	Anzahl	46	44	36	35	50	30	35	48	59
Kraftfahrzeuge										
* Zulassungen fabrikneuer Kraftfahrzeuge	Anzahl	17 744	16 807	15 409	15 666	16 563	16 300	14 576	15 864	15 126
darunter										
Krafträder	Anzahl	1 109	975	1 065	534	346	1 143	873	528	339
* Personenkraftwagen ³⁾	Anzahl	15 265	14 525	13 138	13 893	14 972	13 996	12 619	14 118	13 562
* Lastkraftwagen	Anzahl	980	917	882	872	945	741	775	894	903
* Zugmaschinen	Anzahl	219	200	176	191	186	190	164	174	195
Öffentlicher Straßenpersonenverkehr										
		2000	2001				2002			
		Durchschnitt		1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal
Beförderte Personen	1 000	69 962	70 711	73 617	71 499	63 562	74 166	75 930	72 587	64 244
darunter im allgemeinen Linienverkehr	1 000	65 530	66 331	69 335	66 914	59 366	69 710	72 345	68 273	60 305
Personenkilometer ⁴⁾	Mill.	1 011	1 045	917	1 065	1 110	1 089	878	1 026	1 040
Binnenschifffahrt										
		2000	2001				2002			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
* Gütereingang	1 000 t	1 335	1 278	1 356	1 267	1 358	1 379	1 363	1 170	1 295
* Güterversand	1 000 t	825	806	858	813	907	827	810	800	869
AUSSENHANDEL ⁵⁾										
Ausfuhr (Spezialhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	2 044	2 137	2 088	1 963	2 175	2 245	2 066	2 181	2 277
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	101	135	144	132	148	155	139	146	158
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 942	2 003	1 944	1 831	2 026	2 090	1 927	2 036	2 119
* Rohstoffe	Mill. EUR	19	16	14	13	15	15	17	16	19
* Halbwaren	Mill. EUR	74	83	79	68	79	66	65	78	76
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 849	1 904	1 851	1 750	1 932	2 009	1 846	1 941	2 023
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	607	599	645	564	600	619	636	616	664
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	1 243	1 305	1 206	1 185	1 332	1 390	1 210	1 325	1 360

1) Betriebe ab 9 Betten. - 2) Schwerwiegender Unfall mit Sachschaden (im engeren Sinne) und sonstiger Sachschaden unter Alkoholeinwirkung. - 3) Fahrzeuge zur Personenbeförderung mit höchstens 8 Sitzplätzen außer dem Fahrersitz. - 4) Verkehrsleistung, berechnet aus Anzahl der Fahrgäste und Fahrtweiten. - 5) Bei der Summation bzw. Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse ist darauf zu achten, dass die Einfuhr nach dem Konzept des Generalhandels und die Ausfuhr nach dem Konzept des Spezialhandels abgegrenzt wird.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

noch AUSSENHANDEL ¹⁾ Ausfuhr (Spezialhandel)	Einheit	2000	2001				2002			
		Durchschnitt		Aug.	Sept.	Okt.	Juli	Aug.	Sept.	Okt.
davon nach										
* Europa	Mill. EUR	1 495	1 549	1 473	1 409	1 577	1 648	1 488	1 523	1 707
* darunter in EU-Länder	Mill. EUR	1 022	1 238	1 147	1 113	1 249	1 333	1 159	1 217	1 359
Belgien	Mill. EUR	132	140	132	128	147	125	156	136	153
Luxemburg	Mill. EUR	21	26	26	19	22	21	24	21	35
Dänemark	Mill. EUR	30	31	31	27	40	27	31	28	27
Finnland	Mill. EUR	13	16	19	15	16	16	19	23	18
Frankreich	Mill. EUR	280	292	277	256	283	300	251	272	298
Griechenland	Mill. EUR	18	19	20	21	17	27	17	19	22
Großbritannien	Mill. EUR	152	152	155	131	157	191	157	161	194
Irland	Mill. EUR	9	10	9	11	11	7	9	8	8
Italien	Mill. EUR	162	167	116	162	185	200	127	173	187
Niederlande	Mill. EUR	115	118	112	96	114	140	117	118	115
Österreich	Mill. EUR	87	94	85	83	97	87	94	90	94
Schweden	Mill. EUR	36	34	30	34	36	30	31	33	37
Spanien	Mill. EUR	101	119	117	107	108	145	106	118	152
Portugal	Mill. EUR	19	20	20	23	15	17	20	18	18
* Afrika	Mill. EUR	38	49	47	48	52	53	40	63	46
* Amerika	Mill. EUR	240	249	265	234	243	254	244	284	243
darunter nach USA und Kanada	Mill. EUR	174	179	191	167	169	188	183	217	171
* Asien	Mill. EUR	255	274	286	255	283	269	271	293	260
darunter nach Japan	Mill. EUR	50	53	65	58	39	52	49	50	51
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	14	16	16	17	18	20	23	19	21
Einfuhr (Generalhandel)										
* Insgesamt	Mill. EUR	1 525	1 480	1 310	1 301	1 449	1 507	1 383	1 394	1 559
davon										
* Güter der Ernährungswirtschaft	Mill. EUR	132	136	109	130	125	129	130	121	155
* Güter der gewerbl. Wirtschaft	Mill. EUR	1 393	1 345	1 201	1 171	1 324	1 378	1 254	1 273	1 404
davon										
* Rohstoffe	Mill. EUR	24	34	19	23	26	45	53	40	43
* Halbwaren	Mill. EUR	242	197	212	209	206	221	164	175	176
* Fertigwaren	Mill. EUR	1 128	1 113	969	940	1 092	1 112	1 036	1 058	1 185
davon										
* Vorerzeugnisse	Mill. EUR	285	285	244	226	256	343	284	251	316
* Enderzeugnisse	Mill. EUR	843	828	725	714	836	769	753	807	868
davon aus										
* Europa	Mill. EUR	1 208	1 132	956	988	1 139	1 195	1 090	1 113	1 218
* darunter aus EU-Ländern	Mill. EUR	798	923	752	820	919	960	849	892	970
Belgien	Mill. EUR	145	146	125	152	158	223	151	138	161
Luxemburg	Mill. EUR	22	24	20	16	22	21	18	23	21
Dänemark	Mill. EUR	31	36	31	30	39	25	7	54	28
Finnland	Mill. EUR	8	6	5	5	3	7	5	4	5
Frankreich	Mill. EUR	213	192	136	202	162	181	187	213	254
Griechenland	Mill. EUR	1	3	2	2	2	2	2	3	10
Großbritannien	Mill. EUR	63	75	73	57	79	59	70	52	84
Irland	Mill. EUR	12	11	8	7	15	12	11	7	11
Italien	Mill. EUR	99	99	77	77	98	97	93	83	112
Niederlande	Mill. EUR	209	179	174	141	193	182	183	164	137
Österreich	Mill. EUR	43	46	26	40	49	33	45	41	46
Schweden	Mill. EUR	35	26	16	37	24	40	16	47	20
Spanien	Mill. EUR	69	62	45	38	54	63	48	48	67
Portugal	Mill. EUR	17	19	16	17	22	16	15	16	14
* Afrika	Mill. EUR	30	34	34	21	35	34	23	28	32
* Amerika	Mill. EUR	122	152	160	132	120	115	106	111	147
darunter aus USA und Kanada	Mill. EUR	102	125	137	93	106	96	93	80	107
* Asien	Mill. EUR	160	157	156	153	151	157	158	137	155
darunter aus Japan	Mill. EUR	37	32	34	26	34	35	36	30	38
* Australien, Ozeanien und übrigen Gebieten	Mill. EUR	4	4	3	7	4	6	6	5	6
GEWERBEANZEIGEN ²⁾										
		2000	2001				2002			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
* Gewerbeanmeldungen	Anzahl	3 150	3 106	2 867	3 011	3 016	3 001	2 945	2 975	2 813
* Gewerbeabmeldungen	Anzahl	2 653	2 626	2 268	2 577	2 561	2 349	2 320	2 510	2 605

1) Bei der Summation bzw. Saldierung der Ein- und Ausfuhrergebnisse ist darauf zu achten, dass die Einfuhr nach dem Konzept des Generalhandels und die Ausfuhr nach dem Konzept des Spezialhandels abgegrenzt wird. – 2) Ohne Automatenaufsteller und Reisegewerbe.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

		2000		2001			2002			
		Durchschnitt		Sept.	Okt.	Nov.	Aug.	Sept.	Okt.	Nov.
INSOLVENZEN										
Beantragte Insolvenzverfahren	Anzahl	145	184	192	189	162	383	362	402	361
davon										
Unternehmen einschließlich	Anzahl	91	107	109	107	96	142	116	112	115
Kleingewerbe										
natürliche Personen als Ge-	Anzahl	15	15	12	8	8	121	127	148	124
sellschafter u.Ä., Nachlässe ¹⁾	Anzahl	39	62	71	74	58	120	119	142	122
Verbraucher	Mill. EUR	54	69	87	66	77	277	130	145	98
Voraussichtliche Forderungen										
		2000	2001				2002			
		Durchschnitt		1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal
	1998=100	94,2	90,6	90,6	89,5	90,9	89,7	87,8	86,7	87,3
	1998=100	103,3	102,3	93,9	100,9	102,5	112,0	86,7	97,0	93,6
		2000	2001			2002			2003	
		Durchschnitt		Nov.	Dez.	Jan.	Okt.	Nov.	Dez.	Jan.
	1995=100	106,8	109,3	109,2	109,3	110,4	110,8	110,3	110,5	...
		2000 ^f	2001 ^f			2002				
		Durchschnitt		April	Juli	Okt.	Jan.	April	Juli	Okt.
* Bruttonomatsverdienste der Arbei-	EUR	2 393	2 415	2 419	2 438	2 425	2 359	2 459	2 484	2 500
ter im produzierenden Gewerbe										
* Männer	EUR	2 466	2 487	2 494	2 511	2 497	2 424	2 532	2 555	2 574
* Frauen	EUR	1 797	1 821	1 815	1 830	1 823	1 824	1 839	1 870	1 861
* Bruttostundenverdienste der Arbei-										
ter im produzierenden Gewerbe	EUR	14,39	14,60	14,57	14,62	14,65	14,79	14,89	15,05	15,13
* Männer	EUR	14,79	15,01	14,98	15,01	15,05	15,23	15,29	15,45	15,53
darunter										
Facharbeiter	EUR	15,83	16,12	16,09	16,17	16,18	16,35	16,35	16,56	16,64
angelernte Arbeiter	EUR	14,23	14,41	14,36	14,44	14,44	14,55	14,63	14,80	14,82
Hilfsarbeiter	EUR	12,01	12,13	12,21	12,08	12,12	12,25	12,42	12,54	12,58
* Frauen	EUR	11,03	11,23	11,18	11,28	11,27	11,26	11,39	11,54	11,57
darunter Hilfsarbeiterinnen	EUR	10,44	10,55	10,53	10,61	10,53	10,48	10,57	10,72	10,73
Bezahlte Wochenarbeitszeit	h	38,3	38,0	38,2	38,4	38,1	36,7	38,0	38,0	38,0
Arbeiter	h	38,4	38,1	38,3	38,5	38,2	36,6	38,1	38,1	38,1
Arbeiterinnen	h	37,5	37,3	37,4	37,3	37,2	37,3	37,1	37,3	37,0
* Bruttonomatsverdienste der										
Angestellten im produzie-	EUR	3 383	3 475	3 466	3 483	3 487	3 512	3 549	3 586	3 601
renden Gewerbe										
* Männer	EUR	3 660	3 751	3 742	3 761	3 764	3 788	3 827	3 864	3 877
* Frauen	EUR	2 603	2 684	2 671	2 691	2 699	2 719	2 752	2 787	2 806
* kaufmännische Angestellte	EUR	3 097	3 181	3 174	3 180	3 197	3 229	3 264	3 291	3 315
Männer	EUR	3 576	3 660	3 655	3 653	3 680	3 728	3 767	3 783	3 806
Frauen	EUR	2 545	2 628	2 616	2 638	2 643	2 660	2 690	2 723	2 741
* technische Angestellte	EUR	3 615	3 708	3 696	3 722	3 717	3 732	3 772	3 817	3 826
Männer	EUR	3 699	3 794	3 782	3 811	3 803	3 816	3 855	3 902	3 910
Frauen	EUR	2 825	2 894	2 882	2 893	2 909	2 943	2 988	3 027	3 050
* Bruttonomatsverdienste der Ange-										
stellten in Handel; Instandhaltung	EUR	2 497	2 592	2 564	2 599	2 617	2 675	2 656	2 698	2 702
und Reparaturen von Kfz und										
Gebrauchsgütern; Kredit- und	EUR	2 778	2 882	2 865	2 881	2 907	2 976	2 949	2 993	2 996
Versicherungsgewerbe										
* Männer	EUR	2 154	2 232	2 199	2 241	2 255	2 292	2 279	2 310	2 319
* Frauen	EUR	2 502	2 603	2 573	2 610	2 630	2 690	2 674	2 709	2 713
* kaufmännische Angestellte	EUR	2 832	2 952	2 932	2 952	2 981	3 054	3 038	3 070	3 069
Männer	EUR	2 159	2 239	2 204	2 248	2 262	2 300	2 283	2 313	2 323
Frauen										
* Bruttonomatsverdienste aller Ange-	EUR	2 932	3 030	3 010	3 039	3 052	3 100	3 112	3 152	3 165
stellten im produzierenden Ge-										
werbe; in Handel; Instandhaltung										
und Reparaturen von Kfz und Ge-										
brauchsgütern; Kredit- und										
Versicherungsgewerbe										

1) Ab Dezember 2001 einschließlich ehemals selbständig Tätige. - 2) Ohne handwerkliche Nebenbetriebe. - 3) Am Ende eines Berichtsvierteljahres. - 4) Zum Bruttoverdienst gehören alle vom Arbeitgeber laufend gezahlten Beträge, nicht die einmaligen Zahlungen wie 13. Monatsgehalt, Gratifikationen, Jahresabschlussprämien u. Ä. sowie Spesenersatz, Trennungsentschädigungen, Auslösungen usw.

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

GELD UND KREDIT ¹⁾	Einheit	2000	2001				2002			
		Durchschnitt	31. 3.	30. 6.	30. 9.	31. 12.	31. 3.	30. 6.	30. 9.	
Kredite an Nichtbanken	Mill. EUR	103 350	109 195	107 120	108 504	109 861	111 294	111 559	112 021	113 379
kurzfristige Kredite (bis 1 Jahr)	Mill. EUR	13 581	14 273	14 412	14 066	14 238	14 374	13 955	13 606	13 620
mittelfristige Kredite (über 1 bis 5 Jahre)	Mill. EUR	10 011	10 565	10 296	10 623	10 501	10 839	11 135	10 828	10 887
langfristige Kredite (über 5 Jahre)	Mill. EUR	79 758	84 358	82 412	83 815	85 122	86 081	86 469	87 587	88 872
Kredite an inländische Nichtbanken	Mill. EUR	97 596	102 591	100 636	101 804	103 559	104 365	104 767	105 554	106 865
davon an										
Unternehmen und Privatpersonen	Mill. EUR	87 502	90 728	89 506	90 364	91 278	91 765	91 869	92 932	94 218
öffentliche Haushalte	Mill. EUR	10 094	11 863	11 130	11 440	12 281	12 600	12 898	12 622	12 647
Kredite an ausländische Nichtbanken	Mill. EUR	5 755	6 604	6 484	6 700	6 302	6 929	6 792	6 467	6 514
Einlagen u. aufgenommene Kredite von Nichtbanken	Mill. EUR	74 619	77 100	74 935	76 244	76 977	80 242	79 143	79 554	79 752
Sichteinlagen	Mill. EUR	15 940	17 886	16 296	17 273	18 188	19 788	19 459	19 838	20 186
Termineinlagen	Mill. EUR	22 169	23 500	22 861	23 435	23 514	24 188	23 786	24 253	24 306
Sparbriefe	Mill. EUR	5 424	5 568	5 452	5 585	5 648	5 587	5 526	5 578	5 564
Spareinlagen	Mill. EUR	31 086	30 146	30 326	29 951	29 627	30 679	30 372	29 885	29 696
Einlagen von inländischen Nichtbanken	Mill. EUR	71 840	73 842	71 923	72 846	73 688	76 910	76 549	76 880	77 115
davon von										
Unternehmen und Privat- personen	Mill. EUR	68 435	71 627	69 790	70 508	71 504	74 704	74 476	74 564	74 968
öffentlichen Haushalten	Mill. EUR	3 405	2 215	2 133	2 338	2 184	2 206	2 073	2 316	2 147
Einlagen von ausländischen Nichtbanken	Mill. EUR	2 779	3 258	3 012	3 398	3 289	3 332	2 594	2 674	2 637
STEUERN		2000	2001				2002			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Aufkommen nach Steuerarten										
Gemeinschaftsteuern	Mill. EUR	2 248	2 176	1 761	2 323	2 766	2 172	1 792	2 183	2 765
Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	830	770	441	874	1 323	894	428	753	1 286
Lohnsteuer	Mill. EUR	622	609	438	820	803	445	446	802	749
Einnahmen aus der Lohnsteuerzerlegung	Mill. EUR	110	119	-	382	-	-	-	347	-
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	32	20	6	- 36	292	267	- 40	- 45	327
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	45	71	19	24	29	14	23	8	21
Zinsabschlag	Mill. EUR	26	33	14	50	14	9	13	29	15
Einnahmen aus der Zinsabschlagzerlegung	Mill. EUR	11	12	-	34	-	-	-	16	-
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	104	38	- 36	16	185	160	- 15	- 41	173
Einnahmen aus der Körperschaftsteuer- zerlegung	Mill. EUR	7	1	-	44	-	-	-	- 15	-
Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	1 418	1 406	1 320	1 448	1 444	1 277	1 364	1 430	1 480
Umsatzsteuer	Mill. EUR	381	368	386	382	411	382	375	382	397
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	1 037	1 038	934	1 066	1 032	895	989	1 048	1 082
Zölle	Mill. EUR	107	104	96	106	100	95	102	94	89
Bundessteuern	Mill. EUR	141	137	138	118	347	107	101	89	230
darunter										
Verbrauchssteuern (ohne Biersteuer)	Mill. EUR	97	95	101	102	272	55	73	63	155
Solidaritätszuschlag	Mill. EUR	37	35	32	9	69	45	21	18	67

1) Die Angaben umfassen die in Rheinland-Pfalz gelegenen Niederlassungen der zur monatlichen Bilanzstatistik berichtenden Kreditinstitute (ohne Landeszentralbank).

Zahlenspiegel von Rheinland-Pfalz

noch STEUERN	Einheit	2000	2001				2002			
		Durchschnitt		Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.
Landessteuern	Mill. EUR	67	74	73	65	46	73	74	70	59
Vermögensteuer	Mill. EUR	3	1	2	- 1	1	1	2	1	1
Erbschaftsteuer	Mill. EUR	10	12	10	8	6	11	10	6	6
Grunderwerbsteuer ¹⁾	Mill. EUR	7	7	7	7	6	16	18	14	15
Kraftfahrzeugsteuer	Mill. EUR	31	37	38	32	23	30	32	28	25
Rennwett- und Lotteriesteuer	Mill. EUR	11	11	13	15	4	8	10	17	6
Feuerschutzsteuer	Mill. EUR	1	1	0	0	3	3	0	0	3
Biersteuer	Mill. EUR	4	3	3	3	3	4	3	3	3
		2000	2001				2002			
		Durchschnitt	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	4. Quartal	1. Quartal	2. Quartal	3. Quartal	
Gemeindesteuern	Mill. EUR	426	373	319	376	432	366	341	364	395
Grundsteuer A	Mill. EUR	5	4	4	5	5	4	4	5	5
Grundsteuer B	Mill. EUR	90	92	91	94	102	83	88	102	104
Gewerbsteuer (brutto)	Mill. EUR	294	238	193	234	287	238	218	234	274
Grunderwerbsteuer (Gemeindeanteil)	Mill. EUR	30	30	23	33	30	35	23	12	3
sonstige Gemeindesteuern	Mill. EUR	8	8	7	11	8	6	7	11	8
Steuerverteilung										
Steuereinnahmen der Ge- meinden u. Gemeindeverb.										
Gewerbsteuer (netto) ²⁾	Mill. EUR	642	583	430	587	630	683	485	553	595
Anteil an der Lohnsteuer und veranlagten Einkommensteuer	Mill. EUR	228	177	155	190	228	135	191	170	225
Anteil an der Umsatzsteuer	Mill. EUR	253	241	132	227	227	379	155	227	220
	Mill. EUR	28	29	17	27	30	42	17	27	30
		2000	2001				2002			
		Durchschnitt	Okt.	Nov.	Dez.	Sept.	Okt.	Nov.	Dez.	
Steuereinnahmen des Landes	Mill. EUR	605	573	452	612	788	664	451	566	803
Landessteuern	Mill. EUR	67	74	73	65	46	73	74	70	59
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	312	281	137	326	484	343	131	266	451
Lohnsteuer	Mill. EUR	220	214	141	303	249	140	140	291	217
veranlagte Einkommensteuer	Mill. EUR	13	8	2	- 15	124	113	- 17	- 19	139
Kapitalertragsteuer	Mill. EUR	19	30	8	9	12	5	9	2	2
Zinsabschlag	Mill. EUR	12	14	6	22	6	4	6	13	7
Körperschaftsteuer	Mill. EUR	49	15	- 20	7	92	81	- 7	- 21	86
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	209	203	195	216	211	249	202	218	249
Umsatzsteuer	Mill. EUR	146	137	147	146	142	186	148	150	179
Einfuhrumsatzsteuer	Mill. EUR	63	65	48	70	69	63	54	68	70
Anteil an der Gewerbe- steuerumlage	Mill. EUR	5	5	17	2	17	-	18	5	18
Gewerbsteuerumlage- Anhebung (FDE)	Mill. EUR	2	2	6	1	6	-	4	1	4
Gewerbsteuerumlage- Anhebung (LFA)	Mill. EUR	8	7	20	2	20	-	18	5	18
Gewerbsteuerumlage- Unternehmenssteuerreform	Mill. EUR	2	1	4	0	4	-	4	1	4
Steuereinnahmen des Bundes										
Bundessteuern	Mill. EUR	1 239	1 560	1 451	1 732	2 161	1 564	1 468	1 641	2 080
Anteil an den Steuern vom Einkommen	Mill. EUR	141	137	138	118	347	107	101	89	230
Anteil an den Steuern vom Umsatz	Mill. EUR	364	336	186	375	578	393	183	318	561
Anteil an der Gewerbbesteuer- umlage	Mill. EUR	729	1 082	1 110	1 237	1 219	1 064	1 166	1 229	1 270
	Mill. EUR	5	5	17	2	17	-	18	5	18

1) Bis 2001 nur der Landesanteil. – 2) Nach Abzug der Gewerbesteuerumlage.

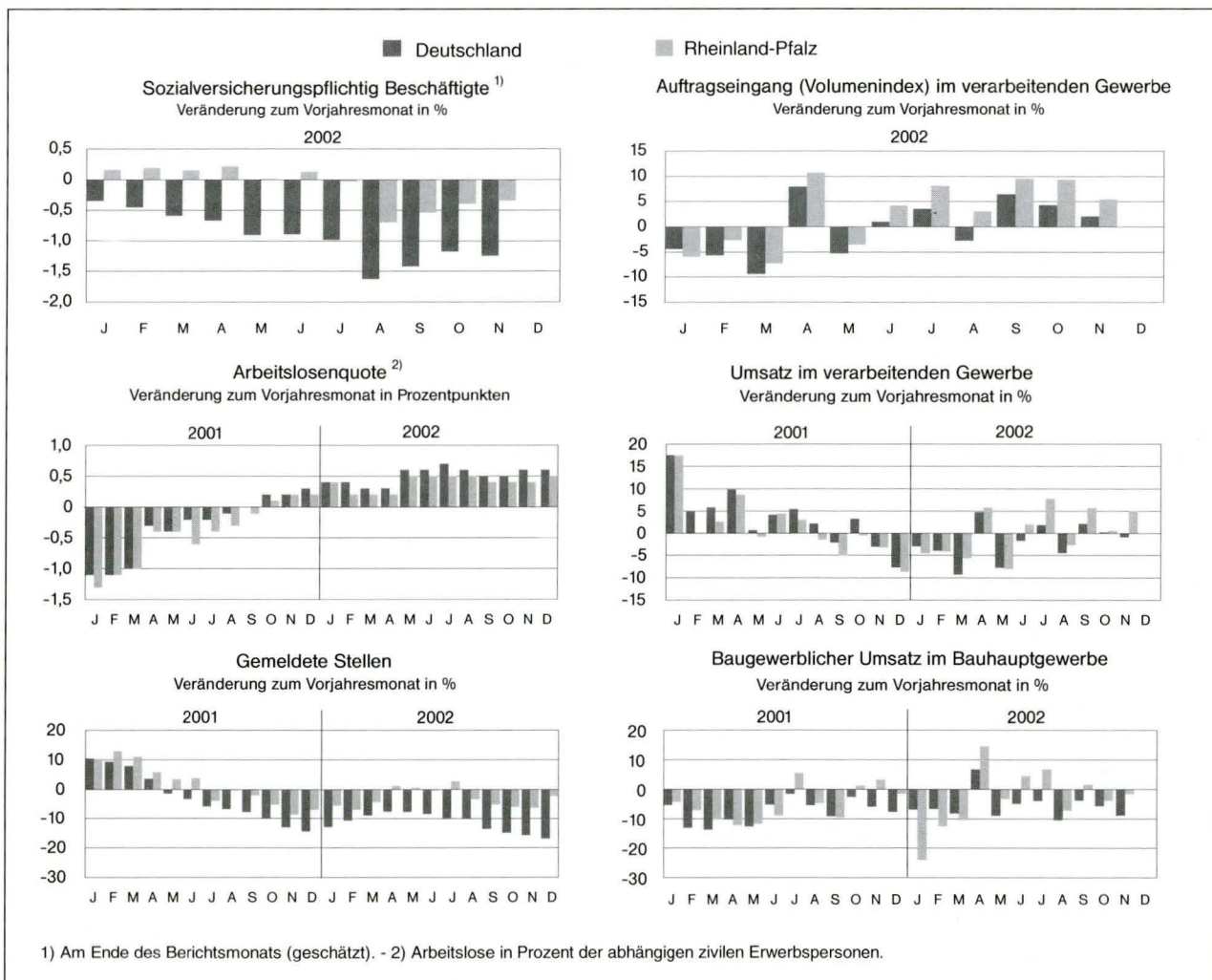
Daten zur Konjunktur Deutschland / Rheinland-Pfalz

Beschäftigte ¹⁾	Land	Einheit	Okt. 02	Veränderung in % zum		Nov. 02	Veränderung in % zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte ^P am Arbeitsort ²⁾	D	1 000	27 851	0,2	- 1,2	27 842	- 0,0	- 1,2
	RLP	1 000	1 210	0,1	- 0,4	1 209	- 0,1	- 0,3
darunter								
verarbeitendes Gewerbe	D	1 000	7 156	- 0,1	- 2,5	7 164	0,1	- 2,6
	RLP	1 000	337	- 0,3	- 2,2	337	- 0,0	- 2,3
Handel, Verkehr, Dienstleistungen	D	1 000	18 075	0,4	0,2	18 099	0,1	0,1
	RLP	1 000	758	0,4	0,9	759	0,1	1,1
Arbeitsmarkt ¹⁾								
			Nov. 02	Veränderung in % ^{*)} zum		Dez. 02	Veränderung in % ^{*)} zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
*) bei Arbeitslosenquoten Veränderung in Prozentpunkten								
Arbeitslose	D	Anzahl	4 025 842	2,4	6,3	4 225 104	4,9	6,6
	RLP	Anzahl	143 136	3,4	6,8	151 254	5,7	6,7
Arbeitslosenquote ³⁾	D	%	9,7	0,3	0,5	10,1	0,4	0,5
	RLP	%	7,1	0,2	0,4	7,5	0,4	0,4
Arbeitslosenquote ⁴⁾	D	%	10,7	0,2	0,6	11,2	0,5	0,6
	RLP	%	7,9	0,2	0,4	8,4	0,5	0,5
Jüngere unter 25 Jahre	D	%	9,1	0,1	0,5	9,4	0,3	0,4
	RLP	%	7,3	0,2	0,4	7,6	0,3	0,2
Gemeldete Stellen	D	Anzahl	343 903	- 8,9	- 15,6	324 135	- 5,7	- 16,7
	RLP	Anzahl	21 885	- 5,9	- 6,2	24 026	9,8	- 2,2
Baugenehmigungen (Wohn- und Nichtwohngebäude)			Okt. 02	Veränderung in % zum		Nov. 02	Veränderung in % zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
Gebäude (Neubau)	D	Anzahl	14 810	2,3	- 12,4	14 346	- 3,1	- 1,7
	RLP	Anzahl	888	- 3,2	- 0,7	901	1,5	5,8
Wohnungen (Neubau und Baumaßnahmen an bestehenden Gebäuden)	D	Anzahl	20 449	0,2	- 15,5	19 886	- 2,8	- 4,4
	RLP	Anzahl	1 029	- 15,8	- 10,1	1 115	8,4	1,2
Verarbeitendes Gewerbe ⁵⁾								
Beschäftigte	D	1 000	6 187	- 0,5	- 3,3	6 165	- 0,3	- 3,3
	RLP	1 000	296	- 0,5	- 1,9	295	- 0,4	- 1,9
Geleistete Arbeiterstunden	D	1 000	516 800	4,1	- 4,6	507 149	- 1,9	- 5,6
	RLP	1 000	25 374	3,6	- 3,4	24 939	- 1,7	- 3,2
Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	D	Mill. EUR	117 572	0,1	0,2	116 678	- 0,8	- 0,7
	RLP	Mill. EUR	5 389	0,9	0,5	5 475	1,6	5,0
Auftragseingang (Volumenindex)	D	1995=100	126,9	1,8	4,3	124,7	- 1,8	2,1
	RLP	1995=100	117,7	7,2	9,3	111,1	- 5,6	5,4
Bauhauptgewerbe (Vorbereitende Baustellen- arbeiten, Hoch- und Tiefbau)								
Beschäftigte	D	1 000	884	- 1,0	- 7,8	873	- 1,2	- 7,9
	RLP	1 000	42	- 0,7	- 5,4	42	- 1,3	- 6,3
Geleistete Arbeitsstunden	D	1 000	98 681 ^r	1,1	- 10,9	89 863	- 8,9	- 10,3
	RLP	1 000	4 680	- 0,5	- 10,3	4 212	- 10,0	- 10,1
Baugewerblicher Umsatz (ohne Umsatzsteuer)	D	Mill. EUR	8 296 ^r	5,1	- 5,5	8 398	1,2	- 8,0
	RLP	Mill. EUR	392	3,7	- 3,7	409	4,3	- 1,4
Handel und Gastgewerbe ^{p)}								
Einzelhandel (ohne Kfz-Handel und Tankstellen)								
Beschäftigte	D	2000=100	98,1	- 0,1	- 2,6	98,2	0,1	- 2,9
	RLP	2000=100	102,1	0,2	- 0,6	102,0	- 0,1	- 0,9
Umsatz nominal (ohne Umsatzsteuer)	D	2000=100	105,0	9,0	0,7	106,0	1,0	- 4,1
	RLP	2000=100	104,3	7,2	2,2	104,3	0,0	- 2,3

1) Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. – 2) Am Ende des Monats (geschätzt). – 3) Arbeitslose in Prozent aller zivilen Erwerbspersonen. – 4) Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Erwerbspersonen. – 5) Betriebe von Unternehmen mit im Allgemeinen 20 und mehr Beschäftigten.

Daten zur Konjunktur Deutschland / Rheinland-Pfalz

noch Handel und Gastgewerbe ^{p)}	Land	Einheit	Okt. 02	Veränderung in % zum		Nov. 02	Veränderung in % zum	
				Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
Großhandel (ohne Kfz-Handel)								
Beschäftigte	D	2000=100	94,6	- 0,1	- 2,6	94,6	0,0	- 2,2
	RLP	2000=100	94,6	- 0,4	- 3,4	94,3	- 0,3	- 2,7
Umsatz nominal (ohne Umsatzsteuer)	D	2000=100	101,8	5,3	- 1,9	96,5	- 5,2	- 4,2
	RLP	2000=100	104,9	5,5	- 6,0	95,5	- 9,0	- 6,7
Gastgewerbe								
Beschäftigte	D	2000=100	99,0	- 1,6	- 3,9	96,3	- 2,7	- 2,3
	RLP	2000=100	102,5	- 1,6	- 2,4	99,6	- 2,8	- 0,2
Umsatz nominal (ohne Umsatzsteuer)	D	2000=100	99,8	- 5,8	- 7,6	87,2	- 12,6	- 7,9
	RLP	2000=100	108,3	- 6,2	- 5,0	93,6	- 13,6	- 14,1
Preise								
Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte	D	1995=100	Nov. 02	Veränderung in % zum		Dez. 02	Veränderung in % zum	
			Nov. 02	Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
	RLP	1995=100	110,7	- 0,4	1,1	110,8	0,1	1,1
	RLP	1995=100	110,3	- 0,5	1,0	110,5	0,2	1,1
Gewerbeanzeigen und Insolvenzen								
Gewerbeanmeldungen	D	Anzahl	Sept. 02	Veränderung in % zum		Okt. 02	Veränderung in % zum	
			Sept. 02	Vormonat	VJ-Monat		Vormonat	VJ-Monat
	RLP	Anzahl
Gewerbeabmeldungen	D	Anzahl	2 945	- 1,9	2,7	2 975	1,0	- 1,2
	RLP	Anzahl
Unternehmensinsolvenzen	D	Anzahl	2 320	- 1,2	2,3	2 510	8,2	- 2,6
	RLP	Anzahl	3 233	- 2,3	26,8	3 250	0,5	11,5
	RLP	Anzahl	116	- 18,3	6,4	112	- 3,4	4,7



Neuerscheinungen im Januar

Statistische Berichte

Bevölkerung, Gesundheitswesen, Gebiet, Erwerbstätigkeit

Bevölkerungsvorgänge im 1. Vierteljahr 2002 (vorläufige Ergebnisse)
Bestellnr.: A1013 200241

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Rheinland-Pfalz am 31. Dezember 2001 (vorläufige Ergebnisse)
Bestellnr.: A6013 200144

Bildung, Rechtspflege, Wahlen

Allgemein bildende Schulen, Kollegs und Abendgymnasien im Schuljahr 2001/02
Teil II: Lehrkräfte, pädagogische Fachkräfte
Bestellnr.: B1023 200100

Berufsbildende Schulen im Schuljahr 2002/03 (vorläufige Ergebnisse)
Bestellnr.: B2023 200200

Studienseminare 2002 – Lehrerbildung für allgemein bildende und berufsbildende Schulen nach dem Stand vom 1. Oktober 2002
Bestellnr.: B3023 200222

Studienanfängerinnen und Studienanfänger im Wintersemester 2001/2002 und Sommersemester 2002
Bestellnr.: B3053 200200

Land- und Forstwirtschaft, Fischerei

Wachstumstand und Ernte von Feldfrüchten und Grünland Anfang Dezember 2002 (Endgültige Ernteergebnisse von Feldfrüchten und Grünland 2002)
Bestellnr.: C2013 200204

Ernteberichterstattung über Gemüse und Obst im Oktober 2002
Bestellnr.: C2033 200206

Vorläufige Weinmosternte 2002 – Abschließendes Ergebnis der Ernteberichterstattung im November
Bestellnr.: C2043 200200

Produzierendes Gewerbe, Handwerk

Verarbeitendes Gewerbe sowie Bergbau und Gewinnung von Steinen und Erden im Oktober 2002
Bestellnr.: E1023 200210

Index des Auftragseingangs für das verarbeitende Gewerbe im November 2002
Bestellnr.: E1033 200211

Investitionen im verarbeitenden Gewerbe sowie im Bergbau und der Gewinnung von Steinen und Erden 2001
Bestellnr.: E1063 200100

Bauhauptgewerbe im Oktober 2002 (Vorbereitende Baustellenarbeiten, Hoch- und Tiefbau)
Bestellnr.: E2023 200210

Ausbaugewerbe im 3. Quartal 2002 (Bauinstallation und sonstiges Baugewerbe)
Bestellnr.: E3023 200243

Elektrizitäts- und Gasversorgung im Oktober 2002
Bestellnr.: E4023 200210

Umsatz und Beschäftigte im Handwerk im 3. Vierteljahr 2002
Bestellnr.: E5023 200243

Wohnungswesen, Bautätigkeit

Baugenehmigungen im November 2002
Bestellnr.: F2033 200211

Handel, Tourismus, Gastgewerbe

Umsatz und Beschäftigte im Einzelhandel und im Gastgewerbe im November 2002
Bestellnr.: G1023 200211

Gäste und Übernachtungen im Fremdenverkehr im Oktober 2002
Bestellnr.: G4023 200210

Verkehr

Straßenverkehrsunfälle im Oktober 2002
Bestellnr.: H1023 200210

Binnenschifffahrt im September 2002
Bestellnr.: H2023 200209

Öffentliche Finanzen, Personal, Steuern

Gemeindefinanzen im 3. Vierteljahr 2002
Bestellnr.: L2023 200243

Preise und Preisindizes

Preisindizes für die Lebenshaltung in Rheinland-Pfalz und im Bundesgebiet im Dezember 2002
Bestellnr.: M1013 200212

Kaufwerte landwirtschaftlicher Grundstücke 2001
Bestellnr.: M1073 200100

Löhne und Gehälter, Arbeitskosten

Verdienste und Arbeitszeiten im produzierenden Gewerbe, Handel, Kredit- und Versicherungsgewerbe im Juli 2002
Bestellnr.: N1013 200243

Querschnittsveröffentlichungen

Daten zur Konjunktur im Oktober 2002
Bestellnr.: Z1013 200210

Die Veröffentlichungen können beim Statistischen Landesamt, Vertrieb der Veröffentlichungen, 56128 Bad Ems, bestellt werden.

Telefon: 02603 71-2450
Telefax: 02603 71-3150
E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de

Unter der Internetadresse www.statistik.rlp.de des Statistischen Landesamtes sind die Veröffentlichungen der letzten acht Wochen und das wöchentlich aktualisierte Verzeichnis aller Veröffentlichungen abrufbar.

Teilnahme an der Erwachsenenbildung ist überwiegend Frauensache

Die Weiterbildung an Volkshochschulen und anderen Einrichtungen der Erwachsenenbildung in Rheinland-Pfalz ist überwiegend Frauensache. Im Jahr 2001 waren unter den rund 860 000 Teilnehmenden fast 74% Frauen.

Besonders beliebt waren Angebote zu Gesundheit, Hauswirtschaft und Ernährung; insgesamt 204 000 Interessierte nahmen teil, davon waren 85% Frauen. Auch Kunst und kreatives Gestalten – diese Angebote lagen mit 142 000 Teilnehmenden auf Rang zwei – waren Frauendomänen; Männer waren mit rund einem Viertel klar in der Minderheit. Die Angebote aus den Bereichen Zeitgeschichte, Geschichte, Länderkunde sowie Politik, Gesellschaft, Gleichstellung wurden zu zwei Dritteln von Frauen besucht, in den Veranstaltungen zu Philosophie, Theologie, Religion, Weltanschauung sowie Geistes- und Erziehungswissenschaften stellten Frauen rund drei Viertel der Teilnehmenden. Auch bei den Sprachen waren Frauen mit 70% in der Überzahl. Männer waren in keinem einzigen Bildungssegment in der Mehrheit; lediglich beim Nachholen von Schulabschlüssen wurden so viele Männer wie Frauen gezählt. Im Bereich Wirtschaft und kaufmännische Praxis lag der Männeranteil bei gut 44%, bei den Angeboten zu Umwelt, Technik und Naturwissenschaften bei knapp 40%.

Mehr als 49 000 Kurse, Seminare und Workshops wurden landesweit angeboten, fast die Hälfte – rund 24 000 – von den Volkshochschulen. Die kirchlichen Landesarbeitsgemeinschaften der Erwachsenenbildung luden zu 13 500 Veranstaltungen, die Landesvereinigung für ländliche Erwachsenenbildung zu knapp 6 400 und das Bildungswerk des Landessportbundes zu rund 3 300 Bildungsmaßnahmen.

Geplante Änderung der Eigenheimförderung ließ Zahl der Wohnungsbaugenehmigungen im Dezember stark ansteigen

Die rheinland-pfälzischen Bauaufsichtsbehörden haben im Dezember 2002 überraschend viele Wohnungsbaugenehmigungen erteilt. Der Neubau von insgesamt 975 neuen Wohngebäuden (+85% gegenüber Dezember 2001) mit zusammen 1 269 Wohnungen (+76,5%) wurde zum Bau freigegeben. Im Vorjahresmonat waren 526 Wohnhäuser mit 719 Wohnungen genehmigt worden.

Die überdurchschnittlich hohen Dezember-Zahlen dürften maßgeblich durch die von der Bundesregierung geplanten Sparmaßnahmen bei der Wohneigentumsförderung ausgelöst worden sein. Offensichtlich wollten sich Ende 2002 noch viele Bauherren die nach altem Recht weit lukrativere Eigenheimzulage sichern. Sie sah

bei Neubauten einen Zuschuss in Höhe von 5% der Herstellungs- bzw. Anschaffungskosten vor; maximal gab es acht Jahre lang pro Jahr 2 556 Euro, plus 767 Euro pro Kind. Alle Bauwilligen, deren Anträge im Jahr 2002 genehmigt wurden, fallen noch unter diese Regelung. Nach den Plänen der Bundesregierung soll es eine Förderung künftig nur noch für Bauherren bzw. Käufer mit Kindern geben. Sie soll sich zusammensetzen aus einer Grundförderung von 1 000 Euro und einer Zulage von 800 Euro pro Kind; Neubauten und der Kauf von Gebrauchtimmobilien sollen gleich behandelt werden. Das Gesetz hat die parlamentarischen Hürden allerdings noch nicht genommen.

Von den im Dezember genehmigten 975 Wohngebäuden waren 810 Einfamilienhäuser, 133 Gebäude wiesen zwei Wohneinheiten auf. Dagegen gab es auch im letzten Monat des vergangenen Jahres sehr wenige Anträge für Mehrfamilienhäuser. Die Behörden genehmigten 32 Gebäude mit insgesamt 193 Wohnungen.

Angesichts der Verteilung der genehmigten Gebäudetypen dominierte erwartungsgemäß die Bauherrengruppe der privaten Haushalte den Wohnungsbau. Allein auf sie entfielen Baugenehmigungen für 919 Wohngebäude mit 1 136 Wohneinheiten. Die geplanten Neubauinvestitionen im Wohnbau beliefen sich im Dezember 2002 auf insgesamt 212 Mill. Euro, wovon der größte Teil für Eigenheime (193 Mill. Euro) vorgesehen war.

Auftragseingang der rheinland-pfälzischen Industrie angestiegen

Im November 2002 verbuchte das rheinland-pfälzische verarbeitende Gewerbe im Vergleich zum Vorjahresmonat 5,4% mehr Auftragseingänge. Hierbei ging weiterhin ein positiver Impuls von den Auslandsbestellungen aus. Mit einem Zuwachs von 10% konnte trotz der verhältnismäßig geringen Zunahme der Inlandsnachfrage (+1,4%) das Gesamtbild deutlich verbessert werden.

Vor allem bei den Investitionsgüterproduzenten gab es dank eines Zuwachses um 12,4% volle Auftragsbücher; dagegen mussten die Produzenten von Verbrauchsgütern einen Nachfragerückgang um 15% verarbeiten. Von der positiven Entwicklung der Auslandsorder profitierten auch die Verbrauchsgüter- und Vorleistungsgüterproduzenten. Hier stieg das Ordervolumen um 3,7 bzw. 3,1% gegenüber November 2001.

Nachfragesteigerungen von nahezu einem Viertel (+23,4%) verzeichneten die Betriebe des Fahrzeugbaus. Die chemische Industrie sowie die Hersteller von Büromaschinen und Datenverarbeitungsgeräten konnten dank starker Auslandsorder ihre Auftragseingänge gegenüber dem Vorjahr jeweils um gut 8% erhöhen.

Preisentwicklung im Januar – Umstellung auf neue Basis

Mit dem Berichtsmonat Januar 2003 wird die amtliche Statistik den Preisindex für die Lebenshaltung auf das neue Basisjahr 2000 (bisher 1995) umstellen und damit den Warenkorb an veränderte Verbrauchsgewohnheiten anpassen. Die auf der neuen Basis berechneten Ergebnisse – das Jahr 2000 entspricht dann 100 Indexpunkten – werden erstmals am 27. Februar bekannt gegeben und demzufolge auch rückwirkend für den Monat Januar erst in der März-Ausgabe der Statistischen Monatshefte an dieser Stelle veröffentlicht.

Zusätzlich zur Umstellung auf die neue Basis gibt es weitere Änderungen: Der Preisindex für die Lebenshaltung privater Haushalte heißt künftig Verbraucherpreisindex. Die bislang auf Bundesebene vorgenommene Berechnung eigenständiger Preisindizes für das frühere Bundesgebiet und für die neuen Länder und Berlin-Ost sowie für spezielle Haushaltstypen wird eingestellt. Künftig wird es allein den „Verbraucherpreisindex für Rheinland-Pfalz“ bzw. den „Verbraucherpreisindex für Deutschland“ geben, der die Entwicklung der Verbraucherpreise für alle privaten Haushalte abbildet.

Datenübermittlung per Internet entlastet die Wirtschaft

Statistisches Landesamt will mit neuem Verfahren Effizienz steigern

Mit „Statistik-Online“, dem Angebot einer Datenübermittlung per Internet, leistet das Statistische Landesamt Rheinland-Pfalz einen weiteren Beitrag zur Entlastung der Wirtschaft und zur Steigerung der Effizienz. Betriebe des verarbeitenden Gewerbes können beginnend mit dem Berichtsmonat Februar 2003 den entsprechenden Erhebungsvordruck als Web-Formular online an das Statistische Landesamt schicken.

Das Internetformular ermöglicht den Betrieben, über eine Schnittstelle Daten aus ihren innerbetrieblichen Informationssystemen zu übernehmen. Das spart den Unternehmen Zeit und erleichtert den Statistikern die Weiterverarbeitung der Informationen. Für Daten, die nicht aus betriebseigenen Informationssystemen gewonnen werden können, ist auch eine ergänzende Eintragung möglich.

Mit den Monatsberichten für Betriebe des verarbeitenden Gewerbes wurde wegen der großen Bedeutung für konjunkturpolitische Zielsetzungen begonnen. Aus dieser Statistik lassen sich beispielsweise aktuelle Informationen über Umsatz, Exportquote, Beschäftigte, geleistete Arbeitsstunden oder Bruttoverdienste gewinnen. Darüber hinaus sind die aus den Monatsberichten ermittelten Informationen über Auftragseingänge wichtige Frühindikatoren zur Analyse der Konjunkturentwicklung.

Zum Erfolg soll auch die einfache Handhabbarkeit des neuen Verfahrens beitragen. Hohe Maßstäbe sind an die Datensicherheit angelegt. Die Nutzer erhalten ein Passwort, mit dessen Hilfe sie sich bei „Statistik-Online“ anmelden können. Für die Übermittlung werden die Daten verschlüsselt. Sind die Daten im Statistischen Landesamt eingegangen, werden diese unmittelbar in einen

durch „Firewalls“ geschützten Bereich weitergeleitet, der so abgeschottet ist, dass Daten zu keinem Zeitpunkt unbefugtem Zugriff offen stehen.

Umsatzrückgang bei Busunternehmen

Einen Einnahmerückgang um 1% verbuchten die rheinland-pfälzischen Busunternehmen in den ersten neun Monaten des vergangenen Jahres. Die Unternehmen nahmen von Januar bis September 182,4 Mill. Euro ein, rund 2 Mill. weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum.

Verantwortlich für den Rückgang war vor allem der so genannte Gelegenheitsverkehr; 37,6 Mill. Euro wurden mit Ausflugs-, Urlaubs- und Charterfahrten umgesetzt, das waren 3,5 Mill. oder 8,3% weniger als im Vorjahreszeitraum. Dagegen stiegen die Einnahmen im allgemeinen Linienverkehr um gut 1,6 Mill. (+1,2%) auf 141,4 Mill. Euro.

200 Mill. Fahrgäste wurden im allgemeinen Linienverkehr gezählt, das war eine Zunahme gegenüber den ersten neun Monaten des Jahres 2001 um gut 5,3 Mill. (+2,7%). Die Zahl der Passagiere im Gelegenheitsverkehr nahm um 5,2% auf 3,9 Mill. ab.

Bei Verkehrsunfällen starben im Dezember 36 Menschen

Bei Verkehrsunfällen wurden im Dezember in Rheinland-Pfalz 36 Menschen getötet, doppelt so viele wie im Dezember 2001. Vor allem eine Reihe schwerer Unfälle mit mehreren Todesopfern hat zu diesem Anstieg geführt. Dagegen lag die Zahl der Schwerverletzten mit 285 um fast 18% niedriger als im Vorjahresmonat, die der Leichtverletzten sank um 9% auf rund 1 330. Die Zahl der Unfälle hat sich gegenüber dem Dezember 2001 um 11,5% auf knapp 9 800 reduziert.

Zeichenerklärungen und Abkürzungen

0	Zahl ungleich Null, Betrag jedoch kleiner als die Hälfte von 1 in der letzten ausgewiesenen Stelle	D	Durchschnitt
–	nichts vorhanden (genau Null)	p	vorläufig
·	Zahl unbekannt oder geheim zu halten	r	berichtigt
X	Tabellenfach gesperrt, weil Aussage nicht sinnvoll	s	geschätzt
...	Zahl fällt später an		
/	keine Angabe, da Zahl nicht sicher genug		
()	Aussagewert eingeschränkt, da die Zahl statistisch unsicher ist		

Bei Abgrenzung von Größenklassen wird im Allgemeinen anstelle einer ausführlichen Beschreibung wie „von 50 bis unter 100“ die Kurzform „50–100“ verwendet.

Differenzen in den Summen sind durch Runden der Zahlen bedingt.

STATISTISCHE MONATSHEFTE RHEINLAND-PFALZ · 1. – 8. Jahrgang 1948-1955 unter dem Titel Wirtschaftszahlen Rheinland-Pfalz; 9. und 10. Jahrgang 1956 und 1957 unter dem Titel Zahlenspiegel Rheinland-Pfalz · Herausgeber: Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bezugspreis: Einzelheft EUR 2,10, Jahresabonnement EUR 22,- zuzüglich Zustellgebühr · Bestellungen direkt beim Statistischen Landesamt Rheinland-Pfalz, 56128 Bad Ems, Telefon 02603 71-2450, Telefax 02603 71-3150, E-Mail: vertrieb@statistik.rlp.de oder durch den Buchhandel · ISSN 0174-2914.

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2003 · Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.